

Eigensinnige 'Kunden': Auswirkungen strenger Zumutbarkeitsregeln auf Langzeitarbeitslose und prekär Beschäftigte

Dörre, Klaus; Bescherer, Peter; Röbenack, Silke; Schierhorn, Karen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dörre, K., Bescherer, P., Röbenack, S., & Schierhorn, K. (2008). Eigensinnige 'Kunden': Auswirkungen strenger Zumutbarkeitsregeln auf Langzeitarbeitslose und prekär Beschäftigte. *SFB 580 Mitteilungen*, 26, 10-42. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-7138>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Heft 26, April 2008

Sonderforschungsbereich 580

Eigensinnige ‚Kunden‘. Der Einfluss strenger Zumutbarkeit auf
die Erwerbsorientierung Arbeitsloser und prekär Beschäftigter

Sprecher: Prof. Dr. Everhard Holtmann
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Politikwissenschaft
Emil-Abderhalden-Str. 7, 06108 Halle/Saale
Tel: +49 (0) 345/ 5524211
E-Mail: everhard.holtmann@politik.uni-halle.de

Verantwortlich für dieses Heft:

Prof. Dr. Klaus Dörre
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
Jena 07743

Tel.: +49 (0) 3641/ 9-45521
Fax: +49 (0) 3641/ 9-45522
E-Mail: Klaus.Doerre@uni-jena.de

Logo: Elisabeth Blum; Peter Neitzke (Zürich)
Cover & Satz: Sabrina Laufer
Druck: Universität Jena
ISSN: 1619-6171

Diese Arbeit ist im Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche
Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Struk-
turbildung“ entstanden und wurde auf seine Veranlassung unter Verwendung
der ihm von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten
Mittel gedruckt. Alle Rechte vorbehalten.

EIGENSINNIGE ‚KUNDEN‘.
DER EINFLUSS STRENGER
ZUMUTBARKEIT AUF
DIE ERWERBSORIENTIERUNG
ARBEITSLOSER UND PREKÄR
BESCHÄFTIGTER

Beiträge

1

Einleitung:

Nach den Arbeitsmarktreformen. Die Subjektperspektive von
Langzeitarbeitslosen und prekär Beschäftigten als Gegenstand
empirischer Forschungen6

2

Eigensinnige „Kunden“. Auswirkungen strenger
Zumutbarkeitsregeln auf Langzeitarbeitslose und
prekär Beschäftigte

*Peter Bescherer, Klaus Dörre, Silke Röbenack,
Karen Schierhorn*10

3

Wie wirkt „Aktivierung“ in der Arbeitsmarktpolitik?

Kai Marquardsen44

4

Die Unsichtbaren. Herausbildung und „Verschwinden“ einer betroffenen Gruppe im Zuge der Hartz-IV-Reform. Empirische Befunde aus einer Pilotstudie über Nichtleistungsempfänger in Thüringen

Michael Behr, Tina Seiwert, Kathrin Kuhirt

.....62

Autorinnen und Autoren

5

Angaben zu den Autorinnen und Autoren

.....96

1

NACH DEN ARBEITSMARKTREFORMEN.

DIE SUBJEKTPERSPEKTIVE VON
LANGZEITARBEITSLOSEN UND PREKÄR
BESCHÄFTIGTEN ALS GEGENSTAND
EMPIRISCHER FORSCHUNGEN

Klaus Dörre

Die Herausforderung einer verfestigten Massenarbeitslosigkeit hat in Deutschland einen der wohl weitreichendsten Reformprozesse der Nachkriegsgeschichte ausgelöst. Befürworter wie Kritiker sind sich darin einig, dass die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eine Zäsur in der Entwicklung des deutschen Wohlfahrtsstaates bedeuten. Aus der Perspektive der neuen Länder wird diese Zäsur als „doppelter Umbruch“ erlebt. War es zunächst notwendig, die westdeutschen Arbeitsmarktinstitutionen binnen kurzer Zeit zu adaptieren, so bewirkten die „Hartz-Reformen“ die Transformation eines gerade erst institutionalisierten Arbeitsmarktregimes. Der Reformprozess musste im Osten als besonders einschneidend erlebt werden, weil er sich in einem gesellschaftlichen Umfeld vollzog, das von überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten, aber auch von stark verfestigten Erwerbsorientierungen geprägt war und weiter geprägt ist.

Sorgten die Reformen und hier insbesondere die unter „Hartz IV“ subsumierten strengen Zumutbarkeitsregeln zunächst für gesellschaftliche und politische Polarisierungen, so scheint nun offenbar Licht am Ende des Tunnels. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen sinkt und die politisch Verantwortlichen stellen Optimismus zur Schau. Im Aufschwung zeigen die Arbeitsmarktreformen Wirkung, so jedenfalls die offizielle Lesart der aktuellen Entwicklung. Ob die Betroffenen den Reformprozess ähnlich positiv bewerten, ist eine Frage, die in der Öffentlichkeit selten gestellt wird. Grund genug für uns, diese Perspektive mit wissenschaftlichen Mitteln zu rekonstruieren.

Nachfolgend stellen wir Ergebnisse aus em-

pirischen Forschungen vor, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 580 und in assoziierten Projekten erhoben wurden. Der Beitrag von Peter Bescherer u.a. präsentiert erste Befunde aus dem Teilprojekt „Eigensinnige ‚Kunden‘. Die Auswirkungen strenger Zumutbarkeit auf die Erwerbsorientierung Arbeitsloser und prekär Beschäftigten“ des SFB 580. Hauptsächlich auf eine qualitative Befragung von Beziehern des Arbeitslosengeldes II gestützt, argumentiert der Artikel vor dem Hintergrund der aktuellen underclass-Debatte. Er zeigt, dass es sich bei den Langzeitarbeitslosen keineswegs um Angehörige einer kulturell homogenen Unterschicht handelt. Ebenso wenig kann von einem breiten Verfall der Arbeitsmoral die Rede sein. Im Gegenteil, trotz zum Teil langjähriger Arbeitslosigkeit halten die meisten Befragten selbst bei geringen Arbeitsmarktchancen normativ am Ziel fest, künftig einer regulären Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Fakt ist aber auch, dass es den Befragten – durch den Reformprozess mit verursacht (finanzielle Knappheit, Anerkennungsdefizite, Einkapselung) – immer häufiger an materiellen und moralischen Ressourcen fehlt, die als Basis einer stabilen Erwerbsorientierung unverzichtbar sind. Diese Kluft führt bei einer, freilich heterogenen, Minderheit zur bewussten Abkehr von Re-Integrationsbestrebungen.

Im zweiten Beitrag stellt Kai Marquardsen Ergebnisse eines in Zusammenarbeit mit der SFB-Forscherguppe durchgeführten Promotionsprojekts vor, das sich schwerpunktmäßig mit den Integrationseffekten der sozialen Netzwerke von Langzeitarbeitslosen beschäftigt. Marquardsen argumentiert, der Druck, der von dem neuen Arbeitsmarktregime ausgehe, Sorge für eine geradezu vorbehaltlose Orientierung

an regulärer Erwerbsarbeit. Da es real jedoch überaus schwierig sei, den Einstieg in attraktive Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, setze eine Suche nach kompensatorischen Effekten ein. Kompensationsmöglichkeiten würden durch soziale Beziehungen und Netzwerke bereitgestellt, in denen die Befragten Anerkennung und Selbstbestätigung fänden. Marquardsen skizziert damit ein Phänomen, das wir an anderer Stelle (Dörre u.a. 2006; Dörre 2008) als (Des-)Integrationsparadoxon nachfordistischer Arbeitsgesellschaften bezeichnet haben. Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung sind demnach nicht einfach identisch mit sozialer Desintegration, einem „Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert“ (Castel 2005, S. 38). Vielmehr zwingen sie die handelnden Subjekte immer wieder zu eigensinnigen Bearbeitungen ihrer Problemlagen und fördern so – zumindest kompensatorische – Re-Integrationsanstrengungen.

Kai Marquardsen sieht in diesen Formen sekundärer Integration eine „subversive“ Entwicklung angelegt. Die Sphäre der Nicht-Arbeit stellt den Langzeitarbeitslosen, etwa in Gestalt von Bürgerarbeit, alternative Sinnbezüge und Identifikationsangebote zur Verfügung, die nur deshalb nicht zur Selbststabilisierung genutzt werden können, weil der rigide Erwerbsarbeitsbezug subjektiv nicht preisgegeben wird. Der dritte Beitrag, vorgelegt von Michael Behr u.a., beurteilt die Potentiale kompensatorischer Integration etwas weniger optimistisch. Anhand einer Pilotstudie mit nicht-anspruchsberechtigten Arbeitslosen, die im Saale-Orla-Kreis, in Rudolstadt und

Gera durchgeführt wurde, zeichnen die Autorinnen und der Autor ein differenziertes Bild einer Gruppe von „Unsichtbaren“, die in den Arbeitslosenstatistiken gar nicht mehr auftaucht. Die Studie belegt, wie Wechselwirkungen von Ausgrenzungserfahrungen und Selbstausschluss allmählich zur Erosion einer normativen Erwerbsorientierung führen, die sich die Betroffenen überwiegend während einer länger zurückliegenden Erwerbsphase angeeignet haben. Die allmähliche Abkehr vom Ziel, eine reguläre Vollzeitbeschäftigung ausüben zu wollen, geht aber in den meisten Fällen nicht mit einem selbstbewussten Einschnwenken auf alternative Sinnhorizonte einher. Sichtbar und nachvollziehbar wird stattdessen eine Mischung aus Wut, Scham und Resignation, die sich gleichsam neben der offiziellen Arbeitsgesellschaft und ihren regulierenden Institutionen herausbildet.

Die präsentierten Befunde beruhen teilweise auf Zwischenauswertungen. Dennoch erscheinen sie uns – auch mit Blick auf die anhaltende arbeitsmarktpolitische Debatte – als so wichtig und brisant, dass wir uns bereits zu diesem relativ frühen Zeitpunkt für eine Veröffentlichung entschieden haben. Es versteht sich, dass wir uns über eine kritische Diskussion unserer Ergebnisse, über Anregungen und Kommentare freuen.

Klaus Dörre, Jena im Februar 2008

LITERATUR

Castel, R. (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Edition.

Dörre, K. (2008): *Prekäre Arbeit und gesellschaftliche Integration. Empirische Befunde, integrationstheoretische Schlussfolgerungen*. Erscheint in: Heitmeyer, W./P. Imbusch (Hrsg.): *Desintegrationspotentiale moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dörre, K./K. Kraemer/F. Speidel (2006): *Prekäre Beschäftigung und soziale Desintegration – Ursprünge, Konsequenzen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Erwerbsarbeit*. In: *Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur*, Band 23/24. Recklinghausen: FLAB-Verlag, S. 9–40.

EIGENSINNIGE ‚KUNDEN‘. AUSWIRKUNGEN
STRENGER ZUMUTBARKEITSREGELN AUF
LANGZEITARBEITSLOSE UND PREKÄR
BESCHÄFTIGTE

*Peter Bescherer, Klaus Dörre, Silke Röbenack,
Karen Schierhorn*

Nach Jahren der Stagnation signalisieren sinkende Arbeitslosigkeit und Rekordzahlen von über 40 Millionen Erwerbstätigen Entspannung am Arbeitsmarkt. Hinter dieser gewiss positiven Entwicklung verbirgt sich allerdings nach wie vor eine wenig glanzvolle Realität. Selbst die optimistischsten Beobachter bezweifeln, dass die Arbeitslosigkeit mittelfristig deutlich unter die Drei-Millionen-Grenze sinken wird. Bei den gegenwärtig ca. 1,6 Millionen Langzeitarbeitslosen ist ein nachhaltiger Integrationseffekt trotz positiver Entwicklungen bei den Älteren bislang kaum spürbar. 23 Prozent derjenigen, die dennoch einen Job finden, sind nach drei Monaten erneut arbeitslos. Wer den Sprung aus der Arbeitslosigkeit schafft, gerät zudem immer häufiger in unsichere, niedrig entlohnte Beschäftigung. Mindestens achtzehn von hundert Vollzeitbeschäftigten arbeiten mittlerweile im Niedriglohnsektor (Bosch/Weinkopf 2006). Allein die Zahl der „Aufstocker“, Menschen, deren Verdienst so gering ist, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen müssen, ist auf über 600.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gestiegen. Insgesamt benötigen 1,1 Millionen Menschen ALG-II-Leistungen, obwohl sie einen Job haben (Bovensiepen 2007, S. 6). Zeitgleich boomt die Leiharbeitsbranche (2005–2006 plus 32 Prozent). Allein von den 2006 neu entstandenen 624.000 sozialversicherungspflichtigen Stellen gingen mehr als 150.000 auf das Konto der Zeitarbeit (Weise 2007).

Schon diese wenigen ausgewählten Daten illustrieren, dass mit dem vermeintlichen „zweiten Wirtschaftswunder“ (Dams/Struve 2007, S. 3) keine Wiederherstellung der Lohnarbeitsgesellschaft fordistischen Typs verbunden ist. Vielmehr bedeutet der Ausstieg aus der

Arbeitslosigkeit häufig Einmündung in eine expandierende „Zone der Verwundbarkeit“ (Castel 2000, S. 360f.), in der unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse an der „Schwelle der Respektabilität“ (Sennett 2002) zu einem Dauerzustand geworden sind. Ausgrenzung und Prekarisierung werden inzwischen auch in der Arbeitsmarktforschung stärker reflektiert. Belegten quantitativ ausgerichtete Studien zum Beschäftigungssystem der 1990er Jahre zunächst allenfalls einen graduellen Wandel (Erlinghagen 2005; Erlinghagen/Knuth 2005), so mehren sich inzwischen Hinweise, die für eine zunehmende Polarisierung von Beschäftigungs- und Lebenschancen sprechen (Lutz u.a. 2006; Köhler u.a. 2006). Während die empirische Arbeitsmarktforschung um Differenzierung bemüht ist, hat die Polarisierung von Arbeitsmarktchancen in der sogenannten „Unterschichtendebatte“ (Neugebauer 2007; kritisch: Wacquant 2006, S. 11) eine überaus problematische zeitdiagnostische Wendung erfahren.

So spricht der Historiker Paul Nolte (2006) von einer „neuen Klassengesellschaft“, die freilich etwas völlig anderes darstelle, „als die fröhliche Wiederauferstehung des Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat“ (ebd., S. 99). Die neue soziale Ordnung werde durch „eine kulturelle Eigendynamik der Klassenbildung“ geprägt. Während die gesellschaftliche Mitte relativ stabil bleibe (Nolte/Hilpert 2007, S. 11-86), gebe es am unteren Ende der sozialen Hierarchie einschneidende Veränderungen. Dort sei Erwerbslosigkeit „milieukonstituierend“ geworden und schotte „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen ab“ (Nolte 2006, S. 98). Die „Alltagskultur der Unterschichten“ folge nicht

mehr durchweg einer „Assimilation an die bürgerliche Mittelschicht“, sondern versuche sich auch „durch äußere Abgrenzung zu behaupten“, wodurch sie sich zugleich verfestige und einkapsele (ebd., S. 96).¹

Noltes Diagnose erinnert in manchem an die underclass-Debatte, wie sie zu Beginn der 1990er Jahre in den USA geführt wurde. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung stand die Attacke gegen eine „wohlfahrtsabhängige“ Unterklasse, die sich angeblich daran gewöhnt hatte, von staatlichen Almosen zu leben (Murray 1990; kritisch: Kronauer 2002; Chassé 2007, S. 17-39). Noltes Argumentation ähnelt diesem argumentativen Grundmuster. Der Historiker plädiert für eine „starke Mitte“, die sich als strategisches Subjekt verstehen und eine Politik der „fundamentalen Selbstständigkeit“ formulieren solle. Eine solche Politik müsse zugleich zunehmender staatlicher Versorgung „im Sinne einer ‚von unten nach oben‘ erweiterten Fürsorgepolitik“ (Nolte/Hilpert 2007, S. 97) eine Absage erteilen – ein Hinweis, der z. B. in den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt längst zur Realität geworden ist.

Uns interessiert an dieser Argumentation vor allem das Bild einer kulturell relativ homogenen, aufstiegsunwilligen Unterschicht. Wir haben dieses Bild mit empirischen Befunden konfrontiert, die wir aus einer Befragung von ALG-II-Beziehern gewonnen haben. Unsere Ergebnisse, das sei vorausgeschickt, stützen die Diagnose einer kulturell verfestigten Unterschichtenmentalität nicht. Weder handelt es sich bei den von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen um eine homogene

soziale Gruppe, noch ist eine stabile soziale Mitte in der Lage, sich von Ausgrenzungserfahrungen und Prekarisierungstendenzen völlig abzuschotten. Dementsprechend zielt auch die Logik der Aktivierung mittels Beschneidung der „sozialen Hängematte“ am Problemkern sozialer Ausgrenzung vorbei. Nachfolgend wollen wir unsere Sichtweise in mehreren Schritten begründen. Zunächst skizzieren wir knapp Umrisse unseres Forschungsansatzes (1.). Anschließend präsentieren wir erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu den Auswirkungen strenger Zumutbarkeitsregeln auf die subjektiven Erwerbsorientierungen von Leistungsbeziehern des ALG II (2.). In einem weiteren Schritt (3.) beschreiben wir disziplinierende Wirkungen, die von der „Zone der Fürsorge“ auf die gesellschaftliche Mitte ausstrahlen. Abschließend (4.) werden einige forschungsstrategische und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen unserer Argumentation präsentiert.

1. UMRISSE EINER SUBJEKTORIENTIERTEN PREKARISIERUNGSFORSCHUNG

Mit unserem Forschungsansatz schließen wir an die vor allem in Frankreich entwickelte Prekarisierungsforschung (vgl. z. B. Bourdieu 2000; Bourdieu u.a. 1997; Castel 2000, 2005; Boltanski/Chiapello 2003; Beaud/Pialoux 2004; Kessl u.a. 2007; Paugam 2007; Beaud u.a. 2006; Wacquant 2006) an. Im Anschluss an Arbeiten von Pierre Bourdieu und Robert Castel betrachten wir Prekarisierungsprozesse als historische Phänomene, die im System der Erwerbsarbeit ihren Ursprung haben, aber auch auf andere gesellschaftliche Teil-

systeme und Lebensbereiche ausstrahlen und dort eigenständige Ursachen besitzen (Vogel 2006, S. 342-355). Für Castel (2000) beginnt die Geschichte der Prekarisierung im 15. Jahrhundert.² Prekarität bezeichnet in seinen Arbeiten eine Verfestigung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die durch existentielle Unsicherheit geprägt werden. Mit seinem historisch-komparativen Ansatz sucht der französische Sozialwissenschaftler verschiedene geschichtliche Ausprägungen von Prekarität analytisch zu erfassen. Anders als Marx (1973, 1976), für den Lohnarbeit an sich prekär war, begreift Castel (2005, 2007) sozialstaatlich eingehegte Lohnarbeit als zentrales gesellschaftliches Integrationsmedium. Vor allem in den kontinentaleuropäischen Staaten hatte die Koppelung von Lohnarbeit mit starken sozialen Schutz- und Partizipationsrechten über Jahrzehnte hinweg einen Bürgerstatus konstituiert, der, ohne soziale Unterschiede zwischen Klassen, Schichten und Geschlechtern zu nivellieren, eine weitreichende Integration des Großteils der Lohnabhängigen in die Gesellschaft ermöglichte. Gerade im deutschen „konservativen“ Wohlfahrtsmodell mit seiner geringen Umverteilungswirkung und seiner Zentrierung auf Vollzeitbeschäftigung beruhte diese integrative Wirkung primär auf ausgeprägten Sicherheitserfahrungen und der Erwartung einer schrittweisen Verbesserung der Lebensverhältnisse.

Pierre Bourdieu, der diese Sichtweise grundsätzlich teilt, hat der Konzeption einer sozial integrativen, sozialstaatlich eingehegten Lohnarbeit einen weiteren, für unseren Kontext elementaren Gedanken hinzugefügt. In seinen Studien zur kabyllischen Übergangsgesellschaft verbindet er, darin Weber (1904/1993)

und Sombart (1924) ähnlich, den Übergang zu kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaften mit der Aneignung einer rationalen, auf einer kalkulierenden Denkweise beruhenden Lebensführung. Von der bloßen Ausrichtung am Bedarf abgelöste Erwerbsorientierungen sind Teil eines, wie Bourdieu es nennt, „ökonomischen Habitus“. Anders als Weber und Sombart koppelt Bourdieu die Chancen zur Aneignung des zum Habitus geronnenen kalkulierenden Denkens allerdings an die Erfahrung elementarer sozialer Sicherheit, denn nur auf einer solchen Basis ist für den französischen Soziologen die Entwicklung eines in die Zukunft gerichteten Bewusstseins als Grundlage einer rationalen, kalkulierenden Denkweise überhaupt möglich.³ Selbst Unternehmer, die auf Innovationen angewiesen sind und daher strukturell mit Unsicherheiten konfrontiert werden, streben beständig nach einem Minimum an Planungssicherheit. Mit der Entfaltung des Wohlfahrtsstaates und der Herausbildung großer Staats- und Unternehmensbürokratien wurde es großen Teilen der Lohnabhängigen möglich, „die Stufen einer normgerechten beruflichen Laufbahn zu definieren und eine langfristige Arbeit im Dienste eines Unternehmens in Zusammenhang mit bestimmten Einkommenszuwächsen zu bringen“ (Sennett 2007, S. 24). Wenngleich die realen Entwicklungen nicht nach Plan verliefen, bestimmte „die Vorstellung, planen zu können“, die individuellen Aktivitäten und Möglichkeiten dieser Lohnabhängigen (ebenda).⁴

Auf diese Weise konnte die wohlfahrtsstaatliche Einhegung von Lohnarbeit zur Ausbreitung rationaler Lebenskonzepte und darauf gegründeter Erwerbsorientierungen beitragen.

Doch was geschieht, wenn die über Jahrzehnte stabile Verklammerung von Lohnarbeit mit starken Schutzmechanismen erodiert? Exakt diese Frage treibt die aktuelle Prekarisierungs- forschung an. Die Internationalisierung von Produktion und Dienstleistungen, Standortkonkurrenzen, unternehmerische Flexibilisierungsstrategien und marktorientierte Sozialpolitiken vor Augen, sprechen Bourdieu und Castel von einer „Wiederkehr sozialer Unsicherheit“ in die historisch gesehen noch immer sicheren und überaus reichen Gesellschaften des Westens. Was diese Entwicklung für den „bürokratisch-sozialen Kapitalismus“ (Sennett 2007) kontinentaleuropäischer Prägung und seine Arbeitsgesellschaften bedeutet, ist gegenwärtig eine offene Frage.

Hier setzen wir mit unserer empirisch ausgerichteten Forschungsstrategie an. Indem wir Castels Hypothese einer in „Zonen“ unterschiedlicher Sicherheitsniveaus gespaltenen Arbeitsgesellschaft (Castel 2000, S. 360)⁵ als heuristische Folie nutzten, konnten wir in früheren Untersuchungen unterschiedliche Formen des individuellen Umgangs mit Prekarisierungsprozessen identifizieren. Die Ergebnisse dieser Forschungen sind an anderer Stelle ausführlich vorgestellt worden (vgl. z. B. Dörre u.a. 2006; Dörre 2005; Brinkmann u.a. 2006; Kraemer 2007). Nachfolgend beschränken wir uns daher auf erste Ergebnisse eines Folgeprojekts, das sich mit der Konstruktion strenger Zumutbarkeitsregeln und deren Auswirkungen auf die subjektiven Erwerbsorientierungen von ALG-II-Beziehern beschäftigt. Es geht uns also nicht um die unterschiedlichen Kristallisationspunkte und Facetten von Prekarität, sondern um

eine spezifische Form des Ausschlusses, die sich dort beobachten lässt, wo die „Zone der Prekarität“ und die „Zone der Entkoppelung“ einander überlappen. Gemeint ist der Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, der fortdauernde und nur durch Integrationsmaßnahmen oder prekäre Jobs unterbrochene Ausschluss von regulärer, Existenz sichernder Erwerbsarbeit. Zwar ist die Unterschichtenthese nicht ausschließlich auf Langzeitarbeitslose gemünzt, vorliegende Studien (vgl. Neugebauer 2007) lassen jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie diese Gruppe im Zentrum des Problems verorten. Der Präsentation ausgewählter Ergebnisse sei vorangestellt, dass das vorliegende empirische Material erst teilweise ausgewertet ist. Dementsprechend vorläufig sind die nachfolgend dargestellten Befunde. Bei aller gebotenen Vorsicht lassen sich doch einige klar erkennbare Tendenzen benennen.

2. ARBEITSMARKTREFORMEN UND UNTERSCHICHTENPROBLEMATIK

Konstitutiv für unsere Forschungen war die These, dass das neue Arbeitsmarktregime mit seinen strengen Zumutbarkeitsregeln (Challenge) „bei den Adressaten der Reform ein quasi-unternehmerisches, kalkulierendes Denken“ voraussetzt, welches anzueignen Leistungsbezieher des ALG II kaum in der Lage sind. Daher vermuteten wir die Verfestigung einer bereits im Gange befindlichen „zonalen“ (Castel 2000) Spaltung der Arbeitsgesellschaft, im Extremfall gar die Herausbildung „subgesellschaftlicher Orientierungen“, die auf ein Leben jenseits regulärer Erwerbsarbeit zielen“ (Response). Diese These mag

auf den ersten Blick an die Unterschichten-Diagnose erinnern; wie wir zeigen wollen, läuft sie in ihren Implikationen jedoch auf eine völlig andere Problemsicht hinaus.

2.1 EMPIRISCHE BASIS DER UNTERSUCHUNG

Zunächst jedoch einige Informationen zur empirischen Basis unserer Untersuchung. Mit einer Expertenbefragung in vier regionalen Verwaltungseinheiten (Bremen, Bremerhaven, Jena, Saale-Orla-Kreis, n=53) und Recherchen in drei weiteren Regionen (Berlin, Dortmund, Recklinghausen, n=9) haben wir die Konstruktion und Institutionalisierung strenger Zumutbarkeitsregeln in den Blick genommen. Über die Auswertung regionaler Arbeitsmarktdaten konnten wir regionale Kontextbedingungen des neuen Arbeitsmarktregimes rekonstruieren (siehe Anhang). Übersicht eins informiert über die Expertengespräche, die wir in den vier Regionen durchgeführt haben. Übersicht zwei dokumentiert die Interviews mit Leistungsempfängern, aufgeschlüsselt nach Status und Befragungsort. Übersicht drei (im Anhang) liefert einen knappen Überblick über die Profile der untersuchten Regionen. Übersicht vier (im Anhang) umfasst relevante Strukturdaten zu den regionalen Arbeitsmärkten.

Übersicht 1: Empirische Basis der Expertenbefragung

	Bremen	Bremerhaven	Jena	Saale-Orla-Kreis	Gesamt bis dato
Agentur für Arbeit	2	3	2	1	8
Arge bzw. Eigenbetrieb	1	4	3	1	9
Vertreter der kommunalen Politik und Verwaltung	3	3	2	1	9
Arbeitgeberorg. / Unternehmerorg. / Kammern	3	0	1	1	5
Beschäftig.- und Bildungsträger	1	3	4	0	8
Beratungsstellen	4	2	2	0	8
Gewerk./Arbeitnehmerkammer	2	1	2	1	6
Gesamt bis dato	16	16	16	5	53

*Schwerpunkt unserer einjährigen empirischen Forschung ist eine qualitative Befragung von Leistungsbezieher*innen (n=99, Übersicht 2), mit deren Hilfe wir die Auswirkungen strenger Zumutbarkeit auf die subjektiven Erwerbsorientierungen von Langzeitarbeitslosen und prekär Beschäftigten ermittelt haben.⁶*

Übersicht 2: Empirische Basis der Befragung von Leistungsempfängern nach Status und Befragungsort

		Befragungsort				Gesamt
		Bremen	Bremerhaven	Jena	Saale-Orla-Kreis	
Status	Nicht aktiviert arbeitslos	7	8	11	1	27
	In ABM	0	3	5	2	10
	Ergänzendes ALG II	3	6	3	2	14
	Selbstständig	5	11	5	1	22
	In MAE (Ein-Euro-Job)	2	16	5	2	25
	In niedrig entlohnter Beschäftigung	1	0	0	0	1
Gesamt		18	44	29	8	99

Bei der nachfolgenden Darstellung konzentrieren wir uns auf tatsächlich belastbare Ergebnisse, spätere Präzisionen auf der Grundlage einer umfassenderen Auswertung des Materials lassen sich indessen nicht völlig ausschließen.⁷

2.2 ZUR KONSTRUKTION STRENGER ZUMUTBARKEIT

Beginnen wollen wir mit der politisch-institutionellen Konstruktion strenger Zumutbarkeit. Robert Castel hat in seiner Chronik der Lohnarbeit eher beiläufig eine „vierte Zone“ erwähnt, die in der Rezeption seiner Studien bislang kaum eine Rolle gespielt hat. Gemeint ist die „Zone der Fürsorge“ (Castel 2000, S. 361), ein Bereich öffentlich geförderter Integrationsmaßnahmen, der zwischen der „Zone der Verwundbarkeit“ und der „Zone der Entkoppelung“ angesiedelt ist. Diese „Zone“, deren Besonderheiten Castel selbst nicht analytisch ausleuchtet, erfüllt in der Arbeitsgesellschaft offenbar eine besondere Funktion. In und mit ihr wird öffentlich sichtbar geregelt, wie Rechte und Pflichten, Arbeitsanreize und Arbeitszwang zueinander in Beziehung gesetzt werden. Diese „vierte Zone“ öffentlicher Fürsorge stellt jene Disziplinierungsmittel bereit, mit deren Hilfe Müßiggang und „Faulenzerei“ bekämpft und der gesellschaftliche Zwang, seinen Lebensunterhalt durch eine legale Erwerbsarbeit verdienen zu müssen, exemplarisch durchgesetzt werden soll. Insofern steht diese „vierte Zone“ in einer Tradition von Institutionen, die bereits im Europa des 17. Jahrhunderts mit der Internierung von Arbeitslosen und Müßiggängern begann. Die frühen Arbeitshäuser und Internierungslager waren Einrichtungen, die ein von der Bedarfsorientierung abgelöster „Zwang zur Arbeit“, der sich nicht ausschließlich auf den Druck wirtschaftlicher Verhältnisse gründen konnte, funktional notwendig machte (Foucault 1996, S. 80f.). Während ökonomischer Krisen dienten diese Einrichtungen dazu, die vermeintlich „Arbeitsscheuen einzusperren“; außerhalb der

Krisen zielten sie darauf, „den Eingesperreten Arbeit zu geben und sie so in den Dienst der allgemeinen Prosperität zu stellen“ (ebd., S. 85).

Auf einem völlig anderen Niveau sozialer Rechte und Pflichten erfüllt die zeitgenössische „Zone der Fürsorge“ eine ähnliche Funktion. Die Hartz-Gesetze bedeuten de facto einen Umbau innerhalb dieser Zone und eine Neujustierung ihrer gesellschaftlichen Funktion. Mit den „Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ wurde der Übergang von einem Status erhaltenden zu einem lediglich Existenz sichernden Wohlfahrtsstaat eingeleitet. Der Staat handelt im Sinne einer „delegativen Gewährleistungsverantwortung“. Den Bürgern werden Chancen eröffnet, die zu nutzen ihre individuelle Aufgabe ist. Staatliche Sicherheitsgarantien sind nur noch gewährleistet, sofern die Betroffenen Eigenleistungen erbringen (Vogel 2006, S. 352; Röbenack 2007, S. 39ff.).

Die Priorisierung der Eigenverantwortung soll mit spezifischen Dienstleistungen, aber auch mit strengen Zumutbarkeitsregeln bis hin zu Leistungsentzug durchgesetzt werden. Wie unsere Forschungen zeigen, ist die Abkehr vom Prinzip der Statussicherung mit ihren materiellen und moralischen Implikationen auch dezentral, in den Verwaltungseinheiten und Gebietskörperschaften, der folgenreichste Reformschritt. Ein Regelsatz von 347 Euro zuzüglich der Mietzuschüsse und Kinderzuschläge bedeutet eine Angleichung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe. Die Durchsetzung dieser materiellen Restriktionen, die einer Mehrheit der Leistungs-

bezieher ein Leben in ständiger materieller Knappheit auferlegen, wiegt aus Sicht eines Großteils der befragten Experten schwerer als die unmittelbare Anwendung strenger Zumutbarkeitskriterien, wenngleich Restriktionen wie die erzwungene Aufgabe einer Wohnung oder die Ausgabe von Lebensmittelscheinen für die Betroffenen gravierende, ja existentielle Einschnitte darstellen. Daher ist es sinnvoll, strenge Zumutbarkeitsregeln in einem weiten Sinne zu verstehen und sie nicht auf unmittelbare Sanktionen zu beschränken.

In unseren Untersuchungsregionen vollzieht sich die Konstruktion strenger Zumutbarkeit auf drei Ebenen. Arbeitsverwaltungen, lokale Politik sowie beteiligte Interessenorganisationen definieren Umfang und Anwendung von Integrationsmaßnahmen. Damit beeinflussen sie zumindest indirekt das Verhältnis von Fördermaßnahmen und Forderungen an die Leistungsbezieher. In diesem Zusammenhang zeichnet sich in allen Regionen eine ähnliche Entwicklung ab. Seitens der Bundesebene gefördert, von Teilen der Arbeitslosen nachgefragt und durch die Träger mangels Alternative in großem Maßstab angeboten, haben sich die Arbeitsgelegenheiten, besser bekannt als „Ein-Euro-Jobs“, als dominante Integrationsmaßnahme durchgesetzt. Anders als ursprünglich intendiert, erreicht das Job-Angebot jedoch nur selten Gruppen von Arbeitslosen, die nach langer Arbeitsabstinenz wieder an eine Erwerbstätigkeit herangeführt werden sollen. Von einer Integrations- und Disziplinierungsmaßnahme haben sich die Ein-Euro-Jobs stattdessen zu einem beschäftigungspolitischen Instrument entwickelt, das nach Ansicht von Kritikern tendenziell reguläre Beschäftigung

zu verdrängen beginnt (vgl. Kettner/Rebien 2007).

Auf der zweiten Ebene, den entscheidungsfähigen Spitzen der Arbeitsverwaltungen (Regionalagenturen, Arbeitsgemeinschaften, „Unternehmen“ der Optionskommune), werden strenge Zumutbarkeitsregeln auch mittels Klassifizierung der Langzeitarbeitslosen in Markt- und Betreuungskunden sowie deren diverse Untergruppen beeinflusst. Da die zuständigen Einrichtungen wesentlich an ihrem Vermittlungserfolg gemessen werden, entsteht ein aus anderen marktorientierten Reformen bekannter Effekt. Förderung genießen vor allem diejenigen, die noch am besten in der Lage zu sein scheinen, den Sprung in eine reguläre Erwerbsarbeit zu schaffen. Arbeitslose, denen schwere „Vermittlungshemmnisse“ zugeschrieben werden, geraten im neuen System dagegen rasch an den Rand. Das gilt umso mehr für Gruppen, die aufgrund der strengen Zugangskriterien zum Arbeitslosengeld II, deren Umsetzung ebenfalls auf dieser Verwaltungsebene beeinflusst wird, vollständig aus jeder Förderung herausfallen.

Die dritte Ebene ist die der Sachbearbeiter und Arbeitsvermittler, die wir bislang nur in einer Region erfassen konnten. An dieser Nahtstelle treffen Reformlogik und Erwerbsorientierungen der sogenannten „Kunden“ aufeinander. Hier wird – jedenfalls laut Gesetz – ein genaues „Profiling“ der Arbeitslosen betrieben, es werden Fördermaßnahmen festgelegt und gegebenenfalls auch Sanktionen verhängt. Die Vermittler verfügen bei jedem Einzelfall über Definitivonsmacht, sie können Handlungsspielräume nutzen und strenge Zumutbarkeitsre-

geln mehr oder minder hart anwenden. Insgesamt vollzieht sich die Durchsetzung und Konstruktion strenger Zumutbarkeitsregeln somit als mikropolitischer Mehrebenenprozess. Wenig überraschend zeichnen sich bei der Umsetzung erhebliche regionale Unterschiede ab. So erweisen sich die beiden ostdeutschen Verwaltungseinheiten bei der Anwendung von Effizienzkriterien wie auch bei der Verhängung von Sanktionen geradezu als Musterknaben der Reform. Zugleich ist die sozialintegrative Begleitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in diesen Regionen vergleichsweise gering entwickelt. Dies ist wohl auch der Tatsache geschuldet, dass ein arbeitsmarktpolitischer Korporatismus, wie er in den Westregionen trotz institutioneller Schwächung der Gewerkschaften zumindest informell noch immer wirksam ist, sich in den ostdeutschen Verwaltungseinheiten niemals etablieren konnte. Ungeachtet solcher Differenzierungen bleibt jedoch ein zentraler Befund: die Durchsetzung der Arbeitsmarktreformen orientiert sich in Ost und West zumindest implizit an der Distinktionsfolie des „passiven Arbeitslosen“, der durch geeignete Maßnahmen zu reaktivieren sei. Arbeitslosigkeit gilt nicht mehr primär als Strukturproblem, sondern als selbstverantwortetes Resultat persönlicher Einstellungen und Anstrengungen (Marquardsen 2007). In der Konsequenz erscheint der ideale Arbeitslose gewissermaßen als Unternehmer seiner eigenen Beschäftigungsfähigkeit. Die regionalen Akteure können dieses Leitbild innerhalb spezifischer Handlungskorridore modifizieren, sie können seine Umsetzung beeinflussen, doch den arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel, der sich in den Regelsätzen und der Abkehr vom Prinzip der Statussicherung niederschlägt, vermögen sie, selbst wenn sie es wollten, nicht

grundsätzlich zu korrigieren.

Fakt ist aber auch, dass das Leitbild des „unternehmerischen Arbeitslosen“ mit den Erwerbsorientierungen der meisten Leistungsbezieher kaum in Übereinstimmung zu bringen ist. In deutlichem Kontrast, ja häufig in krassem Widerspruch zur generalisierenden Passivitätsvermutung, sind die von uns befragten Arbeitslosen und prekär Beschäftigten durchaus aktiv. In ihrer großen Mehrzahl streben sie unabhängig von strengen Zumutbarkeitsregeln nach einer regulären, Existenz sichernden und sozial anerkannten Erwerbsarbeit. Abhängig von den Chancen am Arbeitsmarkt und den jeweiligen biographischen Konstellationen lassen sich grob drei Kategorien von Leistungsbeziehern unterscheiden (vgl. Schaubild 1).

2.3 DIE ERWERBSORIENTIERUNGEN EIGENSINNIGER „KUNDEN“

2.3.1 DIE „UM-JEDEN-PREIS-ARBEITER“

Die „Um-jeden-Preis-Arbeiter“ (Felder 7-9) setzen alles daran, Arbeitslosigkeit zu überwinden und nutzen nahezu jede sich bietende Chance, um in das Erwerbssystem hinein zu gelangen.

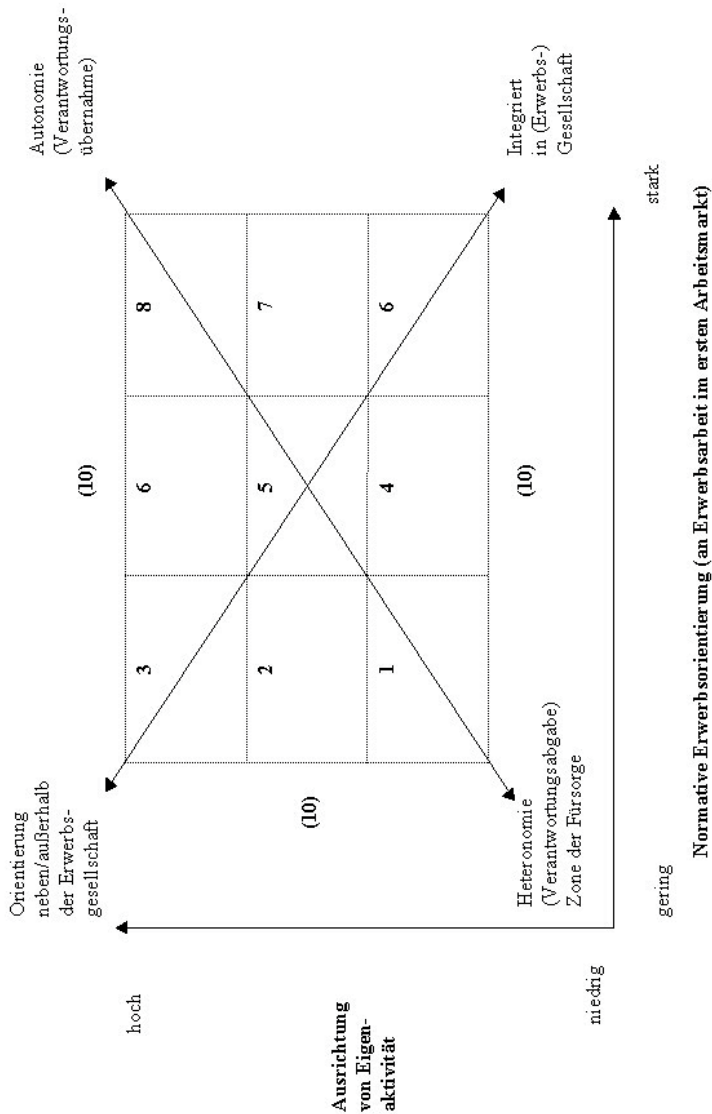
Prototypisch sind mitunter geradezu arbeitsbesessene „Aufstocker“ und Selbstständige (Feld 9), deren sämtliche Energien darauf gerichtet sind, den Status des Langzeitarbeitslosen zu überwinden oder zu vermeiden. Einer dieser Selbstständigen, frisch gebackener Besitzer einer kleinen Eisdiele, hat einen Elternkredit aufgenommen, um dem Schicksal des „Hartzis“ zu entgehen. Als Chef von mehreren Mini-Jobbern verfügt er selbst über ein monatliches Nettoeinkommen von etwa 300 Euro. Noch besitzt er ein Haus und ein Auto, er muss jedoch gelegentlich Einrichtungsgegenstände veräußern, um über die Runden zu kommen. Bezeichnend für ihn wie auch für vergleichbare Fälle ist, dass Arbeitslosigkeit subjektiv nicht existiert. „Wenn das Projekt scheitert, plane ich eben das nächste“, lautet die Devise. In der Auseinandersetzung mit der Arbeitsverwaltung individuell durchaus sperrig, handelt es sich bei diesen Befragten im Grunde um ideale „Kunden“ der Arbeitsverwaltung, die exakt dem Leitbild der Reformen zu entsprechen scheinen. Ist nichts anderes möglich, gehen sie auch einer selbstständigen

Unternehmer ohne jegliche Planungssicherheit (Bologna 2006), um prekäre Existenzen, die teilweise von ihrer Vergangenheit (Rücklagen, Vermögen) oder von Unterstützung aus den verbliebenen sozialen Netzwerken leben.

Zu den „Um-jeden-Preis-Arbeitern“ zählen neben vielen Aufstockern und Selbstständigen auch junge, relativ gut ausgebildete Arbeitslose, die den Übergang in das Erwerbssystem aus unterschiedlichen Gründen noch nicht bewältigt haben. Hinzu kommen Befragte, die erstmalig arbeitslos sind. Verhältnismäßig kurze Arbeitslosigkeitserfahrung, gute Ausbildung und eine grundsätzlich positive Selbstwahrnehmung bilden die Basis ihrer Orientierungen und ihres Engagements. Sie sind im Grunde davon überzeugt, dass es Arbeit für sie geben muss, weil sie unbedingt arbeiten wollen. Auch wenn die Arbeitslosigkeit die „Um-jeden-Preis-Arbeiter“ in den Selbstdeutungen eher zufällig ereilt hat und nicht auf individuelle Defizite zurückgeführt wird, sind die Betroffenen größtenteils davon überzeugt, dass sie sich persönlich und mit aller Energie für die Überwindung dieses Zustandes einsetzen müssen. Insofern kommen sie dem unternehmerischen Habitus der Selbstständigen nahe. Möglichkeiten, die die Arbeitsverwaltung bietet, werden dabei als Angebote betrachtet, auf die die Befragten einen Anspruch zu haben glauben und die sie selbstbewusst einfordern. Sie gehen aber, wie das erste Fallbeispiel exemplarisch zeigt, mitunter weit über eine solche Anspruchshaltung hinaus.

Arbeit nach; sie verhalten sich tatsächlich wie „Unternehmer ihrer eigenen Beschäftigungsfähigkeit“. Es handelt sich jedoch um

Schaubild 1: Erwerbsorientierungen von Leistungsbeziehern



Das Schaubild enthält noch keine völlig trennscharfe Typologie, sondern präsentiert eine aus Eckfällen mittels eines kontrastiven Verfahrens gewonnene Konstruktionslogik, aus der heraus wir empirisch gestützte Typen rekonstruieren wollen, die das gesamte Spektrum der von uns erhobenen Fälle (n=99) abdecken. Dabei bildet die horizontale Achse die normative Bedeutung regulärer Erwerbsarbeit ab, die vertikale Achse bezieht sich auf reale Mischungen von Tätigkeiten.

Fall eins - Frau Schulz⁸: „Wer Arbeit will, der kriegt auch welche ...“

Frau Schulz hat eine grundsätzlich positive Einstellung zum System der Grundsicherung und ebensolche Erfahrungen mit den Mitarbeitern der ARGE. Aus der Sicht der Arbeitsverwaltung beweist sie eine ausgeprägte Erwerbsneigung sowie ein hohes Maß an Selbstinitiative. Ihr persönlicher Ansprechpartner unterstützt sie bei ihren Vorhaben, wobei Frau Schulz betont, dass im Regelfall die Initiative von ihr selbst ausging. Trotz erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung ist der Befragten der Übergang in die Berufstätigkeit bislang nicht gelungen. Der ARGE gelten die zwei Kinder als „Vermittlungshemmnis“. Deshalb (und auch wegen familiärer Anbindung) strebt Frau Schulz eine Übersiedlung in die USA an. Sie erhofft sich dort wegen ihrer guten medizinischen Ausbildung und trotz ihrer beiden kleinen Kinder bessere Erwerbschancen.

Im Vergleich zur aktuellen positiven Fremd- und Selbsteinschätzung war der biographische Weg der Befragten, bis dato alles andere als einfach. Frau Schulz ist 24 Jahre alt und allein erziehende Mutter von zwei Kindern im Alter von fünf und sieben Jahren. Wegen der Geburt des ersten Kindes verließ sie die Schule ohne Abschluss. Zwischen dem ersten und dem zweiten Kind holte sie den Schulabschluss in der Abend-schule nach. Eine Ausbildung im zahnmedizinischen Bereich absolvierte sie nach der Geburt des zweiten Kindes. Zum Interviewzeitpunkt war sie in einem Qualifizierungsprojekt für unter 25-Jährige beschäftigt, welches sie als nützliche und

abwechslungsreiche Überbrückung betrachtet. Nebenbei jobbt Frau Schulz als Kellnerin.

Obwohl die Befragte erst ein Jahr arbeitslos ist (es besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I), präsentiert sie sich als ungeduldig, aber nicht hoffnungslos: „... und ich möchte nicht bis ich 30 bin, nur mal hier jobben, da jobben“. Ihre Eigenaktivitäten sind breit gefächert: Sie schreibt im Schnitt 20 Bewerbungen pro Monat, spricht persönlich in Arztpraxen und Kammern vor. Außerdem bewirbt sie sich um Fortbildungen, weil sie den Anschluss an den Beruf nicht verlieren möchte. Sie hält nicht nur engen Kontakt zur Arbeitsverwaltung (ca. ein Besuch oder ein bis zwei Anrufe beim persönlichen Betreuer pro Woche), sie trat und tritt auch fordernd auf, was offensichtlich überrascht, aber anerkennend zur Kenntnis genommen wird. Häufig konfrontiert Frau Schulz die Arbeitsverwaltung mit deren eigenen Versprechungen. Auf diese Weise sei sie bereits zu ihrer Ausbildung gekommen, wie sie eindrücklich erzählt:

„Ich hab Bewerbungen geschrieben, ich bin immer wieder zum Arbeitsamt gegangen, hab immer die Gespräche gesucht, hab sie auch gefunden. Die haben sich auch echt toll um mich gekümmert, haben mich zwar auch oft getröstet. Ich hab aber gesagt: ‚So geht das nicht‘, und bin immer wieder hingegangen und habe auf den Tisch geklopft und hab gesagt: ‚Ich tue alles, was Sie mir sagen, aber ich finde nichts‘; und dann bin ich immer eine Stufe höher gegangen beim Arbeitsamt, bis ich bei einer Frauenbeauftragten war, hab gesagt: ‚Sehen Sie, ich bin ... der Nachteil ist, ich bin jung Mutter geworden, dafür möchte ich aber nicht verurteilt werden, ich möchte

trotzdem arbeiten, eine Ausbildung machen, ich hab meinen Schulabschluss gemacht.' ... Und ich hab gesagt: 'Was soll ich noch tun.' ... Und dann haben die gesagt: Ja gut ok wir sehen das. Sie wollen das.' Und dann hab ich halt die Möglichkeit gehabt, eine Ausbildung zu machen.“

Ihr Vorgehen gegenüber dem Grund-sicherungsträger ist nicht anders, auch dort wird ihr immer wieder ungewöhnlich hohes Engagement bescheinigt: „Aber die haben gesagt, dass sie wirklich so was noch nicht erlebt haben, dass jemand so stark hinterher ist.“ Für die Arbeitsverwaltung verkörpert Frau Schulz in nahezu idealer Weise den positiven Fall einer unter 25jährigen Arbeitslosengeld-II-Bezieherin.

An ihrem Beispiel zeigen sich aber auch die Grenzen des Systems. Selbst garantierte Einkommenszuschüsse haben den Einstieg in reguläre Beschäftigung nicht ermöglicht. Dennoch nimmt sie das Grundsicherungssystem insgesamt als „Ansporn“ wahr: „... das (Leben mit Leistungsbezug, d. A.) reicht nicht, ich komm damit nicht klar, ich muss weiter machen.“ Am Beispiel von Frau Schulz wird deutlich, dass der Aktivierungsimpuls nicht von strengen Zumutbarkeitsregeln ausging, sondern in einer normativen Grundorientierung tief verankert ist.

2.3.2 DIE „ALS-OB-ARBEITENDEN“

Auch die Befragten der zweiten Kategorie, häufig über Arbeitsgelegenheiten „aktivierte“ (Felder 4-6) Arbeitslose, halten normativ an regulärer Erwerbsarbeit fest, akzeptieren jedoch auf Grund lang andauernder Erwerbslosigkeit und zahlreicher Frustrationen nach und nach

Alternativen. Prägnant tritt dies bei Befragten hervor, die ihren Ein-Euro-Job so ausüben, als sei er eine reguläre, dauerhafte Beschäftigung („Als-ob-Orientierung“, Röbenack 2007). Eindrucksvoll repräsentiert werden diese „Als-ob-Arbeiter“ von einer Frau, die jeden Morgen zur gleichen Zeit ihr Haus verlässt und alles tut, um den Anschein zu erwecken, als ginge sie noch ihrer eigentlichen Berufstätigkeit nach. Der Ein-Euro-Job ist für sie eine willkommene Gelegenheit, die Normalitätsfassade aufrecht zu erhalten. Offenbar ahnt niemand in der unmittelbaren Nachbarschaft, dass die Betreffende seit langer Zeit ohne reguläre Erwerbsarbeit ist. Die Befragte sucht auf diese Weise den symbolischen Anschluss an die integrierten Gruppen, und wie zum Hohn wird dieser symbolische Anschluss von den Nachbarn mit vehement vorgetragenen Ressentiments gegen „faule Arbeitslose“ besiegelt. Für die gesamte Gruppe gilt, dass das Streben nach einer regulären Erwerbsarbeit in der normativen Dimension ungebrochen ist; im realen Leben lässt sich diese Orientierung jedoch immer weniger durchhalten. Eine wachsende Kluft zwischen normativen Orientierungen und Erwerbschancen prägt Bearbeitungsformen und Handlungsstrategien in diesen Feldern.

Insgesamt weist die Gruppe der „Als-ob-Arbeiter“ ebenfalls eine große Bandbreite auf. Nicht nur der Ein-Euro-Job bietet den Betroffenen die Möglichkeit, die Normalität eines Erwerbsarbeitslebens vor sich und anderen aufrecht zu erhalten. Der nachfolgend präsentierte Fall soll zeigen, dass auch ein Ehrenamt, wenn man es, wie im Fall von Frau Schmidt, als eine Quasi-Vollzeitbeschäftigung organi-

siert und ausübt, eine gewisse Kompensation zentraler Funktionen von regulärer Erwerbsarbeit darstellen kann. Wenngleich ihr Engagement und ihre Kreativität eine Nähe zu den „Um-jeden-Preis-Arbeitern“ aufweist, gibt es dennoch einen wesentlichen Unterschied: Sollte ihr ‚Projekt‘ scheitern, wäre der vorzeitige Ruhestand eine denkbare Alternative.

Fall zwei – Frau Schmidt⁹: „... entweder das war's oder du kämpfst ...“

Für Frau Schmidt war und ist Erwerbsarbeit das zentrale biographische Thema, das sie noch nicht aufzugeben bereit ist. Sie würde gern wieder arbeiten, sieht aber auf dem regulären Arbeitsmarkt mittlerweile wenig Chancen. Von Seiten der ARGE wird sie weder gefordert noch gefördert. Im Wesentlichen beschränkt sich das Angebot auf die so genannte 58er-Regelung, von der sie (noch) keinen Gebrauch gemacht hat. Frau Schmidt gehört zu jenen, die zwar ausreichend qualifiziert sind, denen aber aufgrund ihres Alters kaum noch Integrationschancen eingeräumt werden. Mit einer ehrenamtlichen Arbeit sucht sie ein neues Betätigungsfeld – ein Substitut für Erwerbsarbeit, ohne Einkommen, aber mit Wertschätzung und Respekt. Sie baut eine Erwerbsloseninitiative für Arbeitslosengeld-II-Empfänger auf. Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitet sie daran, die ehrenamtliche Geschäftsführertätigkeit in eine bezahlte Erwerbsarbeit umzuwandeln.

Frau Schmidt ist 58 Jahre alt und verheiratet, ihr Mann erhält ebenfalls ALG II. Neben einer guten Qualifizierung verfügen beide über langjährige Berufserfahrung. Arbeitslosigkeit war für beide neu

und frustrierend. Frau Schmidt war bis zur Schließung ihres Unternehmens 1999 als Abteilungsleiterin und anschließend 2 Jahre in einer Beschäftigungsgesellschaft tätig. Ihre zahlreichen Bewerbungen wurden meist mit dem Hinweis auf „Überqualifizierung“ und ihr „Alter“ abschlägig beschieden. Die fortgesetzten Enttäuschungen führten jedoch nicht zu Resignation, sondern stattdessen zu der Einsicht, dass sie selbst handeln muss: „... entweder das war's oder Du kämpfst. Ich hab dann die zweite Variante gewählt ... das war dann auch so mein Ventil ...“

Aber anders als z. B. Selbständige ‚schafft‘ sie sich, auch altersbedingt, eine ehrenamtliche Tätigkeit. Dass sie eine Erwerbsloseninitiative aufbaut, ist nicht zufällig. Von der Arbeitsverwaltung ist sie enttäuscht, weil sie ihr Engagement bei der Arbeitssuche weder anerkannt noch unterstützt sieht: „Das ist das, was mich auch immer so wütend und frustig macht, weil, man wird in eine Schublade gepackt, wo man nicht reingehört ...“ Durch Hartz IV sieht Frau Schmidt ihre Lebensleistung entwertet:

„Und, also dieses Finanzielle ist schwer, aber das ist nicht der Punkt, sondern dieser soziale Abstieg ... Also man fühlt sich wie ein Mensch zweiter, dritter Klasse. Und die Behandlung auf den Ämtern ist auch nicht besser, denn das, was die dort in den PCs haben, ist ja nicht die Vita der Betroffenen, sondern halt eben die letzten fünf Jahre ...“

Aus der Erfahrung als „Mensch zweiter, dritter Klasse“ speist sich ihre Kritik am System der Grundsicherung und seiner Umsetzung. Im Unterschied zu anderen „Als-ob-Arbeitenden“ setzt Frau Schmidt diese Kritik aktiv, zielge-

richtet und geradezu kämpferisch um. Mit Blick auf den biographischen Verlauf ist das eine nachvollziehbare Verarbeitungsform, knüpft sie doch an das frühere gewerkschaftliche Engagement an.

Im Aufbau der Erwerbsloseninitiative kann Frau Schmidt mehrere Dinge produktiv miteinander verbinden: ihre strikte Arbeitsorientierung, ihr ausgeprägtes Bestreben, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, die Suche nach einem respektablen Ersatz für Erwerbsarbeit sowie die Kritik an der als ungerecht empfundenen „Hartz-Reform“. Positiver Nebeneffekt ist, dass die Befragte gewissermaßen Distanz zur eigenen Lage gewinnt, weil sie sich nicht als „Einzelfall“ sieht. Wenn es ihr gelingt, für ihre Vollzeit-Ehrenamtstätigkeit gesellschaftliche Anerkennung z. B. in Form einer ABM oder anderen Förderung zu erlangen, könnte sich die empfundene Kluft zwischen Erwerbsorientierung und Erwerbschancen wieder schließen. Wenn nicht, so Frau Schmidt, wolle sie versuchen, sich mit dem Gedanken des Ruhestandes „anzufreunden“.

2.3.3 DIE BEWUSSTEN „NICHT-ARBEITER“

Die Gruppen mehr oder minder bewusster „Nicht-Arbeiter“ (Felder 1-3) repräsentieren Orientierungen an einem Leben jenseits regulärer Erwerbstätigkeit. Dabei handelt es sich um heterogene, z. T. temporäre Formen von (Selbst-)Ausschluss und Einkapselung. Die Befragten richten sich in einem reduzierten Leben ohne Hoffnung auf Integration in die offizielle Arbeitsgesellschaft ein. An die Stelle der Erwerbsorientierung treten andere Normen und Tätigkeitsformen. Jugendliche, die in

Antizipation realer oder vermeintlicher Chancenlosigkeit die Not der Erwerbslosigkeit subjektiv in eine Tugend verwandeln, machen subkulturelle Szenen zu ihrem eigentlichen Lebenszentrum (z. B. Punks, rechte Szene etc., Feld 3). Zu den Gruppen bewusster „Nicht-Arbeiter“ gehört die Sozialhilfeempfängerin, die sich, ohne Schulabschluss und Berufsausbildung, in die Alternativrolle der sorgenden Mutter flüchtet, um so eine Brücke zu gesellschaftlicher Normalität zu finden (Feld 1). Ebenso präsent ist der Langzeiterwerbslose mit Arbeitslosenidentität, der inzwischen Arbeitsangebote ablehnt, um auf Demonstrationen „die Herrschenden“ für sein Schicksal verantwortlich zu machen („Verantwortungsdelegation“, Feld 2). Wie die Beispiele belegen, sind selbst diese Befragten nicht einfach „passiv“. Das engagierte Ausüben einer anerkannten Alternativrolle, Pflege von Nachbarschaftskontakten oder Aktivitäten in Szenemilieus sind Formen eigensinniger Aktivitäten, auf die wir gerade auch in der Gruppe der „Nicht-Arbeiter“ stoßen. Allerdings sind diese Eigenaktivitäten überaus fragil, und nicht alle Befragten sind gleichermaßen engagiert. So umfasst die Gruppe auch demoralisierte Sozialhilfebezieher, denen jegliche Zeitstruktur und mit ihr die Planungsfähigkeit für das eigene Leben abhanden gekommen sind (Feld 1). Kinderreiche ALG-II-Empfänger mit einem Transfereinkommen, das das erwartbare Arbeitsentgelt überschreitet (Feld 2), sind bei den bewussten „Nicht-Arbeitern“ ebenfalls präsent.

Fall drei - Herr Müller¹⁰: „...ich bin einfach so gegangen, keine Ahnung.“

Das Fallbeispiel von Herrn Müller steht ge-

wissermaßen für die Schwelle zwischen dem Festhalten an einer Orientierung auf reguläre Erwerbsarbeit („Als-ob-Arbeiter“) und der Suche nach lebbar Alternativen („Nicht-Arbeiter“). Die Fragilität seiner Position wird durch Orientierungslosigkeit bestimmt: weder hat er sich von den Werten und Normen der Erwerbsgesellschaft, wie sie z. B. von der Mutter, wenn auch gebrochen, repräsentiert werden, völlig verabschiedet, noch kann er eine positive Identifikation mit alternativen Lebensentwürfen entwickeln. Diese Unentschiedenheit schlägt sich auch in schwindender Selbstdisziplin und Motivation sowie in widersprüchlichen Handlungen nieder: so bricht Herr Müller ständig Maßnahmen ab, fängt aber auch neue an.

Herr Müller ist 19 Jahre alt und lebt bei seiner Mutter. Sie war schon häufiger arbeitslos und erhält zu ihrem Minijob ergänzend ALG II; eine Schwester ist Mutter und Hausfrau. Eine weitere Schwester habe es „am weitesten in der Familie gebracht“: „Ja und meine andere Schwester, die arbeitet als, keine Ahnung, jedenfalls was Besseres ... Bin ich auch stolz. Die ist sehr gut ... Die hat immer gelernt und alles.“ Herr Müller absolviert zum Interviewzeitpunkt eine Maßnahme, die den Hauptschulabschluss zum Ziel hat. Aus der Sicht der ARGE gehört er zu denen, die kaum Eigeninitiative zeigen und aufgrund ihres Alters sowie der Vermittlungsdefizite gefordert und gefördert werden müssen. Da Herr Müller schon mehrere Maßnahmen abgebrochen hat, gilt er als unwillig und unfähig.

Der Maßnahmeträger prognostiziert, dass er den Hauptschulabschluss wiederum nicht erreichen wird, u.a. weil er häufig unentschul-

digt fehlt. Das Verhältnis zu den Mitarbeitern der ARGE beschreibt Herr Müller als widersprüchlich – einerseits als Autonomieverlust, andererseits aber auch als Unterstützung: „Da sind schon ein paar, die eigentlich ganz nett sind, aber das ist halt das, was ich schon sagte, dass die von oben herab, das ist das, was nervt. Die reden halt mit Dir, als ob Du Scheiße wärst ...“

Auf den ersten Blick könnte man daraus schließen, dass Herr Müller nicht arbeiten will. Allerdings betont er im Interview mehrfach, dass er eigentlich „richtig“ arbeiten möchte – womit das Gegenteil von Ersatzmaßnahmen oder langen Ausbildungswegen gemeint ist. Dennoch kann er keine plausiblen Gründe für Ausbildungs- und Maßnahmenabbrüche oder Fehlzeiten angeben: „Ich bin da hingegangen, ein, zwei Tage, das war’s dann. Nicht wegen Ärger, ich bin einfach so gegangen, keine Ahnung.“ Die Gründe für seine mangelnde Motivation und Selbstdisziplin sind sicher vielschichtig. Die diffuse Wahrnehmung seiner Chancen bzw. Chancenlosigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Er teilt bis zu einem gewissen Grad die Einschätzung der Vermittler, wonach seine aktuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ohne Berufs- und Schulabschluss gering seien. Vermutlich ist das der Grund, weshalb er überhaupt Maßnahmen „akzeptiert“. Aber der aufgezeigte Weg bis zur Erwerbsintegration erscheint ihm als zu lang, zu unsicher und zu aufwendig und vermutlich auch nicht wirklich realistisch. Negative Schul- und Lernerfahrungen sowie das Fehlen konkreter Berufswünsche wirken ebenfalls erschwerend. Deshalb sucht er nach Gelegenheitsjobs z. B. als „Packer“. Zudem bewirbt er sich bei Zeitarbeitsfirmen – bislang allerdings ohne Erfolg,

was er wie folgt kommentiert: „Also ich finde schon, dass die Arbeitslosen sich mehr Mühe geben könnten, Arbeit zu finden, aber manche machen das ja und trotzdem klappt das nicht.“

Neben der Abgrenzung gegenüber ‚faulen‘ Arbeitslosen wird deutlich, dass er eigene Anstrengungen zwar für notwendig hält und (sehr) begrenzt unternimmt, aber letztlich die Verantwortung für seine aktuelle Lage abweist: „Ist zwar schon meine eigene Schuld, wenn ich mich mehr angestrengt hätte in der Schule ... jetzt kann ich ja nix dafür, dass ich nix habe.“ Herr Müller befindet sich offenbar an einer Schwelle, an der die Orientierung an einer regulären Erwerbsarbeit in etwas anderes transformiert wird. Einerseits kann er die Anforderungen der ARGE nicht von vornherein als unberechtigt oder sinnlos zurückweisen (Schwester und Mutter verkörpern für ihn mehr oder weniger erfolgreiche Beispiele), andererseits verlangen sie ihm jedoch subjektiv zu hohe „Kosten“ ab, nämlich Zeit, Lernanstrengungen, Zielstrebigkeit und Verzicht. Noch hat er in seinem Umfeld keinen normativen Bezugspunkt für ein Leben jenseits der Erwerbsgesellschaft, mit dem er sein Verhalten für sich selbst und gegenüber Anderen rechtfertigen könnte. Sofern er ihn findet, hat er den Schritt zum Nicht-Arbeiter endgültig vollzogen.

Auch bei Herrn Müller könnte eine Rolle spielen, dass die empfangenen Transferleistungen das Entgelt überschreiten, das er mit einer prekären Tätigkeit erzielen könnte. Doch selbst solche Kalküle sind kein Beleg für das Klischee vom „faulen Arbeitslosen“. Eher weisen sie auf eine Fehlsteuerung hin, wie sie für einen erheblichen Teil der kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten charakteristisch ist (Krätke

2007, S. 149-164). Dass Transferleistungen höher ausfallen als die Löhne für prekäre Jobs, ist eher ein Fall von Institutionenversagen als von „Sozialmissbrauch“, den es bei Minderheiten sicher auch gibt. Ein solches Versagen mittels strenger Zumutbarkeitsregeln oder einer weiteren Reduzierung der Transferleistungen („Senkung des Reservationslohns“) beheben zu wollen, gleicht der berühmten Quadratur des Kreises. Die eigensinnigen Aktivitäten der Befragten konterkarieren derartige Kalküle. Faktisch haben die meisten Befragten Überlebens Techniken entwickelt, mit deren Hilfe sie durchaus in der Lage sind, Leistungskürzungen und finanzielle Sanktionen zu unterlaufen. Informelle Arbeit, Nachbarschafts- und Szenekontakte werden auf vielfältige Weise genutzt, um Sanktionen die Spitze zu nehmen. Selbst eine Beschränkung auf Lebensmittelgutscheine kann der jugendliche Punk verschmerzen, wenn er die Scheine in der Szene gegen Bargeld einzutauschen vermag. Noch gravierender ist ein anderes Ergebnis unserer Untersuchung. Viele Befragte gehen soziale Bindungen ein oder müssen sie eingehen (Betreuung eines kranken Familienmitglieds, Pflege von Partnerschaften etc.), die ihre Flexibilität am Arbeitsmarkt deutlich einschränken. Auch die härteste Zumutbarkeitsregel vermag derartige Bindungen nicht außer Kraft zu setzen, sie trägt allenfalls zur Verstärkung von Ausschlussmechanismen und Ohnmachtsempfindungen bei.

3. DIE DISZIPLINIERENDE KRAFT DER „VIERTEN ZONE“

Damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt. Die bloße Anwendung strenger Zumutbarkeitsregeln bleibt, gemessen an den damit verfolgten arbeitsmarktpolitischen Intentionen, weitgehend wirkungslos. Die Gruppen der „Um-jeden-Preis-Arbeiter“ (Felder 7-9) sind ohnehin bereit, nahezu alle Erwerbstätigkeiten zu akzeptieren, um einem Leben unterhalb der „Schwelle der Respektabilität“ zu entgehen. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung werden häufig als überflüssig, sinnlos oder gar als Drangsalierung erlebt, weil das, wonach die Befragten mit ihren Aktivitäten eigentlich streben – eine reguläre Erwerbsarbeit, die das eigene Leben oberhalb eines kulturellen Minimums abzusichern in der Lage ist – gerade nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Auch in den Gruppen der zweiten Kategorie verpufft der „aktivierende“ Anspruch strenger Zumutbarkeitskriterien. Die „Als-ob-Arbeiter“ (Felder 4-6) würden liebend gerne arbeiten. Ein-Euro-Jobs sind für sie keine Bestrafung, sondern eine Möglichkeit, die Fassade der Normalität eine kurze Zeit lang aufrecht zu erhalten. Ein Problem in dieser Gruppe ist indessen, dass es mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit immer schwerer wird, die Kluft zwischen Norm und Realität zu bewältigen.

Die Handlungsstrategien der „Nicht-Arbeiter“ (Felder 1-3) schließlich sind mit repressiven Methoden ohnehin kaum zu beeinflussen.

dass derartige Regeln wirkungslos bleiben. Wie unsere Untersuchung belegt, erzeugen sie eine Reihe intendierter und nicht intendierter Effekte. Für Leistungsempfänger, die ein langes Arbeitsleben hinter sich haben, verstärkt die Anwendung rigider Zugangsregeln zum Arbeitslosengeld II die Härten des sozialen Abstiegs. Ein arbeitsloser Hafenarbeiter in den Vierzigern, der ein einjähriges unbezahltes Praktikum absolviert hat, um seine Beschäftigungsfähigkeit nachzuweisen, sagt in einer Gruppenbefragung von Ein-Euro-Jobbern: „Wir wissen nicht mehr, ob wir unser Haus halten können. Wenn wir das Haus verlieren, haben wir nichts mehr, für das es sich anzustrengen lohnt.“ Präzise benennt der Befragte eine Abstiegsproblematik, die aus der sozialen Position einer ehemals gesicherten Arbeiterschaft an, vielleicht gar unter die „Schwelle der Respektabilität“ führt. Das eigene Haus, die dazu nötigen Kredite, ein darauf bezogenes Zukunftsbewusstsein und eine sichere Arbeit, die all das ermöglicht, bildeten für viele Arbeiter in der Ära des „bürokratisch-sozialen Kapitalismus“ das Zentrum ihrer Vorstellungen von einem guten Leben (Sennett 2007, S. 24). Ein Abstieg aus der gesicherten Arbeiterschaft bedeutet nun die Zertrümmerung dieses Traums. Mit Eigenheim und Kreditwürdigkeit geht zugleich der Fluchtpunkt einer rationalen Lebensführung verloren, wie sie sich in großen Teilen der Arbeiterschaft über Jahrzehnte hinweg etablieren konnte.

Da sich Abstiegsprozesse in der sozialen Nachbarschaft derjenigen vollziehen, die sich noch immer in geschützten Beschäftigungssegmenten befinden, stellt sich ein anderer Effekt der Arbeitsmarktreformen ein. Angesichts der relativen Entkoppelung von

Mit der Feststellung, dass strenge Zumutbarkeit nicht den intendierten Aktivierungsimpuls auslöst, ist aber nicht gesagt,

Prosperität und Beschäftigung in den großen international operierenden Konzernen (Dörre 2007) wird es auch für Stammbeschäftigte vorstellbar, „innerhalb kurzer Zeit ‚durchgereicht‘ zu werden von einer herkömmlichen Mittelschichtenposition zu einer sozialhilfeanalogen Transferabhängigkeit mit der Verpflichtung, jegliche Arbeit annehmen zu müssen“ (Hamann/Nullmeier 2006, S. 11f.). Als Symbol des „jederzeit möglichen Abstiegs ohne soziale, berufs- und einkommensbezogene Auffanglinie“ (ebd.) sorgt „Hartz IV dafür, dass gerade beschäftigte Arbeiter und Angestellte alles versuchen, um einem solchen Schicksal zu entgehen“. Insofern, das jedenfalls bestätigen uns befragte Experten, erreicht der disziplinierende Effekt strenger Zumutbarkeit eher die „Noch-Beschäftigten“ als die Arbeitslosen.

Dienen strenge Zumutbarkeitsregeln so der symbolischen Verstärkung eines auch außerökonomisch wirksamen Arbeitszwangs, erfüllen sie mit Blick auf eine andere Gruppe (Feld 10) eine völlig andere Funktion. Auf Grund der strengen Anrechnungskriterien für Vermögen und der damit verbundenen hohen Hürden für den Leistungsbezug entsteht eine Gruppe von Nichtanspruchsberechtigten – überwiegend Frauen, teilweise mit mittleren und hohen Qualifikationen – die völlig aus dem Sozialsystem herausfallen. Wir haben diese Gruppe (Behr u.a. 2007, n=87; siehe auch den Beitrag von Behr/Seiwert/Kuhirt in diesem Heft) im Rahmen eines assoziierten Projekts bislang in drei Ost-Regionen (Saale-Orla-Kreis, Rudolstadt, Gera) überwiegend telefonisch befragen können. Die Ergebnisse sind eindeutig. Weil die Einkommen der Partner zumindest zeitweilig leicht oberhalb der Bemessungsgrenze liegen oder Vermögenswerte angerechnet wer-

den, die jedoch oftmals für bestimmte Zwecke (z. B. Instandhaltung eines Hauses) gebunden sind, fallen die Betroffenen aus den Transfer- und Fördersystemen heraus. Auf diese Weise wird eine Gruppe von „Unsichtbaren“ produziert, die eigentlich arbeiten möchte, ohne diesen Wunsch mit handlungsrelevanten Konsequenzen versehen zu können. Für Arbeitsverwaltungen und Unternehmen sind die Betroffenen gar nicht vorhanden. Vielfach von langen Maßnahmekarrieren geprägt, beginnt die anfangs starke Erwerbsorientierung bei einem Großteil der befragten Frauen allmählich zu erodieren; ein zurückgezogenes Leben jenseits regulärer Arbeit wird allmählich vorstellbar. Ein Effekt, der in den untersuchten ostdeutschen Arbeitsverwaltungen offenbar billigend in Kauf genommen wird, wenn Verantwortliche lapidar formulieren, dass sich die Frauenerwerbsquote allmählich „auf Westniveau normalisieren“ werde. Ein gewisser gegenläufiger Effekt tritt nur dort ein, wo langjährige Sozialhilfebezieherinnen durch Zuweisung einer Arbeits Gelegenheit überhaupt wieder die Möglichkeit erhalten, Bekanntschaft mit den Anforderungen einer außerhäuslichen Arbeitstätigkeit zu machen. Dieses Heranführen an Erwerbsarbeit, das wir in einigen Fällen beobachten konnten, ist, gemessen an den Reformintentionen, einer der wenigen positiven Aspekte, die wir erfassen konnten.

Insgesamt forciert die Neujustierung der „vierten Zone“, wie sie in unseren empirischen Befunden zum Ausdruck kommt, eine Entwicklung, die wir in Ansätzen schon in unserer früheren Untersuchung nachzeichnen konnten (Dörre 2008; Dörre u.a. 2006). Infolge der Ausbreitung

prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse erscheint eine sozial abgesicherte, anerkannte und einigermaßen gut bezahlte Erwerbsarbeit als verteidigungswertes Privileg, dessen Strahlkraft mit dem sozialen Abstand zunimmt, den das jeweilige Beschäftigungsverhältnis gegenüber diesem erwünschten Status aufweist. „Hartz IV“ ist das symbolische Korrektiv, mit dessen Hilfe die „Schwelle der Respektabilität“, lange Zeit gekennzeichnet durch die Verfügung über eine Erwerbsarbeit, die eine eigenständige Lebensführung oberhalb eines kulturellen Minimums ermöglicht, nach unten verschoben wird. Zugleich wird damit eine eigentümliche Re-Integrationslogik der Arbeitsgesellschaft in Gang gesetzt. Aus der Perspektive eines Langzeitarbeitslosen erscheint der Ein-Euro-Job mangels Alternative als willkommene Gelegenheit, die knappen Finanzen ein wenig aufzubessern und zugleich die eigene gesellschaftliche Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Der Ein-Euro-Jobber begreift es als „Lottogewinn“, wenn er eine der äußerst knappen ABM-Stellen zu ergattern vermag. Für den ABM’ler mag ein Leiharbeitsverhältnis eine attraktive Chance darstellen und der Zeitarbeiter hält es für einen Glücksfall, wenn er mit einem befristeten Vertrag zum Mitglied der Stammbesellschaft wird.

Diese Re-Integrationslogik haben wir vor Augen, wenn wir die Prekarisierung als ein Macht- und Kontrollsystem bezeichnen, das auch erhebliche Teile der formal integrierten Beschäftigten erfasst. Re-Integration darf hier allerdings nicht vordergründig als Stärkung von sozialer Kohäsion interpretiert werden. Gemeint ist vielmehr, dass die Integrationslogik des „bürokratisch-sozialen Kapitalismus“, die

immer auch auf materieller und politischer Teilhabe beruhte, mehr und mehr von einem neuen Integrationsmodus abgelöst wird. Im neuen Modus ersetzen Disziplinierung durch den Markt und – was Interventionen in die private Lebensführung angeht – geradezu ausufernde bürokratische Kontrolle mehr und mehr die Integration durch Partizipation an der materiellen Kultur (Kraemer 2007, S. 127-144) und den politisch-sozialen Rechten der Gesellschaft. Dieser Kontroll- und Disziplinierungsmodus ist gemeint, wenn Bourdieu (1998, S. 100) in seiner „Anklagerede“ behauptet, Prekarität sei „überall“. Es kann gar kein Zweifel bestehen, dass es sich bei prekären Arbeitsverhältnissen um heterogene Beschäftigungsformen handelt (Keller/Seifert 2007). Ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass in dieser Kategorie höchst unterschiedliche biographische Konstellationen, Erwerbsverläufe und Problemlagen zusammengezogen werden (Walwei 2006). Unstrittig ist auch, dass Unsicherheit in den Etagen und Segmenten der Arbeitsgesellschaft höchst unterschiedlich verarbeitet wird. Die strukturierende Kraft, die dauerhafter Ausschluss von Erwerbsarbeit und die Verstetigung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse besitzen, lässt sich dennoch nicht übersehen. Was die Arbeitsmarktforschung analytisch trennt, wird in Betrieben, Familien, Schulen oder Stadtvierteln in der einen oder anderen Weise wieder zueinander in Beziehung gesetzt. Stammbeschäftigte sehen sich mit Leiharbeitern konfrontiert, die die gleiche Arbeit für 30 bis 50 Prozent weniger Lohn erledigen (am Beispiel von BMW Leipzig: Dörre/Holst 2007). Die soziale Polarisierung macht sich in Kindergärten und Grundschulen bemerkbar. Wo Ausgrenzung und Prekarität in Delinquenz, Gewalt

oder Kriminalität umschlagen, werden sie zu einem Problem der öffentlichen Sicherheit und lösen Gegenmaßnahmen aus. Insofern lassen sich die Wirkungen von Prekarisierungsprozessen nicht in die engen Grenzen spezifischer Arbeitsmarktsegmente verbannen.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND OFFENE FRAGEN

Was bedeuten unsere Befunde für die aktuelle „Unterschichtendebatte“ und deren arbeitsmarktpolitische Implikationen? Zunächst lässt sich festhalten, dass eine generalisierende Klassifikation, die Langzeitarbeitslosigkeit und Prekarisierung zu Katalysatoren einer neuen Unterschicht erklärt, in unseren Forschungsergebnissen keine Bestätigung findet. Die Existenz einer Unterschicht ist auch für die Bundesrepublik seit langem durch eine Vielzahl sozialstruktureller Untersuchungen belegt (z. B. Bolte u.a. 1966; Dahrendorf 1965; Geißler 1996). Offiziell nicht existent, gab es soziale Verwahrlosung auch in der DDR. Dort wurde sie mittels des sogenannten „Asozialen-Paragraphen“ besonders hart sanktioniert (Korzilius 2005). Insofern ist die behauptete Existenz einer Unterschicht alles andere als eine spektakuläre Entdeckung. Eigentlich überraschend ist indessen, dass die strukturierende Wirkung der Langzeitarbeitslosigkeit offenbar nicht zu einem breiten Verfall von Arbeitsmoral und Aufstiegswillen geführt hat. Unsere empirischen Befunde sprechen eher für das Gegenteil. Noch in nahezu ausgewogenen Situationen halten langjährige Arbeitslose an einer normativen Erwerbsorientierung fest, die sie allerdings häufig nicht mehr in eine praktische Lebensführung umzusetzen vermögen.

Ein Abschied von den Wertorientierungen der sozialen Mitte, wie ihn die zeitgenössische Unterschichtenkritik behauptet, lässt sich an den Erwerbsorientierungen von uns befragter Langzeitarbeitsloser und prekär Beschäftigter jedenfalls nicht ablesen.

Man mag einwenden, dass die präsentierten Befunde kulturelle Phänomene wie „Ernährungsdefizite und Bewegungsmangel, Sprachdefizite und Bildungsrückstände, übermäßige(n) Fernseh- und auch Handykonsum (Nolte 2004)“ ungenügend beleuchten. Und in der Tat haben wir solche Ausprägungen eines vermeintlichen „Unterschichtenhabitus“ bislang nicht umfassend untersuchen können. Dass die arbeitslose Theaterangestellte, der bienenfleißige „Aufstocker“ mit Niedriglohn-Job, der arbeitslose Punk oder die um Wahrung der Fassade ringende „Als-ob-Arbeiterin“ über gemeinsame kulturelle Präferenzen verfügen, halten wir indessen für höchst unwahrscheinlich.

Sofern es zu Annäherungen der heterogenen Gruppen von Leistungsbeziehern an die „sozial Verachteten“ (Bolte u.a. 1966) kommt, ist dies wohl zumindest teilweise das Resultat einer Politik der „fundamentalen Selbstständigkeit“, wie sie Nolte und ähnlich argumentierende Zeitdiagnostiker im Namen der sozialen Mitte empfehlen. Denn eines lässt sich auf der Grundlage unserer Ergebnisse zweifelsfrei feststellen: Als verwaltungstechnische Vereinfachung gedacht, bewirkt die Gewährung von Leistungen auf einem pauschalierten Sozialhilfe-Niveau, dass Leistungsbezieher, die sich in ihren Erwerbsorientierungen eindeutig von allen Spielarten

eines „Unterschichtenhabitus“ abheben, in die soziale Nachbarschaft von sozial deklassierten Gruppen gedrängt werden. Mehr noch, für einen Großteil der Befragten ist der „passive Arbeitslose“ eine Distinktionsfigur, die jeder kennt und von der man sich daher umso vehementer abgrenzen möchte. Der neue institutionelle und arbeitsmarktpolitische Rahmen stellt offenbar über den Leistungsbezug eine Verfahrenshomogenität her, die sozial und wohl auch kulturell gerade nicht existiert. Von dieser „nivellierenden Logik“, die höchst unterschiedliche soziale Gruppen mit äußerst heterogenen Erwerbsbiographien zu einem Leben an der „Schwelle der Respektabilität“ verurteilt, werden unweigerlich soziale Spannungen erzeugt, die offenkundig bereits zu Legitimationsverlusten nicht nur der Arbeitsmarktakteure und -institutionen, sondern des gesamten politischen Systems geführt haben (Neugebauer 2007).

Insofern bewirkt eine Politik der „fundamentalen Selbstständigkeit“, wie sie sich in der Abkehr vom statuserhaltenden Wohlfahrtsstaat äußert, möglicherweise das Gegenteil einer an bürgerlichen Tugenden und Idealen orientierten „Aktivierung“. Das proklamierte „unternehmerische Selbst“ (Bröckling 2007) ist ein Ideal, das Ausgegrenzte und Prekarierte, denen mit sozialer Sicherheit elementare Grundlagen für eine längerfristige Lebensplanung abhanden kommen, überwiegend nicht zu leben vermögen. Prekäre Selbstständige, die den „neuen Geist“ eines flexiblen Marktkapitalismus scheinbar reibungslos in

die Tat umsetzen, sind im Grunde nur traurige Zerrbilder eines allenfalls in der oberen Mitte gelebten Flexibilitätsideals. Sie ähneln den

„Proletaroiden“ (Bologna 2006, S. 116ff.) aus der Weimarer Zeit weitaus mehr als den luftigen Vorstellungen einer „digitalen Boheme“ (Friebe/Lobo 2006) von Kreativarbeitern, die flexible Beschäftigung als Freiheitsgewinn erlebt. Insofern trifft auch auf die deutsche „Unterschichtendebatte“ zu, was Wacquant (2006, S. 198) für das Pseudo-Konzept der „underclass“ allgemein feststellt: Wo immer es angewendet werde, diene es dazu, den „Opfern selbst die Schuld“ für das „angebliche Aufkommen einer neuen Gruppe ungezügelter und desintegrierter Armer“ zu geben.

Dies festzustellen bedeutet zugleich das Eingeständnis einer Reihe offener Fragen. Wie wirkt die nivellierende Logik der Arbeitsmarktreformen längerfristig auf eigensinnige Subjekte? Was geschieht, wenn Erwerbsorientierungen und Habitusformen, die ihren Ursprung in der Ära des sozial-bürokratischen Kapitalismus haben, dauerhaft die Grundlagen entzogen werden? Sind Formen kollektiven Protests, kollektiver Interessenartikulation der Prekarierten denkbar? Und was bedeutet eine Verfestigung prekärer Lebensverhältnisse für Arbeitsmarktinstitutionen und -politik? Es versteht sich, dass sich diese Fragen auf der Basis von Ein-Punkt-Untersuchungen nicht einmal annäherungsweise beantworten lassen. Sie zu bearbeiten, kann jedoch Aufgabe einer historisierenden und zugleich subjektorientierten Prekarisierungsforschung sein, die sich der „Doxa“ eines von seinen sozialen Voraussetzungen abgelösten Denkens kritisch annimmt.

ENDNOTEN

¹ Nolte lässt keinen Zweifel daran, dass er diese Unterschicht für eine kulturelle Konstante hält. Neben der „großen Schnittmenge“ zwischen Migranten und Unterschichten, die in kulturelle Segregation und Abschottung münde, sorgten die „Erosion der traditionellen Familienordnung“, welche in den kinderreichen Unterschichtenfamilien mit ihrem geringen kulturellen und sozialen Kapital zwangsläufig zu „Erziehungskatastrophen“ führe sowie die Rückverwandlung der Massen- in eine Klassenkultur mit Zielgruppenferneben der Unterschichten für Kontinuität.

² Insofern entsprechen Hinweise, dass es sich bei der Prekarisierung keineswegs um etwas völlig Neues handele, einer Grundintention unseres Ansatzes.

³ „Unterhalb einer gewissen Schwelle, definiert bzw. identifiziert als ein bestimmtes ökonomisches und kulturelles Niveau, können sich rationale Verhaltensdispositionen nicht herausbilden. Inkohärenz ist das Organisationsprinzip der hier angesiedelten sub-proletarischen Existenz, die bis in ihr Verhältnis zu Raum und Zeit hinein grundlegend desorganisiert ist. In allgemeiner Hinsicht ist der Zugang zu einem aufgeklärten ökonomischen Urteil, sei es beim Akt des Kaufs oder Sparens, von ökonomischen oder gesellschaftlichen Möglichkeitsbedingungen geprägt. Tatsächlich konnte ich empirisch nachweisen, dass unterhalb eines gewissen Niveaus ökonomischer Sicherheit, beruhend auf der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Verfügung über ein Minimum an regelmäßigen Einkünften, Akteure nicht im Stande sind, die Mehrheit jener Handlungen durchzuführen, die eine Anstrengung hinsichtlich der Bemächtigung von Zukunft implizieren, wie etwa im Falle der kalkulierten Verwaltung von Ressourcen über die Zeit hinweg, Sparen, Kreditaufnahmen oder auch im Bereich der Geburtenkontrolle. D. h., dass es ökonomische und kulturelle Bedingungen des Zugangs zu jenem Verhalten gibt, welches man allzu voreilig als für jedes menschliche Wesen normal anzusehen bzw. schlimmer noch als natürlich zu erachten tendiert.“ (Bourdieu 2000, S. 20)

⁴ Der staatsbürokratische Sozialismus ist in gewissem Sinne ein Zwilling des bürokratisch-sozialen Kapitalismus. Er beschneidet jedoch Freiheit zugunsten von (Schein-)Sicherheit und erschwert auf diese Weise die Ausprägung eines rational-kalkulierenden Denkens.

⁵ „Ich habe eine allgemeine Hypothese vorgeschlagen, die der Komplementarität zwischen dem, was sich auf einer Achse der Integration durch Arbeit [...] und durch die Dichte der Integrati-

on in Beziehungsnetzwerke der Familie und der Gemeinschaft [...] abspielt. Das so aufgespannte Koordinatensystem umfasst Zonen unterschiedlicher Dichte der sozialen Verhältnisse, die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion oder viel mehr der Entkoppelung. Es handelt sich dabei jedoch nicht um mechanische Korrelationen, da eine starke Wertigkeit auf der einen Achse eine Schwäche auf der anderen kompensieren kann.“ (ebd., S. 360f.)

⁶ Hinzu kamen eine diskursanalytische Auswertung der einschlägigen Lokalpresse sowie eine Befragung von nicht anspruchsberechtigten Erwerbspersonen (n=89), die wir im Rahmen eines assoziierten eigenständigen Forschungsprojekts (Leitung Michael Behr) in die Auswertungsarbeiten einbezogen haben (siehe auch den Beitrag von Behr/Seiwert/Kuhrt in diesem Heft). Berücksichtigung finden außerdem erste Ergebnisse eines Promotionsprojekts (Kai Marquardsen), das sich auf der Grundlage unserer Primärerhebung mit den sozialen Netzen von Leistungsbeziebern beschäftigt (siehe auch den Beitrag von Marquardsen in diesem Heft).

⁷ Über den ursprünglichen Sampleplan hinaus haben wir so genannte „Aufstocker“, Beschäftigte, die ihr niedriges Einkommen durch ALG-II-Leistungen aufbessern, befragt. Ehemalige Sozialhilfebezieher, die nun in die Aktivierungslogik des ALG II eingemündet sind, wurden ebenfalls zusätzlich erfasst. Wegen dieser Erweiterung weist unser Sample ein Übergewicht an Frauen aus.

⁸ Name geändert.

⁹ Name geändert.

¹⁰ Name geändert.

LITERATUR

Beaud, S. u.a. (2006): *La France invisible*. Paris: Découverte.

Beaud, S./M. Pialoux (2004 [1999]): *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*. Konstanz: UVK.

Behr, M./T. Seiwert (2007): *Die Nicht-Anspruchsberechtigten*. Jena (Ms.).

Blossfeld, H.-P. (2006): *Globalisierung, wachsende Unsicherheit und die Veränderung der Chancen der jungen Generation in modernen Gesellschaften. Ausgewählte Ergebnisse des GLOBALIFE-Projekts*. In: *Arbeit*, Jg. 15, H. 3, S. 151–166.

Bologna, S. (2006): *Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbständigkeit*. Graz: Nausner & Nausner.

Boltanski, L./E. Chiapello (2003 [1999]): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.

Bohle, K. M. u.a. (1966): *Soziale Schichtung*. Opladen: Leske.

Bosch, G./Weinkopf, C. (2006): *Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland? Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn.

Bourdieu, P. (1998): *Prekarität ist überall*. In: Bourdieu, P.: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: UVK, S. 96–102.

Bourdieu, P. (2000): *Die zwei Gesichter der Arbeit*. Konstanz: UVK.

Bourdieu, P. u.a. (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UVK.

Bovensiepen, N. (2007): *Das Leben der Aufstocker*. In: *Süddeutsche Zeitung vom 17. August 2007*, S. 6.

Brinkmann, U. u.a. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise*. Bonn: Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bröckling, U. (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bude, H./A. Willisch (2006) (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.

Castel, R. (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.

Castel, R. (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Edition.

Castel, R. (2007): *Jenseits der Lohnarbeit und unterhalb der Beschäftigung? Die Institutionalisierung des Prekariats*. In: *kultuRRévolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie*. Nr. 52, S. 6–15.

Chassé, K. A. (2007): *Unterschicht, prekäre Lebenslagen, Exklusion – Versuch einer Dechiffrierung der Unterschichtendeckelung*. In: Kessl, F. u.a. (Hrsg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die neue Unterschicht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–38.

Dahrendorf, R. (1965): *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper.

Dams, J./A. Struve (2007): *Start ins zweite Wirtschaftswunder*. In: *Welt am Sonntag*, Nr. 30 vom 29. Juli 2007, S. 3.

Dörre, K. (2005): *Prekarität – eine arbeitspolitische Herausforderung*. In: *WSI-Mitteilungen*. Jg. 58, H. 5, S. 250–258.

Dörre, K. (2007): *Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme. Niedergang oder strategische Wahl?* In: Geiselberger, H. (Hrsg.): *Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda*. Frankfurt a. M.: Subkamp, S. 54-78.

Dörre, K. u.a. (2006): *Prekäre Beschäftigung und soziale Desintegration – Ursprünge, Konsequenzen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Erwerbsarbeit*. In: *Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur*. Bd. 23/24. Recklinghausen: FLAB-Verlag, S. 9-40.

Dörre, K./H. Holst (2007): *Funktionswandel von Leibarbeit. Antrag auf Forschungsförderung an die Otto-Brenner-Stiftung*. Jena (Ms.).

Ehrenreich, B. (1992): *Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse*. München: Kunstmann.

Erlinghagen, M. (2005): *Die mobile Arbeitsgesellschaft und ihre Grenzen. Zum Zusammenhang von Arbeitsmarktflexibilität, Regulierung und sozialer Sicherung*. In: Kronauer, M./G. Linne (Hrsg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. Berlin: Edition Sigma, S. 31-52.

Erlinghagen, M./M. Knuth (2005): *Beschäftigungsstabilität in der Wissensgesellschaft*. In: Struck, O./C. Köhler (Hrsg.): *Beschäftigungsstabilität im Wandel? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen für West- und Ostdeutschland 2.*, verb. Aufl. Mering: Hampp, S. 23-38.

Foucault, M. (1996): *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahnsinns im Zeitalter der Vernunft*. Frankfurt a. M.: Subkamp.

Friebe, H./S. Lobo (2006): *Wir nennen es Arbeit. Die digitale Bohème oder Intelligentes Lebens jenseits der Festanstellung*. München

Geißler, R. (1996): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung*. 2., neubearb. und erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hamann, F./F. Nullmeier (2006): *Die Konkurrenzgesellschaft. Zum Wandel von Sozialstruktur und Politik in Deutschland*. In: *Vorgänge*. Jg. 45, H. 176, S. 5-12.

Keller, B./H. Seifert (2007) (Hrsg.): *Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken*. Berlin: Edition Sigma.

Kessl, F. (2007): *Die Wiederkehr der sozialen Frage – ein Postskriptum zur jüngsten Debatte um die „neue Unterschicht“*. In: Kessl, F. u.a. (Hrsg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-144.

Kessl, F. u.a. (2007) (Hrsg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kettner, A./M. Rebien (2007): *Soziale Arbeitsgelegenheiten. Einsatz und Wirkungsweise aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive*. LAB-Forschungsbericht. Nürnberg.

Köhler, C. u.a. (2006) (Hrsg.): *Trends in employment stability and labour market segmentation*. SFB-Mitteilungen Nr. 16. Jena. <www.sfb580.uni-jena.de>

Korzilius, S. (2005): *„Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung*. Köln: Böhlau.

Kraemer, K. (2007): *Prekäre Arbeit – ein Problem sozialer Integration?* In: Gazareth, P./A. Jurasz/Cb. Magnin (Hrsg.): *Neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt*. Konstanz: UVK, S. 127-144.

Krätke, M. R. (2007): *Leben und Arbeiten. Brot und Spiele. Das Grundeinkommen als Sozialstaatsersatz?* In: *Widerspruch*. Jg. 27, H. 52, S. 149-164.

Kronauer, M. (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Lutz, B. u.a. (2006): *The German model of labour market segmentation. Tendencies of change*. Halle/Jena (Ms.).

Marquardsen, K. (2007): *Was ist „Aktivierung“ in der Arbeitsmarktpolitik?* In: *WSI-Mitteilungen*. Jg. 60, H. 6, S. 259-265.

Marx, K. (1976): *Das Kapital*. Bd. 3. In: MEW. Berlin/DDR: Dietz.

Murray, C. (1990): *The Emerging British Underclass*. London: The IEA Health and Welfare Unit.

Neugebauer, G. (2007): *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn: Dietz.

Nolte, P. (2004): *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*. München: Beck.

Nolte, P. (2006): *Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. München: Beck.

Nolte, P./D. Hilpert (2007): *Wandel und Selbstbehauptung. Die gesellschaftliche Mitte in historischer Perspektive*. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): *Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht*. Frankfurt: Societäts-Verlag, S. 11–103.

Paugam, S. (2007): *Repenser la solidarité. L'apport des sciences sociales*. Paris: Presses Univ. de France.

Röbenack, S. (2007): *Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) als Vergesellschaftungsform. Konstruktion einer spezifischen sozialen Existenz*. In: *Gesundheits- und Sozialpolitik*. Jg. 61, H. 5/6, S. 59–64.

Sennett, R. (2002): *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit*. Berlin: Berlin-Verlag.

Sennett, R. (2007): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. 3. Aufl. Berlin: Berliner Taschenbuch-Verlag.

Sombart, W. (1924): *Der moderne Kapitalismus*. 2. Bde. München: Duncker & Humblot.

Struck, O. u.a. (2006): *Die Ausweitung von Instabilität? Beschäftigungsdauer und betriebliche Beschäftigungssysteme (BBSS)*. In: *Arbeit*. Jg. 15, H. 3, S. 167–180.

Vogel, B. (2006): *Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit*. In: Bude, H./A. Willisch (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition, S. 342–355.

Wacquant, L. (2006): *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*. Gütersloh: Bauverlag.

Walwei, U./M. Dietzel (2007): *Erwerbsformen in Bewegung: Wirkung auf Beschäftigungsniveau und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes*. In: Lorenz, F./G. Schneider (Hrsg.): *Ende der Normalarbeit? Mehr Solidarität statt weniger Sicherheit – Zukunft betrieblicher Interessenvertretung*. Hamburg: VSA, S. 185–201.

Weber, M. (1993 [1904]): *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Bodenheim: Athenäum Hain Hanstein.

Weise, F.J. (2007) *Presseerklärung auf der Basis des neuen Monatsberichts der BA Nürnberg*.

Werding, M./M. Müller (2007): *Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht*. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): *Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht*. Frankfurt: Societäts-Verlag, S. 104–162.

ANHANG

Übersicht 3: Regionenprofile

	Bremerhaven	Jena	Bremen	Saale-Orla-Kreis
Wirtschaft				
Traditionelle Industriezweige	Hafenwirtschaft Schiffbau Fischerei	Optik Elektroindustrie Mechanik Messtechnik	Hafenwirtschaft Schiffbau Stahlindustrie Internationaler Handel Nahrungs- und Genussmittelindustrie	Textilindustrie Maschinenbau Papierindustrie
Krisenergebnisse	Strukturbruch/ Tertiärisierung Suburbanisierung Struktur- und Technologiewandel in Hafenwirtschaft (Containerhafen) Zusammenbruch Schiffbau Fischereirückgang	Wende Umstrukturierung und Ausdifferenzierung des Zeiss-Kombinates Verringerung der Fertigungstiefe	Strukturwandel/ Tertiärisierung Suburbanisierung Zusammenbruch Schiffbau	Wende Zusammenbruch industrieller Strukturen
Überlebende und neue Branchen	Hafenwirtschaft Fischverarbeitung Schiffreparatur Tourismus	Optik Messtechnik Elektroindustrie Mechanik IT	Hafenwirtschaft Fahrzeugbau (Automobil) Luft- und Raumfahrttechnologie Nahrungs- und Genussmittelindustrie Internationaler Handel Stahlindustrie Dienstleistung Logistik	Holzindustrie, optische Industrie Nahrungsmittelindustrie Papierindustrie
Typische Betriebsgrößen	Klein- und mittelbetrieblich	Mittelbetrieblich mit einigen Großbetrieben	Eher großbetrieblich, Defizit an KMU	Klein- und kleinstbetrieblich
Typ. Qualifikationsstruktur	An- und Ungelernte Facharbeiter	Akademiker Facharbeiter	Facharbeiter Akademiker	Facharbeiter An- und Ungelernte
Muster des Wirtschaftswandels	Strukturbruch (Werft, Fischerei), Beharrung struktureller Defizite, langfristiger Strukturwandel	Bewältigte Umstrukturierung und Modernisierung	Langfristiger, teilweise verzögerter Strukturwandel mit Beharrungstendenzen in Altindustrien	Bewältigter Strukturwandel

Interventionsleitbilder	Abbau und Konsolidierung/ Modernisierung traditioneller Wirtschaftsbranchen Neuansiedlung wissensbasierter Industrien (Tourismus) Strukturentwicklungsdefizite	Konsolidierung bestehender Industriezweige Neuansiedlung	Konsolidierung/ Modernisierung/ Erweiterung traditioneller Wirtschaftsbranchen Neuansiedlung Verzögerung des Strukturwandel	Konsolidierung bestehender Industrie Neuansiedlung (Tourismus)
Arbeitsmarkt				
Beschäftigungsquote 04/07	40,0	45,1	43,6	52,6
Arbeitslosenquote 02/07	19,3	11,8	12,4	13,1
Arbeitslosenquote 04/07	19,1	11,5	11,9	12,1
Langzeitarbeitslosigkeit 05/07	40,0	Nicht ausgewiesen	Nicht ausgewiesen	32,2 bis 50,1
Arbeitslosenquote SGB II 02/07	15,9	7,4	9,5	6,4
Arbeitslosenquote SGB II 04/07	16,1	7,4	9,3	6,4
SGB-II-Quote 02/07*	25,8	12,8	17,6	12,7
SGB-II-Quote 04/07*	25,7	13,3	17,7	12,9
Abgangsrate von Personen aus SGB II 02/07**	8,8	12,9	9,6	14,5
Abgangsrate von Personen aus SGB II 04/07**	7,0	9,6	7,9	10,7
Sanktionsquote 04/07***	3,1	1,9	2,4	1,1

Besonderheiten	AL im Umland deutlich geringer Hohe Einpendlerquote Stadtstaatproblem	AL im Umland höher Wenig Ausstrahlung auf Umland (Leuchtturm)	AL im Umland teilweise niedriger (Ausnahme Bremerhaven) Hohe Einpendlerquote Stadtstaatproblem	Hohe Auspendlerquote Polarisierte Arbeitslosenquoten im Landkreis
Arbeitsmarktsituation	Sehr hohe Arbeitslosigkeit Wenig Dynamik Hohe qualifikationsbedingte Langzeitarbeitslosigkeit Fachkräftemangel	Sehr gute Arbeitsmarktlage Verfestigte qualifikationsbedingte Langzeitarbeitslosigkeit	Relativ hohe Arbeitslosigkeit Geringe Dynamik strukturwandelbedingte verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit	Relativ gute Arbeitsmarktlage Relativ gute Dynamik Verfestigte qualifikationsbedingte Langzeitarbeitslosigkeit
Arbeitsmarktakteure und -politik				
Akteure	AA, Land Bremen, BRAG, Magistrat, Träger (afz)	Jenarbeit, AA, Träger (ÜAG)	Senat, BAG, ARGE, AA, Träger	Kreisverwaltung ARGE, AA
Kooperationsbeziehungen bis Hartz IV	Korporatistische Strukturen Parallele Vermittlungs- und Betreuungsstrukturen und arbeitsteilige Zweckbündnisse	Defizitäre Kooperation zwischen Kommune und AA Aktive Arbeitsmarktpolitik durch Sozialamt	Korporatistische Strukturen mit Dominanz der (sozialorientierten) Politik	Kooperation zwischen Kommune und Arbeitsagentur Dominanz der AA
Träger der Grundsicherung	Arbeitsgemeinschaft mit autonomer kommunaler Einheit Trennung von operativem und strategischem Geschäft (BRAG)	Zugelassener kommunaler Träger	Arbeitsgemeinschaft Trennung zwischen strategischem und operativem Geschäft (BAG)	Arbeitsgemeinschaft

Netzwerke				
Kooperations- beziehungen nach Hartz IV	Fortführung korporatistischer Governance und institutionalisierte Verflechtung	Sachliche Koope- ration zwischen Jenarbeit und AA Personelle Netzwerke	Fortführung und Erweiterung korporatistischer Netzwerkstrukturen Neujustierung von Einflusssphären	Kommunale Dominanz Personale Verflechtung
Interventi- onsleitbild der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik	Stufenkonzepte der Aktivierung Kaum Umsetzung strenger Zumutbar- keit – Konzentration auf u25	Integration in den ersten Arbeitsmarkt Umsetzung strenger Zumutbarkeit – Konzentration auf u25	Langfristige Aktivierung mit Integrationsziel Moderate und sozialintegrative Umsetzung von strenger Zu- mutbarkeit – Konzentration der strengen Zumut- barkeit auf u25	Arbeitsangebote für alle (die wollen) Kaum Umsetzung strenger Zumutbar- keit – Konzentration auf u25
Dominante Muster				
Umsetzungsmuster	Fortführung sozialverträglicher Integrationspoli- tik unter neuen Bedingungen	Neuanfang: Leistungsorientierte Aktivierung mit ‚schlechtem‘ sozialen Gewissen	Fortführung sozialverträglicher Integration mit veränderter Akzentsetzung	Teilweise Neuanfang: Effektivität und Effizienz mit menschlichem Antlitz

* SGB-II-Quote: Anteil der hilfebedürftigen Personen nach SGB II an der Bevölkerung bis unter 65 Jahren

** Anteil der Personen, die aus der Hilfebedürftigkeit innerhalb der letzten drei Monate ausgeschieden sind

*** Anteil der Personen mit mindestens einer Sanktion an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Übersicht 4: Grunddaten des Arbeitsmarktes in den Regionen

	Dtd	Westdtd	Ostdtd	BRH	BR	J	SOK
Beschäftigungsquote (1) 9/06	-	-	-	40,0	43,6	45,1	52,6
Beschäftigungsquote (1) 2/07	47,8	48,3	45,9	40,0	43,6	45,1	52,6
Beschäftigungsquote (1) 5/07	48,1	48,4	46,7	40,3	43,7	45,8	53,8
Arbeitslosenquote insgesamt (2) 9/06	-	-	-	20,0	13,2	11,4	12,2
Arbeitslosenquote insgesamt (2) 2/07	10,2	8,4	16,9	19,3	12,4	11,8	13,1
Arbeitslosenquote insgesamt (2) 5/07	9,1	7,5	15,2	18,5	11,7	11,2	13,1
Arbeitslosenquote SGB III 9/06	-	-	-	3,8	3,0	4,3	6,2
Arbeitslosenquote SGB III 2/07	3,8	3,3	5,9	3,4	2,9	4,4	6,8
Arbeitslosenquote SGB III 5/07	3,0	2,6	4,5	2,6	2,5	3,9	5,0
Arbeitslosenquote SGB II 9/06	-	-	-	16,2	10,2	7,1	6,0
Arbeitslosenquote SGB II 2/07	6,3	5,1	11,0	15,9	9,5	7,4	6,4
Arbeitslosenquote SGB II 5/07	6,1	4,9	10,7	15,9	9,2	7,3	5,9
SGB-II-Quote (4) 9/06	-	-	-	25,8	17,9	12,9	12,6
SGB-II-Quote (4) 2/07	11,0	9,1	18,5	25,8	17,6	12,8	12,7
SGB-II-Quote (4) 5/07	11,1	9,2	18,9	25,8	17,7	13,3	13,1
Entwicklung Bedarfsge- meinschaften (5) 9/06	-	-	-	+1,2	+0,2		-1,1
Entwicklung Bedarfsge- meinschaften (5) 2/07	-5,4	-5,1	-5,8	-6,4	-6,6		-6,2
Entwicklung Bedarfsge- meinschaften (5) 5/07	-8,6	-8,4	-9,0	-9,1	-9,2	+1,6	-8,8
Entwicklung Erwerbsfähiger Hilfebedürftige (6) 9/06	-	-	-	+3,6	+3,5		+2,0
Entwicklung Erwerbsfähiger Hilfebedürftige (6) 2/07	+1,0	+1,0	+0,8	+0,1	-0,7		-0,3
Entwicklung Erwerbsfähiger Hilfebedürftige (6) 5/07	-2,1	-2,0	-2,3	-2,6	-3,1	+9,3	-3,0
Abgangsrate von Personen aus Hilfe (7) 9/06	-	-	-	-	-	-	-
Abgangsrate von Personen aus Hilfe (7) 2/07	15,8	16,3	14,8	8,8	9,6	12,9	14,5
Abgangsrate von Personen aus Hilfe (7) 5/07	13,5	14,6	11,6	7,9	8,4	10,6	10,6
Sanktionsquote (8) 9/06	-	-	-	1,4	2,1	1,9	1,0
Sanktionsquote (8) 2/07	2,0	2,2	1,6	1,9	2,3	2,0	1,1
Sanktionsquote (8) 5/07	2,1	2,3	1,7	2,8	2,3	1,9	1,3
Aktivierungsanteil der eH (11) 9/06	-	-	-	68,1	64,3	53,6	64,4
Aktivierungsanteil der eH (11) 2/07	61,7	60,9	63,2	68,5	64,8	49,6	61,3
Aktivierungsanteil der eH (11) 5/07	61,9	60,9	63,6	67,8	63,8	49,9	61,0
Aktivierungsquote 1 (12) 9/06	-	-	-	23,6	24,4	18,6	35,6
Aktivierungsquote 1 (12) 2/07	20,2	19,1	21,9	24,8	28,7	8,0	27,9
Aktivierungsquote 1 (12) 5/07	22,8	21,8	24,5	23,0	29,8	13,1	35,5

3

WIE WIRKT „AKTIVIERUNG“ IN DER
ARBEITSMARKTPOLITIK?*Kai Marquardsen*

Seit der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist die Zahl der Arbeitslosen von über 5 Millionen im Januar 2005 auf etwa 3,3 Millionen im November 2007 gesunken. Diese Entwicklung wird in der öffentlichen Darstellung gerne als Erfolg der Arbeitsmarktpolitik gefeiert. Doch hinter diesen Zahlen verstecken sich zahlreiche Fallstricke. So hat sich einerseits das Verhältnis zwischen den Personen im Rechtskreis des SGB III und des SGB II deutlich verschoben: Erhielten im Januar 2005 noch 54,1 Prozent der Arbeitslosen Leistungen nach dem SGB III (vgl. Bundesagentur 2007a), waren es im November 2007 nur noch 33 Prozent (vgl. Bundesagentur 2007b). Dies zeigt, dass sich der Anteil derjenigen, die länger als ein Jahr in der Arbeitslosigkeit verbleiben, deutlich erhöht hat. Andererseits gehen nicht alle Leistungsempfänger als Arbeitslose in die Statistik ein. Blickt man z.B. auf die Zahl der „erwerbstätigen Hilfebedürftigen“, ist diese im gleichen Zeitraum mit etwa 4,9 Millionen nahezu konstant geblieben. Dies gilt auch für die ca. 1,8 Millionen „nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ (vgl. Bundesagentur 2005; 2007c). Neben Personen, die arbeitsunfähig erkrankt sind, nicht arbeiten dürfen oder können oder die ihre Verfügbarkeit einschränken, werden u.a. Personen nicht als arbeitslos gezählt, die sich in einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden. Auf diese Weise ‚verschwindet‘ ein Teil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus der Statistik. Nicht arbeitslos sind ferner jene Personen, die mehr als zeitlich geringfügig (d.h. über 15 Stunden pro Woche) beschäftigt sind – unabhängig davon, ob sie trotz ihrer Beschäftigung weiter hilfebedürftig bleiben. Nicht arbeitslos sind selbstverständlich jene, die nicht beim zuständigen Träger der

Grundversorgung als arbeitssuchend gemeldet sind und schließlich diejenigen, die aufgrund einer Sanktion von Seiten des Trägers aus dem Leistungsbezug vorübergehend ausgeschlossen wurden.

Vor diesem Hintergrund erscheint Vorsicht angebracht, aufgrund der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von einer erfolgreichen „Aktivierung“ der LeistungsempfängerInnen zu sprechen. Das heißt nicht, dass die Aktivierungspolitik wirkungslos ist. Jedoch verschleiern die Statistiken zur Arbeitsmarktentwicklung hier möglicherweise mehr als sie erklären. Für die Statistik sind lediglich die Zu- und Abgänge relevant. Wie komplex und dynamisch dieser Prozess tatsächlich ist, zeigt sich aber erst, wenn die Frage gestellt wird, wohin die Betroffenen eigentlich aktiviert werden und welche Wege sie dabei zurücklegen. Um die Wirksamkeit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik beurteilen zu können, müssen deshalb auch die individuellen Erwerbslosigkeitsverläufe betrachtet werden. Dabei gilt es zu untersuchen, wie die betroffenen Individuen mit den an sie gestellten Verhaltensanforderungen umgehen: Wie bewerten sie diese Anforderungen? Mit welchen Schwierigkeiten sehen sie sich konfrontiert? Und welche Konsequenzen hat dies für ihr Handeln? Auf diese Fragen kann die Arbeitsmarktstatistik nicht nur keine Antwort geben, sie vermittelt zudem den Eindruck, dass ein gewissermaßen mechanisches und lineares Verhältnis zwischen arbeitsmarktpolitischem Input und einem bestimmten, messbaren policy outcome besteht. In der Arbeitsmarktstatistik gibt es keine handelnden Subjekte. Die Erwerbslosen sind Bestandteil anonymer Zahlenkolonnen, in die sie allenfalls

als Träger bestimmter Merkmalskombinationen eingehen. Um die Frage nach der Wirkung der Aktivierungspolitik differenziert beantworten zu können muss jedoch die ganze Person mit ihrer Wahrnehmung, ihren Deutungen und ihren spezifischen Handlungsstrategien in den Blick gerückt werden.

Gegenstand dieses Beitrags ist es daher, sich der Frage nach der Wirkung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik durch den Blick auf die Bewältigung der aktivierenden Verhaltensanforderungen durch die Betroffenen anzunähern. Die empirische Grundlage bilden problemzentrierte Interviews, die der Autor mit „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ sowie Angehörigen und Freunden dieser Personen geführt hat. Insgesamt wurden 27 Personen interviewt. Neben der Frage nach dem Wandel ihrer sozialen Netzwerke in Folge der Erwerbslosigkeit und der Frage, welche Unterstützung die Befragten aus ihren sozialen Netzwerken bekommen, enthielt der Interviewleitfaden auch eine Reihe von Fragen zu den Erfahrungen mit den Instrumenten der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und ihrer Bewertung durch die Befragten. Der Umgang mit den Anforderungen und Folgen der Erwerbslosigkeit bildete so den roten Faden, der sich durch die Gespräche mit den Erwerbslosen gezogen hat. Im Folgenden sollen Erleben und Bewältigung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik durch die Befragten aus dem Interviewmaterial rekonstruiert werden. Dabei wird zunächst eine Definition des Aktivierungsbegriffs gegeben, die zu drei Hypothesen hinsichtlich der Wirkungsweise der Aktivierungspolitik führt. Diese werden anschließend am Interviewmaterial überprüft.

WAS IST „AKTIVIERUNG“?

Als zentrales Kennzeichen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik lässt sich eine verstärkte Individualisierung der Verantwortung für das eigene Arbeitsmarktschicksal identifizieren. Arbeitslosigkeit wird als Folge individueller Verhaltensdefizite interpretiert (vgl. Aust/Müller-Schoell 2007; Brütt 2003). Entsprechend wird das individuelle Verhalten der Arbeitslosen zum Bezugspunkt der arbeitsmarktpolitischen Intervention gemacht (vgl. Bothfeld 2007). Aktivierung zielt darauf ab, unerwünschtes Verhalten zu verhindern und erwünschtes Verhalten herzustellen. Als Ziel der Aktivierungspolitik kann es insofern angesehen werden, zur Formierung ‚nützlicher‘ (im Sinne der Anforderungen des Arbeitsmarktes) Subjekte beizutragen.

Bei genauerer Betrachtung zeigen sich hier jedoch einige Widersprüche. So kommt die Ausrichtung des individuellen Verhaltens am Kriterium der Nützlichkeit eher einer Ent-Individualisierung gleich: Im Zentrum der arbeitsmarktpolitischen Interventionen steht nicht die Person mit ihren spezifischen Eigenschaften und Fähigkeiten, sondern als Träger einer erwünschten sozialen Rolle. Dabei geht die Forderung nach individueller Verantwortung mit einer asymmetrischen Machtverteilung im Verhältnis zwischen Erwerbslosen und Arbeitsverwaltung einher. So stellen z.B. Instrumente wie die Erstellung von Bewerberprofilen und der Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen in hohem Maße standardisierte Verfahren dar, die zugleich für die Arbeitsverwaltungen mit weitreichenden Möglichkeiten verbunden sind, ihre Erwar-

tungen gegenüber der Person mittels Sanktionen durchzusetzen. Es bleibt insofern bei einem einseitigen „Fordern“ von individueller Verantwortung entlang standardisierter Verhaltenserwartungen. Dem stehen in der Praxis dagegen nur wenige Instrumente gegenüber, die geeignet sind, Potentiale individueller Autonomie zu befördern (vgl. Oschmiansky u.a. 2007; Bothfeld u.a. 2005; Ullrich 2004).

Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik manifestiert sich in verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die darauf abzielen, in den Dimensionen Verfügbarkeit, Eigenverantwortung und Beschäftigungsfähigkeit auf das Verhalten der Individuen zu wirken (vgl. Marquardsen 2007). Dennoch sind es nicht die einzelnen Instrumente, die das Element der Aktivierung in der Arbeitsmarktpolitik ausmachen – zumal viele dieser Instrumente gar nicht neu sind. Der Begriff „Aktivierung“ verweist stattdessen auf den ideologischen Rechtfertigungszusammenhang, in dem diese konkreten Instrumente stehen. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik ist als eine Reaktion (oder besser noch: als ein Reflex) der Arbeitsgesellschaft auf den tiefgreifenden Wandel von Arbeit und Beschäftigung zu verstehen. Als „Entgrenzung von Arbeit“ (vgl. Gottschall/Voß 2003; Kratzer 2003; Voß 1998) ist dieser Wandel auch auf Seiten derjenigen spürbar, die einen (mehr oder weniger) stabilen Platz im Erwerbssystem haben. Demgegenüber steht aber ein wachsender Teil von Menschen, die von Erwerbslosigkeit betroffen oder dauerhaft unter prekären Bedingungen an den Arbeitsmarkt angebunden sind (vgl. Dörre 2005). Die Aktivierungspolitik stellt nun eine spezifische Reaktion der Arbeitsgesellschaft auf diesen Wandel dar, nämlich ein Behar-

ren auf der Erwerbsarbeit als dem einzigen legitimen Mechanismus der Produktion von Anerkennung und Teilhabe. Die Tatsache, dass dieser Mechanismus in Frage steht, führt also nicht zu einer Debatte um neue Formen und Wege der gesellschaftlichen Integration, sondern zu einer Überbetonung der in die Krise geratenen alten. Die Krise der Arbeitsgesellschaft stellt insofern eine gesellschaftliche Identitätskrise dar, in der die Aktivierungspolitik als ein trotziges „jetzt erst recht“ erscheint.

Dabei handelt es sich um ein Reaktionsmuster, das sich sicherlich nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik findet, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wo für das Selbstverständnis der Gesellschaft konstitutive, normative Verhaltenserwartungen in Konflikt mit veränderten sozialen Praxen geraten (z.B. in Bezug auf den Wandel nationaler Identitätskonstruktionen im Zeichen globalisierter Kommunikationsstrukturen, weltweiter Migrationsbewegungen und politischer wie wirtschaftlicher Interdependenzen). Muster der Aktivierung dürften sich überall dort finden, wo die Reproduktion ‚erwünschten‘ Verhaltens nicht länger bruchlos vonstatten geht. In Bezug auf das Aktivierungsparadigma in der Arbeitsmarktpolitik zeigt sich jedoch, dass der überwiegende Teil der Erwerbslosen solchen Verhaltensnormen dennoch verhaftet bleibt: Es besteht auf Seiten der Betroffenen eine ausgeprägte Orientierung an der Erwerbsarbeit als dem zentralen gesellschaftlichen Integrationsmodus. Allerdings sehen sich die Betroffenen mit der Unmöglichkeit konfrontiert die eigenen Erwartungen zu erfüllen. Die Aktivierungspolitik muss sich insofern damit auseinandersetzen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem

wenig mit der fehlenden Motivation der Erwerbslosen, aber viel mit blockierten Chancen zu tun hat, den eigenen Erwartungen entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Die folgende Darstellung wird auch in dieser Hinsicht weiteren Aufschluss geben. Im Vordergrund steht jedoch die Frage nach der Wirkung der Aktivierungspolitik, wie sie sich aus dem subjektiven Erleben und dem Umgang mit den aktivierenden Verhaltensanforderungen rekonstruieren lässt. Dazu werden aus der Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur nachfolgend drei Hypothesen abgeleitet.

WIE WIRKT „AKTIVIERUNG“?

Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik ist von der Annahme geprägt, dass Arbeitslosigkeit in erster Linie ein Problem der fehlenden Motivation der Arbeitslosen ist (vgl. Trube 2003). Entgegen dieser Annahme findet sich jedoch bei den meisten Erwerbslosen der ausdrückliche Wunsch nach einer stabilen und existenzsichernden Einbindung in das Erwerbssystem (Grimm/Marquardsen 2008, i.E.). Soziale Zugehörigkeit und Teilhabe werden nach wie vor maßgeblich über eine Erwerbsbeteiligung vermittelt (vgl. Kronauer 2002). Für die Erwerbslosen dürfte sich also unter den Bedingungen eines dauerhaften Ausschlusses aus der Erwerbssphäre die Frage stellen, wie sie zu einer positiven sozialen Selbstverortung gelangen können. Daraus leitet sich eine erste Hypothese ab.

Hypothese I (Konformitätshypothese):

Durch die Annahme, dass Erwerbslosigkeit selbstverschuldet ist, sowie durch die konkreten Verhaltensanforderungen an die Betroffenen, trägt die aktivierende Arbeitsmarktpolitik dazu bei, den Druck auf die Erwerbslosen zu erhöhen. Diese reagieren darauf, indem sie sich zu den Grundsätzen der Aktivierung bekennen, da sie sich durch dieses Bekenntnis eine Anerkennung als ‚nützliche‘, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft erhoffen.

Wie bereits dargestellt, bleibt den Erwerbslosen jedoch der Zugang zu einer existenzsichernden, stabilen Erwerbsbeteiligung oft dauerhaft versperrt. Viele der Betroffenen pendeln dabei immer wieder zwischen Phasen kurzfristiger Beschäftigung (häufig in Form von Maßnahmen) und längeren Episoden der Erwerbslosigkeit. Dem individuellen Wunsch nach einer vollwertigen Mitgliedschaft Arbeitsgesellschaft stehen hier langfristig keine stabilen, alltagswirksamen Formen und Wege der Herstellung sozialer Anerkennung gegenüber. In sozialen Netzwerken kann dagegen eine kompensatorische Verarbeitung berufsbiographischer Unsicherheiten stattfinden (vgl. Diewald 2003). Daraus leitet sich die zweite Annahme ab.

Hypothese II (Kompensationshypothese):

Um Anerkennung zu erhalten und zu einer positiven sozialen Identität zu gelangen, entwickeln die Individuen in der Langzeiterwerbslosigkeit alternative Strategien der Herstellung sozialer Zugehörigkeit. Diese Strategien werden innerhalb sozialer Netzwerke entwickelt und praktiziert.

Damit es zur Entstehung stabiler, wechselseitiger Anerkennungsverhältnisse kommen kann, muss aber in diesen sozialen Netzwerken ein Konsens bezüglich anerkannter Meinungen, Einstellung und Verhaltensweisen bestehen, der über Prozesse des sozialen Vergleichs (vgl. Festinger 1954) fortlaufend überprüft und bestätigt wird. Die sozialen Netzwerke haben den Charakter von „Wertegemeinschaften“, in denen soziale Wertschätzung vermittelt wird (Honneth 1992, S. 206ff.). Im Gegensatz zur institutionalisierten Anerkennungsform des „Rechts“ bleibt diese Form der Anerkennung aber an die sozialen Netzwerke gebunden, in denen sie entsteht. Daraus leitet sich schließlich die dritte Annahme ab.

Hypothese III (Entkopplungshypothese):

Die alternativen Strategien zur Herstellung von Zugehörigkeit und Anerkennung zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht generalisierbar sind. Stattdessen werden in den sozialen Netzwerken der Erwerbslosen gruppenspezifische Normsysteme entwickelt. Auf diese Weise erodiert das Referenzsystem verallgemeinerbarer sozialer Normen, und es findet eine Entkopplung der Betroffenen von gesellschaftlichen Interdependenzbeziehungen statt.

Im Folgenden sollen die drei Hypothesen am Interviewmaterial überprüft werden. Die Interpretation schließt dabei sehr eng an die Aussagen der Erwerbslosen an, die hier in ausführlichen Interviewpassagen wiedergegeben werden. Auf diese Weise soll den Betroffenen als Experten ihres eigenen Erlebens und Handelns ein prominenter Platz in der Analyse eingeräumt werden.

„...gibt's ja genug, die sich gar nicht bemühen.“ – Das Streben nach Konformität

„Also es ist jetzt seit Hartz IV da ist, es wird ja in den Medien ständig breit getreten, dass wir alle faul sind, und dass wir keine Lust haben und überhaupt, seitdem ist die Anfeindung größer, viel größer. [...] Da hab ich gedacht, wie stehst du, wie sehen die dich? Sie ham's mir nicht angesehen. Ich zieh mich immer ein bisschen besser an, damit ich nicht so prekär und abgehängt ausseh. Aber das ist wirklich wahr. Die ham so n Bild von Arbeitslosen: schlampig, faul, pennen bis – es geht ja immer dieser Spruch um, die müssen den geregelten Tagesablauf lernen, morgens wieder früh aufzustehen. Ich steh immer früh auf.“ (ALG-II-Empfängerin, 38 Jahre, Bremerhaven)

Viele der Befragten erleben die Arbeitslosigkeit als demütigende Erfahrung, die mit einem Gefühl des sozialen Ausschlusses einhergeht. Sie fühlen sich unter den permanenten Rechtfertigungsdruck gesetzt, ihre Zugehörigkeit zur Arbeitsgesellschaft unter Beweis zu stellen (indem sie z.B. früh aufstehen). Dieser Rechtfertigungsdruck lässt sich aus den Schilderungen von Erfahrungen der Stigmatisierung rekonstruieren, die die Erwerbslosen im Alltag machen. Dabei spielte der Interviewer immer wieder die Rolle einer stellvertretenden Öffentlichkeit, an die sich die Betroffenen mit ihren Rechtfertigungen wenden.

„Ich hab mir das nicht ausgesucht, dass ich von der Arge leben will, hab ich mir nicht ausgesucht. Weil, na gut, dann hört man manchmal von Leuten, du Sozialschmarotzer, hast du nicht gesehen. Die müssen aber auch mal bedenken, wie ist man da rein gekommen, wie ist man da

hingekommen überhaupt. Ne, und da denken die meisten nicht drüber nach. Die denken, du bist – das ist so, und du willst sowieso nicht arbeiten. Also wirst du gleich schon abgestempelt. Ob du jetzt – ob du dir sagst, du willst arbeiten, aber das interessiert die ja im Grunde genommen gar nicht.“ (ALG-II-Empfängerin, 33 Jahre, Bremerhaven)

Die Erfahrung der Demütigung und des mit Arbeitslosigkeit verbundenen Stigmas geht nur zum Teil auf tatsächlich erlebte Anfeindungen von außen zurück. Ausschlaggebend ist vielmehr die Antizipation des Stigmas durch die Betroffenen selbst. Mit anderen Worten: Entscheidend für das Erlebnis des Ausschlusses ist nicht zuletzt das vorgestellte Fremdbild der Erwerbslosen – also das, was sie denken, was die anderen über sie denken. Dieses wiederum ist verknüpft mit den eigenen normativen Erwartungen, was gesellschaftliche Zugehörigkeit ausmacht.

„Ich hab – für mich war, hier oben hast'n Zettel dran ALG-II-Empfänger, und ich bin dann wieder gegangen. Ich konnte mich daran nicht erfreuen. Und hab dann immer so gedacht, mhh, Freitag, die andern feiern heute bis spät in die Nacht, bis morgen früh, Sonnabend schlafen sie aus, Sonntag bereiten sie sich wieder vor, Montag gehen sie wieder zur Arbeit. Und du. So, also das ist schon so, es belastet mich.“ (ALG-II-Empfängerin, 51 Jahre, Bremerhaven)

Immer wieder wird davon berichtet, dass die Erfahrungen des sozialen Ausschlusses in Folge der Arbeitsmarktreformen zugenommen hätten. Zwar ist hier ein direkter Vergleich, wie die

Befragten – die zu einem großen Teil schon seit deutlich mehr als zwei Jahren dauerhaft oder immer wieder von Arbeitslosigkeit betroffen sind – die Erwerbslosigkeit vor der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen erlebt haben, nicht möglich. In ihren Erzählungen wird jedoch auf die verschärfte Problemlage unter den Bedingungen von Hartz IV verwiesen.

„Aber ich denk schon, das dat da n Problem darstellen kann, und Arbeitslosigkeit ist vielleicht auch in anderer Hinsicht vielleicht noch mal n Thema, weil das hat sehr viel mit dem Erlebnis von Entwertung zu tun. Und besonders wenn man halt Hartz IV-Empfänger ist, ALG-II-Empfänger ist, hat dat n [...] mitunter demütigenden Charakter. Dat hängt für mich damit zusammen, so wie Hartz-IV-Empfänger von den Politikern, von den Medien dargestellt werden. So diese grundsätzliche Voraussetzung, jeder der Hartz IV in Anspruch nimmt ist irgendwie n Schmarotzer und will net arbeiten, so dieses: Wer Arbeit will, der kriegt auch eine. Dat steckt noch in ganz vielen Köpfen drin.“ (Teilnehmerin an AB-Maßnahme, 42 Jahre, Bremerhaven)

Noch deutlicher formuliert es eine andere Interviewpartnerin:

„Das ist jetzt das neue Schlagwort. Das sind Einzelfälle. Na, was soll denn der Scheiß?

Das ist kein Einzelfall. Wenn eener noch nicht mal mehr sich ordentlich ernähren kann. Das ist kein Einzelfall mehr. Und da sind sie [die Politiker, K.M.] auch noch stolz! [...] Also [...],

das sind dann [...], das mit dem Hartz IV, das ist für mich wirklich tiefste Sklaverei. [...] Und damals ging's ja eigentlich auch noch, als ich

das ausprobiert habe, damals konnt ich ja hier noch, war ich ja noch arbeitslos, also da gab's noch kein Hartz IV. Und da waren die Gesetze ja nicht so wie jetzt, also jetzt sind sie ja, also [...] ich weiß nicht, wer sich überhaupt die Gesetze ausgedacht hat. Diese Gesetze sind unmenschlich, unmenschlich.“ (Ein-Euro-Jobberin, 59 Jahre, Jena)

Es zeigt sich in den Schilderungen der Befragten, dass zumindest ein wesentliches Ziel der Arbeitsmarktreformen eindeutig erreicht wurde – nämlich das Ziel, den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen. Der Weg in den Arbeitslosengeld-II-Bezug wird als sozialer Abstieg empfunden, der sich einerseits finanziell bemerkbar macht:

„Weil, ich sach jetzt mal so, weggehen abends mit irgendwelchen Freunden ist nicht. Also nicht wirklich. Und wie will man von dem bisschen Geld wirklich irgendwas zurücklegen, für Klamotten, für – lassen Sie mal hier irgendwas kaputt gehen, Fernseher, Herd oder sonst irgendwas – wovon will man das bezahlen, ganz ehrlich. Also da war's damals beim Sozialamt wirklich schon besser. Kam man sich dann zwar auch blöde vor, aber man wusste, man hat innerhalb von wenigen Wochen wieder n Herd. Ne, ich sach jetzt mal, wenn hier der Herd kaputt geht, dann ist hier kalte Küche.“ (Tochter von Teilnehmer an AB-Maßnahme, nicht erwerbstätig, 24 Jahre, Bremerhaven)

Andererseits fühlen sich die Betroffenen im Umgang mit Ämtern und Behörden entrechtet:

„Ich find das auch schon n Unding, wenn man jetzt diese Formulare ausfüllen muss für

Hartz IV. Da dürfen die ja sogar bei einem ins Portmonee reingucken, wie viel Geld man im Portmonee drin hat. Ich mein, man hat ja überhaupt gar keine Rechte mehr, selbst die Menschenrechte werden total verletzt, ne. Man kommt sich sowieso schon vor, ich sach mal ganz krass, wie der letzte Dreck. Und was die sich dann auch manchmal rausnehmen – da träumt der Papst von, ne. Ich hatte hier ja auch ne Frau vom Arbeitsamt gehabt, die kam hier unangemeldet, und, wie gesagt, mit der Wohnung, dass die uns hier raus haben wollen. Und die hat sich auch Sachen rausgenommen – ich war so sauer, das können Sie sich gar nicht vorstellen.“ (Ehefrau von ABM-Teilnehmer, erwerbsunfähig erkrankt, 46 Jahre, Bremerhaven)

Dennoch wird offensichtlich sich, dass die Befragten oftmals Verständnis für das Prinzip des „Forderns und Förderns“ zeigen.

„Ich hab’s im nachhinein für gut befunden. Ich hab gesucht, okay, es muss was passieren, weil es gibt genug Leute, die beschießen. Es muss was passieren. Aber ich hab nie gedacht, dass das wirklich auf mich zutrifft. Dass die mal hier klingeln. Und die ham wirklich, die kamen früh, um sechs kamen die hierher. Morgens um sechs kamen die. [...] Ich kannte ja so was vorher gar nicht so. Gilt das eigene Wort nichts mehr beim Amt. So ungefähr. Aber im Nachhinein hab ich das für gut empfunden. Da hab ich gesucht, okay. Weil man hört ja viel im Fernsehen, dass es viele Leute gibt die beschießen. [...] Also ich schimpf zum Beispiel auch über Arbeitslose. Wo ich seh, die ham wirklich kein Bock – gibt’s ja genug. Die sich gar nicht bemühen.“ (ALG-II-Empfänger, 24 Jahre, Bremerhaven)

Die Erwerbslosen suchen sich vom öffentlichen Bild des Arbeitslosen als „Sozialschmarotzer“ zu distanzieren, indem sie betonen, dass sie selbst anders sind.

„[...] und manche sitzen da wirklich da und sagen sich nur, warum soll ich denn arbeiten gehen für – das versteh, ich versteh die Leute da ooch nicht, die, manchmal ooch junge Leute jetzt mal, ganz junge, ne. Menschen die sagen, ich krieg Hartz IV – na, ich weel nicht, ob das glücklich macht, dass die da zu Hause sind und warten. Dass die überhaupt mal nicht, keen Ehrgeiz entwickeln jetzt, dass die nicht mal in die Gänge oder nicht mal wollen. Gott sei Dank, sind die wenigsten jetzt mal, aber die gibt’s ja ooch. Und ich versteh die Leute ehrlich gesagt nicht. Nicht wirklich. Sogar wenn sie noch jung und gesund sind, jetzt mal.“ (ALG-II-Empfängerin, 52 Jahre, Jena)

Durch den erhöhten finanziellen und sozialen Druck in Folge der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, geraten die Befragten unter einen verstärkten Rechtfertigungszwang: Sie wollen beweisen, dass sie keine „Sozialschmarotzer“ sind, sondern ‚nützliche‘, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Das Dilemma dieser Beweisführung liegt jedoch darin, dass sie aufgrund der fehlenden Perspektive einer dauerhaften Rückkehr in den Arbeitsmarkt nur schwer zu leisten ist. Die Perspektive des Zugangs in eine stabile, existenzsichernde Beschäftigung besteht für die Betroffenen oftmals nicht (mehr). Die Erwerbslosen streben aber nach einer positiven sozialen Identität. Sie streben danach, den sozialen Erwartungen an das eigene Verhalten zu entsprechen, sich

also gemäß den Erwartungen konform zu verhalten. In ihrem „Kampf um Anerkennung“ (Honneth 1992) bekennen sich die Betroffenen deshalb zu den Prinzipien der Aktivierung, um ihre Zugehörigkeit zur Arbeitsgesellschaft unter Beweis zu stellen. Soll das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Aktivierung – also zum Prinzip der Bewertung des Individuums nach seiner gesellschaftlichen Nützlichkeit – glaubhaft erscheinen, bedarf es jedoch über solche verbalen Bekenntnisse hinaus noch anderer, handlungswirksamer Strategien der Wiederherstellung der sozialen Zugehörigkeit. Diese sind Gegenstand der im folgenden Abschnitt am Interviewmaterial diskutierten zweiten Hypothese.

„...ich kann das so nicht hinnehmen.“ – Das Streben nach Kompensation

„Ja, das ist ooch noch so’n Hobby noch. Also das sind Sachen, die dich noch am Leben erhalten praktisch. Wo wirklich nur noch der letzte Halt ist. Denn ne Arbeit zu kriegen ist aussichtslos.“ (ALG-II-Empfängerin, 47 Jahre, Jena)

Die Betroffenen sehen sich mit dem Problem konfrontiert, den Verhaltensanforderungen, die durch die Aktivierungspolitik an sie gestellt werden, und die sie an sich selbst stellen, zu entsprechen. Der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung solcher sozialer Erwartungen und dem aktiven Versuch, stattdessen auf anderem Wege soziale Anerkennung zu erlangen, wird immer wieder explizit thematisiert, wie im Falle eines Befragten, der in der Erwerbslosenarbeit aktiv ist:

„Man wird abgeschätzt nach dem, der Deutsche identifiziert mich, mich durch meine Arbeit. Das ist leider Gottes so, das ist in andern Ländern nicht ganz so. Aber das ist irgendwo, das ist beim Deutschen halt so drin. Und ich lebe hier in Deutschland und weiß, dass das halt so ist, und ich muss mich drauf einstellen. Und das versuchen eben durch nen anderen Weg wieder umzubiegen, dass ich wieder Honig draus saugen kann und nicht nur immer den Frust in’ Hals krieg. Nur Frust an’ Hals, das geht nicht. Da geht man denn selber dran kaputt. Und das, da ham wir uns hingesetzt und ham uns das geschworen, das machen wir nicht, das machen wir einfach nicht mit diese Spielchen. Und das hat geklappt bis jetzt. [...] Und das macht Spaß. Das baut auf. Und wenn man Erfolg hat in der einen Sache, dann kompensiert das dann, dass man da eben halt n bisschen, na ja, okay, was soll’s. Irgendwie muss man durch. Man muss sich nur nicht hängen lassen und muss immer aktiv bleiben. Was soll das denn? Man macht sich ja selber dann zum Affen sonst. Und das ist es, was sie wollen. Und das wollen wir nicht.“ (ALG-II-Empfänger, 61 Jahre, Bremerhaven)

Solche Versuche der Kompensation aufgrund durch die Erwerbslosigkeit blockierter Chancen der sozialen Anerkennung stellen dabei immer auch den Versuch der Wiederherstellung individueller Autonomie dar.

„Mein Betätigungsfeld ist und ist jetzt auch ein Stück Ventil für mich, dass ich also in der Erwerbslosenarbeit tätig bin, über Gewerkschaft, über Initiative und, und, und. Weil ich wüsste sonst wirklich nicht, wo ich mit meinem Frust bleibe, ne. Frust und Ärger und Wut und [...], also die ganze Gefühlsskala rauf und runter.

[...] Weil das ist auch ne Form meines Protestes, weil ich will was tun. [...] ich kann das so nicht hinnehmen. [...] bin ich nicht der Typ. Ich kann mich auch nicht arrangieren oder mich einrichten. Dafür bin ich viel zu wütend.“ (ALG-II-Empfängerin, 57 Jahre, Bremerhaven)

Das Streben nach Wiederherstellung subjektiv empfundener sozialer Zugehörigkeit findet einerseits über verschiedene Formen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements statt, das von der Altenpflege, über die Erwerbslosenberatung bis zur Nachbarschaftshilfe reichen kann. Das folgende Zitat verdeutlicht die Bedeutung, die eine solche Tätigkeit dafür haben kann, das Gefühl des Gebraucht-Werdens zu vermitteln.

„Das ist mein – natürlich ist das viel Arbeit, steckt da drin. Aber ich mach's gerne. Und ich habe viel Freude. Und die alten Leute geben mir auch mein Engagement zurück. Ach Mensch, wollen wir nächstes Jahr nicht? Ach Mensch, uh, ich kann nicht. Mensch, das geht doch, das, überlegen Sie doch mal – das und das und so und so. Und wir ham nen Bus und, und, und. Wenn das nicht, na, dann machen wir das doch schon, und schon hab ich sie alle wieder – also das ist n schöner Prozess, und ich krieg eben auch die Freude wieder – ach, weißt du, das war doch heute schön und so. Und da freu ich mich auch drüber, wenn sie sich eben noch mal freuen und [...] so. Das ist eben meins. [...] Und ich mach es ehrenamtlich, das weiß ich auch. Unentgeltlich, das ist klar. Aber (...) was soll's? Ich mach's gerne. Und ich freue mich, wenn die Andern sich auch freuen. Das kommt doppelt und dreifach dann wieder zurück, wenn die Andern sagen, ach, war das

schön und so [lacht].“ (Ein-Euro-Jobberin, 59 Jahre, Jena)

Voraussetzung für den Erfolg solcher Strategien ist, dass ein soziales Umfeld existiert, das diese anerkennt – ein Umfeld, in dem die Vermittlung von Anerkennung stattfinden kann, das also die stellvertretende Instanz darstellt, über die sich die Herstellung von Anerkennung vollzieht. Dies wiederum setzt voraus, dass es innerhalb dieses Umfelds einen Konsens über die Legitimität der Alternativhandlung gibt. Mit anderen Worten: Das soziale Netzwerk der Erwerbslosen muss die alternative Praxis der Produktion sozialer Anerkennung seinerseits anerkennen und mitragen.

„Und dann kompensiert sich das dann halt, ne. Und wie gesacht, da ham wir durch, durch die [...] Arbeitsloseninitiative, ham wir sehr viel neue Leute kennen gelernt und ziehen so ziemlich alle am gleichen Strang. Mal mehr, mal weniger. Oder manchmal überhaupt nicht, dass jemand dann so vollkommen resigniert. Aber dadurch ham wir uns – das ham wir nicht selber angenommen. Weil wir sind da doch zu jung – trotz unseres Alters [lacht].“ (ALG-II-Empfänger, 61 Jahre, Bremerhaven)

Dies gilt (andererseits) auch im Falle von Strategien der Wiederherstellung von Anerkennung in der Erwerbslosigkeit, mit denen ein sozialer Rückzug der Betroffenen einhergeht. So wird z.B. im Falle des Rückzugs in familiäre Bindungen soziale Anerkennung und das Gefühl der Zugehörigkeit überwiegend innerhalb der Verwandtschaftsbeziehungen vermittelt. Es findet eine Privatisierung der Herstellung von Anerkennung innerhalb

eines familiären Netzwerks statt. Schließlich zeigt sich die Bedeutung unterstützender sozialer Beziehungen auch im Falle von Formen der Kompensation, die mit einer bewussten normativen Abkehr vom Integrationsmodus der Erwerbsarbeit einhergehen. Auf diese Bewältigungsstrategie, wie sie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt, wird im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen werden.

„Bloß man wird dann in dem Moment sogar teilweise n bisschen beneidet so. Oh hier, ich muss morgen arbeiten gehen, du hast hier frei, kannst dahin gehen und so, ne. Das ist also, das ist [...], man lernt, man hat viel zu viele Leute über die Zeit so weg kennen gelernt, so dass man – Unterschiede kann ich da gar keine machen. Das gibt arbeitende Leute und nicht arbeitende Leute. Leute, die gerne arbeiten möchten oder welche die halt eher lieber so, wie sie jetzt leben leben. Das ist schon n großer Freundeskreis. In Jena ist halt auch das Kuriose, dadurch dass halt immer wieder viele Studenten hier sind in dieser Stadt so, wenn man die auch n bisschen beobachtet so – ich meine, viele ziehen ja ihr Studium auch durch, aber manche fallen dann doch irgendwo ins soziale Netz so rein, wie man so sagt. Tja. Ist halt so. [...] Weil es ist, ist schon irgendwie n gewisses Ruhekissen für viele Leute auch, deswegen wird halt nicht drüber geredet. Also das macht keinem irgendwie Probleme. Man weiß halt, am Anfang des Monats hat man sein Geld. Dann ist man einigermaßen wieder gesellschaftlich an-, anschaubar, was weiß ich, keene Ahnung halt. Kann sich da halt so'n bisschen mit reinwurschteln. Nee, eigentlich so das Thema ist es nicht.“ (Teilnehmer an AB-Maßnahme, 29 Jahre, Jena)

Insgesamt bestätigen die hier angeführten Beispiele die Hypothese, dass die Individuen in der Langzeiterwerbslosigkeit alternative Strategien der Herstellung von Anerkennung entwickeln. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Optionen ‚konformen‘ Verhaltens (d.h. eines Verhaltens entsprechend sozialer Erwartungen) für die Erwerbslosen dauerhaft blockiert sind. Mit Blick auf die Ergebnisse aus dem vorherigen Abschnitt ist hierbei davon auszugehen, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik (in Verbindung mit der fehlenden Perspektive einer langfristigen, existenzsichernden Beschäftigung) zu einem verstärkten Druck auf die Betroffenen führt, der die Tendenz der Entstehung solcher alternativer Inklusionsstrategien befördert. Diese werden innerhalb sozialer Netzwerke entwickelt und praktiziert, in denen ein Konsens darüber besteht, wofür Anerkennung vergeben wird, und die den Individuen Unterstützung dabei geben, ihre jeweilige Strategie zu realisieren. Diese Netzwerke können zwar (wie im Falle von Netzwerken ehrenamtlichen oder bürgerschaftlichen Engagements) eine vordergründig gesellschaftsstabilisierende Wirkung haben. Dennoch kann es auch hier langfristig zur Tendenz einer Entkopplung von den Normen der Arbeitsgesellschaft kommen, da sich das Referenzsystem ändert, auf das sich die Herstellung von Anerkennung bezieht. Diese Hypothese soll im nächsten Abschnitt anhand des Interviewmaterials überprüft werden.

„Wenn man arbeitslos ist, ist man sozialfähiger, als wenn man arbeitet.“ – Tendenzen der Entkopplung

„Und, weil die meisten, die Arbeit haben, wie gesagt – die müssen viel arbeiten, klar, gell. Und

wenn die mal n Wochenende frei haben, dann wollen die ooch nicht, dass Sie sie besuchen andauernd oder, weil die müssen ja dann das alles aufarbeiten. Die andern, die jetzt arbeitslos sind, ja, die sitzen daheim, die trauen sich nicht mehr raus. Oder nur teilweise halt. Das, ach, ist blöd. [...] Und die anderen, wie gesagt, die ham ja gar keene Zeit. Jetzt in der Woche sind die eingespannt von Montag bis Freitag, oder von Montag bis Samstag sogar. Und Sonntag machen die dann ihr – nee nee, das ist nur die untereinander jetzt so. Arbeitslosen und Arbeitslosen. Vielleicht nicht immer. Aber bei mir ist das so jetzt mal. [...] Nee, das eigentlich, die Kontakte entstehen nur untereinander. Also ist meine Meinung, meine Erfahrung.“ (ALG-II-Empfängerin, 52 Jahre, Jena)

Zunächst lässt sich bei anhaltender Erwerbslosigkeit oftmals eine Homogenisierung sozialer Kontakte beobachten, die eine Folge von Erfahrungen der Nicht-Zugehörigkeit ist. Wie bereits weiter oben verdeutlicht, geht dieser Prozess aber nicht nur auf tatsächlich erlebte Diskriminierungen zurück, sondern nicht zuletzt auf die Vermutung, was die Anderen über die Person denken könnten. Damit zeigt sich, dass es auch im Falle von Entkopplungstendenzen nie zu einer vollständigen Ablösung von den Normen der Mehrheitsgesellschaft kommt, da diese als soziale Erwartungen weiterhin wirksam bleiben.

„Es ist auch wirklich so, wenn man sich jetzt öfter sieht, man ist in der gleichen Situation. Es ist, man zieht sich auch gegenseitig leider auch immer mehr runter, weil man in der gleichen Situation ist, ne. Das ist das, wo man denkt, ja okay, man müsste auch mal mit andern – kommt man ja auch dann zusammen, aber da fühl ich

mich dann wieder nicht so gut. Weil, wie gesagt, bei mir immer irgendwie das so [...], dass das zu erkennen ist.“ (ALG-II-Empfängerin, 51 Jahre, Bremerhaven)

Auch wenn es nicht zu einer vollständigen Abschließung netzwerkförmiger Beziehungsstrukturen kommt, ermöglicht die Homogenisierung von Beziehungen doch die Definition eines gemeinsamen Referenzsystems zwischen ‚Gleichen‘, auf das sich die Herstellung und Verteilung von Anerkennung beziehen kann. Die Akteure stellen innerhalb ihrer sozialen Netzwerke also Einigkeit darüber her, wofür Anerkennung vergeben wird. Zugleich werden durch die wechselseitige Anerkennung die Gemeinsamkeiten zwischen den Individuen immer wieder bestätigt. So wird im Falle eines Rückzugs in familiäre Beziehungen die Familie als eine Art ‚Schicksalsgemeinschaft‘ beschrieben.

„Wir saßen alle im selben Boot irgendwo auch die anderen, das hat sich nicht verändert, bei den anderen, die jetzt woanders gearbeitet haben und ihre Arbeit behalten hatten. Da hat sich trotz, also familiär hat sich so gesehen nichts verändert. Also die waren genauso für einen da wie vorher und sind’s heut immer noch, ne.“ (Teilnehmer an AB-Maßnahme, 56 Jahre, Bremerhaven)

Voraussetzung für diese Strategie ist, dass sich das familiäre Netzwerk bereits in der Vergangenheit immer wieder bei der individuellen Problembewältigung als zuverlässig erwiesen hat. Familiäre Netzwerkstrukturen zeichnen sich hierbei dadurch aus, dass die Vergabe von Anerkennung vor allem auf die Kontinuität

der Beziehungsstruktur selbst gerichtet ist, d.h. das Individuum erhält Anerkennung für seinen Beitrag zur Reproduktion der Gemeinschaft mit ihren genau definierten sozialen Positionen und Relationen. Im Gegensatz dazu stehen in Netzwerken ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements häufig nicht die Beziehungen als solche im Vordergrund, sondern ihre Funktion. Dies bedingt eine stärkere Reflexivität der Beziehung.

„Nur wir ham wiederum bei den andern gemerkt, die in der gleichen sozialen Schicht sind, das da doch ein Hauen und Stechen ist. Also dass da untereinander eine Missgunst und ein Futterneid ist, also der ist auch schon enervierend dann, ne. Und, wir nehmen das Gute mit, und das mit dem andern, muss er dann selber klarkommen, wenn er da nicht [...] das irgendwie, das Menschliche mehr als Aushängeschild nimmt, sondern nur die Abschätzung, dann ist das halt eben sein Problem. Das ist aber ne andere Weltansicht, als wir ham. So ist das. Muss man, kann man ihm nicht übel nehmen. Das ist seine Sache.“ (ALG-II-Empfänger, 61 Jahre, Bremerhaven)

Konkrete Personen und ihre Eigenschaften spielen in solchen Netzwerken oftmals nur eine untergeordnete Rolle. Die Personen scheinen (zumeist mit Ausnahme eines sehr engen Kreises) oftmals austauschbar. Die Gemeinschaft des sozialen Netzwerks ist hier stattdessen durch eine Gemeinsamkeit von Handlungszielen gegeben. Anerkennung entsteht durch diesen Zielen entsprechendes

Handeln. Hier zeigt sich die Parallelität zur Anerkennung durch Erwerbsarbeit: Mit dem ehrenamtlichen oder bürgerschaftlichen En-

gagement ist oftmals eine Professionalisierung sozialer Beziehungen verbunden, die der Anerkennung durch Erwerbsarbeit unmittelbar nachempfunden ist. Dennoch verdeutlicht sich immer wieder, dass solches Engagement von den Betroffenen lediglich als Ersatz, nicht aber als gleichwertige Alternative zur Herstellung von Anerkennung durch Erwerbsarbeit wahrgenommen wird. Die Entkopplung bleibt unvollständig, die Anerkennung prekär.

Anders im Falle der dezidierten Abkehr vom Anspruch der Anerkennung durch Erwerbsarbeit: Eine solche Strategie steht in direkter Opposition zu den normativen gesellschaftlichen Erwartungen und beinhaltet damit eine sehr viel ausgeprägtere Tendenz der Entkopplung.

„Aber das, also im Endeffekt hat's halt jeder selber in der Hand. Entweder man will oder man will halt nicht. Man ist halt faul oder man ist halt fleißig. Ich bin eher das Letztere. [...] Ich würde sogar sagen, wenn man arbeitslos ist, ist man sozialfähiger, als wenn man arbeitet. Ja. Das ist so'ne These die ich eben mal aufstelle. Weil man da viel mehr Möglichkeiten oder viel mehr Zeit hat auch auf Leute zuzugehen und Leute kennen zulernen und überhaupt, also [...] ist jetzt einfach so so'ne saloppe Aussage von mir. Würd ich sagen, also. [...] Wenn man arbeitet ist man ja in dem gesellschaftlichen Sozialgefüge irgendwo integriert, aber, also für mich als sozial – schon allein den Umgang mit Menschen ist für mich sozial irgendwie, ne.“ (Teilnehmer an AB-Maßnahme, 29 Jahre, Jena)

Auffällig ist, dass eine solche Orientierung sich ausschließlich bei jungen, männlichen Erwerbslosen findet, die noch nie einer regulären

Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Entsprechend ist davon auszugehen, dass sich stabile Erwerbsorientierungen gar nicht herausbilden konnten. Zwar sind die gesellschaftlichen Erwartungen auch in den Erzählungen dieser jungen Männer präsent. Ihnen wird aber der eigene Lebensentwurf entgegengestellt. Dieser ist wiederum in ein soziales Netzwerk eingebettet, das diesen Entwurf unterstützt.

„Ach, ich hab da irgendwelche Termine versemmt gehabt. Also drei Termine hab ich versemmt gehabt, und dann [prustet] [lacht], dann war Ruhe – erst mal für drei Monate. Ja, dann kriegst du aber erst mal so Lebensmittelscheine, wo du dir erst mal deine Lebensmittel und deine Körperpflegemittel kaufen kannst. Und [...], na ja, [...] komm da mal mit über die Runden. Und da ich halt Raucher bin – ah, ist das ohne Zigaretten richtig schwer. Also wenn du da deine, wenn du da deine Kumpels nicht hast, die du – da ham wir's auch so gemacht, da ist einer von meinen Kumpels immer mitgekommen, hat sich da n bisschen was ausgesucht – so, dann hab ich das mit meinen, mit meinem Lebensmittelschein bezahlt, er hat mir n Fünfer in die Hand gedrückt. So. Da konnt ich mir immer mal hier n Päckchen Tabak und so kaufen. [...] Dann haut das schon hin. (ALG-II-Empfänger, 24 Jahre, Jena)

In diesen Netzwerken sind wiederum spezifische Mechanismen der Anerkennung wirksam, die sehr stark an die individuellen Eigenschaften der konkreten Personen im Netzwerk gebunden sind. Dabei wird dem Netzwerk als Gemeinschaft eine große Bedeutung zugesprochen.

WIE WIRKT AKTIVIERUNG? EIN VORLÄUFIGES FAZIT

Indem sie die Erwerbsarbeit als zentralen Modus der Teilhabe und Zugehörigkeit aufrechtzuerhalten sucht, lässt sich die aktivierende Arbeitsmarktpolitik als eine Reaktion der Arbeitsgesellschaft auf den Wandel von Arbeit und Beschäftigung interpretieren. Diese tritt ein, eben weil der dominante Modus sozialer Integration (und mit ihm die gesamte Konstruktion moderner Subjektivität) heute verstärkt in Frage steht. Für viele der befragten Langzeitarbeitslosen stellt die Aktivierungspolitik dabei eine Art Hamster-Rad dar: Sie laufen und laufen, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, kommen jedoch niemals an. Stattdessen sehen sie sich durch Erfahrungen verschärfter sozialer Marginalisierung und Stigmatisierung in Folge der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik (bei gleichzeitig dauerhaft versperrtem Zugang zum Arbeitsmarkt) unter einen verstärkten Konformitätsdruck gesetzt (Hypothese I). Dieser Druck kann allerdings nur deshalb wirksam werden, weil die meisten Erwerbslosen selbst danach streben, ‚nützliche‘ Arbeitssubjekte zu sein, und weil für sie kaum anerkannte Alternativrollen zur Verfügung stehen.

Da es für die Befragten jedoch dauerhaft unmöglich bleibt, sich als ‚funktionsfähige‘ Arbeitssubjekte zu bestätigen, beginnen sie parallel dazu alternative Strategien der Herstellung von Anerkennung zu entwickeln. Mit anderen Worten: Blockierte Möglichkeiten konformen Verhaltens führen zur Entstehung neuer Formen und Versuche sozialer Integration. Diese vollzieht sich innerhalb von sozialen

Netzwerken, die solche Strategien mittragen (Hypothese II). Hier stellt sich die Frage, ob sich ein solcher Zusammenhang verallgemeinern lässt. So kann vermutet werden, dass Erfahrungen dauerhaft blockierter Optionen konformen Verhaltens eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Entstehung sozialen Wandels sein könnten, die sich auch in Bezug auf andere soziale Problemfelder vorfinden lässt. Dabei sind solche Strategien der Wiederherstellung von Zugehörigkeit und Anerkennung nicht im Sinne fertiger gegengesellschaftlicher Entwürfe zu verstehen, sondern zunächst als Alltagsstrategien, die überwiegend in überschaubaren sozialen Zusammenhängen zu finden sind, in denen persönliche Beziehungen zwischen den Individuen bestehen.

Wie sich anhand des empirischen Materials verdeutlicht, ist die Verarbeitung von Erwerbslosigkeitserfahrungen in sozialen Netzwerken dadurch gekennzeichnet, dass sie den Charakter einer ‚Wieder-Vergemeinschaftung‘ besitzt. Diese ist zum Teil mit der Zugehörigkeit zu einer (mehr oder weniger) feststehenden sozialen Gruppe (z.B. Familie, Nachbarschaft) verbunden, oft aber auch mit einer interessen- und situationsgebunden Gruppenzugehörigkeit. Unterscheiden lassen sich Strategien der Wieder-Vergemeinschaftung schließlich danach, inwieweit sie langfristig auf die normativen Erwartungen der Zugehörigkeit zur Arbeitsgesellschaft bezogen bleiben. Insofern bedarf es mit Blick auf Hypothese III einer stärkeren Differenzierung: Die

der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ zu verstehen. Diese können mehr oder weniger von gruppenspezifischen Normen überlagert werden. Entsprechend unterschiedlich dürfte wiederum in den jeweiligen Netzwerken der in Hypothese I diskutierte Konformitätsdruck in Folge der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ausfallen.

Eine gesellschaftspolitisch brisante Frage ist, ob die gruppenspezifischen Normen im Prinzip generalisierbar sind oder nicht: Handelt es sich lediglich um private Lösungsstrategien oder sind sie von konkreten Personen und Situationen abstrahierbar? Inwieweit die hier identifizierten Strategien der Wieder-Vergemeinschaftung geeignet sind, sich langfristig als alternative Integrationsmechanismen zu etablieren, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Hierzu bedürfte es insbesondere weiterer Längsschnittuntersuchungen, die geeignet sind, die Dynamik solcher Entwicklungen im Zeitverlauf zu erfassen. Mit Blick auf die Wirkung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik sei jedoch abschließend festgehalten, dass dieser die widersprüchliche Rolle zukommt, sowohl als Reaktion auf die Krise der Erwerbsarbeit als Integrationsmodus, als auch (ungewollt) als Motor neuer sozialer Entkopplungsprozesse wirksam zu sein.

Tendenz der Entkopplung ist als Kontinuum von mehr oder weniger starken Ablösungserscheinungen von den Normen und Werten

LITERATUR

- Aust, J./T. Müller-Schoell (2007): *Vom Missbrauch einer Debatte*. In: Niekant, R./ C. Rudolph (Hrsg.): *Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 46–65.
- Bothfeld, S. (2007) : *Die Entwicklung der sozialen Staatsbürgerschaft als Reformweg für den deutschen Sozialstaat*. In: Niekant, R./C. Rudolph (Hrsg.): *Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 26–45.
- Bothfeld, S. u.a. (2005): *Eigenverantwortung in der Arbeitsmarktpolitik: zwischen Handlungsautonomie und Zwangsmaßnahmen*, WSI-Diskussionspapier Nr. 134, http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_134.pdf, am 17.01.2008
- Brütt, Ch. (2003): *Von Hartz zur Agenda 2010. Die Realpolitik im „aktivierenden Sozialstaat“*. In: *Prokla* 133, Jg. 33, S. 665–665.
- Bundesagentur für Arbeit (2005): *Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder*. Januar 2005, http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200501/iiia7/gs_asu_sgbiid.xls, am 17.01.2008
- Bundesagentur für Arbeit (2007a): *Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslose – Jahreszahlen*. Stand Dezember 2006, http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200612/iiia4/akt_dat_jzd.pdf, am 17.01.2008.
- Bundesagentur für Arbeit (2007b): *Arbeitsmarkt in Zahlen. Aktuelle Daten*. November 2007, unter: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>, am 17.01.2008
- Bundesagentur für Arbeit (2007c): *Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder*. November 2007, http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200711/iiia7/gs_asu_sgbiid.xls, am 17.01.2008
- Diewald, M. (2003): *Kapital oder Kompensation? Erwerbsbiografien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 13, H. 2, S. 213–238.
- Dörre, K. (2005): *Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung*. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 58, H. 5, S. 250–258.
- Festinger, L. (1954): *A Theory of Social Comparison Processes*. In: *Human Relations*, Vol. 7, No. 2, p. 117–140.
- Gottschall, K./G. G. Voß (2003): *Entgrenzung von Arbeit und Leben – Zur Einleitung*. In: Gottschall, K./G. G. Voß (Hrsg.): *Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag*. München und Mering: Rainer Hampp Verlag, S. 11–33.
- Grimm, N./K. Marquardsen (2008): *1 € Jobs – Ein unmoralisches Angebot? Subjektive Gründe für und gegen die Annahme eines 1 € Jobs*. Erscheint in: Straube, G. (Hrsg.): *1 € Jobs*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Honneth, A. (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kratzer, N. (2003): *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*. Berlin: Ed. Sigma.
- Kronauer, M. (2002): *Exklusion: Die Gefährdung des sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a. M./NewYork: Campus.
- Marquardsen, K. (2007): *Was ist „Aktivierung“ in der Arbeitsmarktpolitik*. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 60, H. 5, S. 259–265.
- Oschmiansky, F. u.a. (2007): *Arbeitsmarktreformen in Deutschland – Zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwechsel*. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 60, H. 6, S. 291–297.
- Trube, A. (2003): *Überfordern und Hinausbefördern – Prämissen, Praxis und Probleme aktivierender Sozial- und Arbeitsmarktpolitik*. In: *Sozialer Fortschritt. Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik*, 52. Jahrgang, H. XI/XII, S. 301–305.

Ullrich, C. G. (2004): *Aktivierende Sozialpolitik und individuelle Autonomie*. In: *Soziale Welt*, Jg. 55, H. 2, S. 145–158.

Voß, G. G. (1998): *Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 31, H. 3, S. 473–487.

DIE UNSICHTBAREN. HERAUSBILDUNG UND
„VERSCHWINDEN“ EINER BETROFFENEN
GRUPPE IM ZUGE DER HARTZ-IV-REFORM.

EMPIRISCHE BEFUNDE AUS EINER
PILOTSTUDIE ÜBER NICHTLEISTUNGSEMPFÄN-
GER IN THÜRINGEN

*Michael Behr, Tina Seiwert, Kathrin
Kubirt*

1. PROBLEMAUFRISS: EINE NEUE SOZIAL- GRUPPE IN FOLGE DER ARBEITSMARKTREFORM

Während sich in den letzten Jahren die gesellschaftliche Debatte und damit das arbeitsmarktpolitische und das sozialwissenschaftliche Interesse auf die große Gruppe der ALG-II-Bezieher konzentrierte, gerät eine wachsende Gruppe von Langzeitarbeitslosen aus dem Blick, die bei ihren Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz weitestgehend allein gelassen wird. Gemeint ist die Gruppe der Nichtleistungsempfänger, die aufgrund von über der Bemessungsgrenze liegenden Einkommen der Lebenspartner oder aufgrund von Vermögen ihren Anspruch auf Leistungsbezug verloren haben. Deutschlandweit wird die Gruppe der Nichtleistungsempfänger auf 600.000 bis 800.000 und in Thüringen auf etwa 30.000 Personen geschätzt. Im Sinne des Sozialgesetzbuches werden die Nichtleistungsempfänger als Personen definiert, die arbeitslos gemeldet sind, eine versicherungspflichtige Tätigkeit suchen und keine Leistung erhalten, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld I bei der Agentur für Arbeit erschöpft ist, sie keinen Anspruch erworben haben oder im Sinne des Zweiten Gesetzbuches nicht hilfebedürftig sind. Obwohl sie weder finanzielle noch arbeitsfördernde Leistungen der Agentur für Arbeit erhalten, gelten für sie ähnlich verschärfte Zumutbarkeitsregelungen (Melde- und Mitwirkungspflichten) wie für ALG-II-Bezieher (Degen u.a. 2003). Trotz des offiziellen Anrechts der Nichtleistungsempfänger auf Beratung bei der Agentur für Arbeit wird diesem in der Realität eher zurückhaltend entsprochen. Für viele Menschen in Deutschland, die keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben, ist das Grund genug, sich

nicht mehr als arbeitssuchend registrieren zu lassen. Das wiederum erschwert die statistische Erfassung der Nichtleistungsempfänger erheblich. Hinzukommt, dass aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder fehlender Eigeninitiative bei der Arbeitsplatzsuche, viele Arbeitslose – insbesondere solche, die keine Leistungen beziehen – aus der Statistik gestrichen werden (DIW 2004).

Im Rahmen einer Pilotstudie des Freistaates Thüringen haben wir Arbeitslosigkeitserfahrungen, Erwerbsbiographien, aktuelle sozioökonomische Lagen sowie subjektive Verarbeitungsmuster von Langzeitarbeitslosen, die aufgrund der Hartz-IV-Reform keinen Anspruch mehr auf Sozialleistungen haben, näher in den Blick genommen. Die daraus hervorgehenden Ergebnisse sollten zur

Generierung substanzieller, belastbarer und generalisierbarer Erkenntnisse über die Zielgruppe und deren Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt beitragen.¹ Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellvorhabens wurden insgesamt 87 Personen aus der Gruppe der nichtleistungsberechtigten Langzeitarbeitslosen (teilweise mehrfach) zu verschiedenen Projektzeitpunkten schriftlich, persönlich oder telefonisch befragt. Die Befragten hatten entweder an der Maßnahme teilgenommen oder sich im Vorfeld für die Maßnahme interessiert.²

Insgesamt wurden mehr Frauen ($\frac{3}{4}$) als Männer ($\frac{1}{4}$) befragt. Zum Zeitpunkt der Erhebung waren die Befragten durchschnittlich 48 Jahre alt, wobei die meisten Untersuchungspersonen über 50 Jahre alt waren (Tabelle 1).

Tabelle 1: Geschlechts- und Altersverteilung des erhobenen Samples
(absolute Werte)

	Männer	Frauen	Gesamt
Unter 40 Jahre	3	7	10
40 bis 50 Jahre	10	23	33
51 bis 60 Jahre	11	32	43
Gesamt	24	62	86*

* Eine Person machte keine Angaben zum Geschlecht.

2. ARBEITSLOSIGKEITSERFAHRUNGEN

Es macht einen Unterschied, ob das Ereignis Arbeitslosigkeit nur eine kurzfristige Phase zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen darstellt oder ob die Arbeitslosigkeit zu einem Dauerzustand wird. Die meisten Nichtleistungsempfänger, die wir im Rahmen unserer Untersuchung befragen konnten, sind seit zwei

bis zehn Jahren arbeitslos. Eine größere Gruppe ist sogar, was die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit nach der Wende anlangt, seit mehr als zehn Jahren arbeitslos (Abbildung 1). In der Gesamtbetrachtung ergibt sich eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Befragten von etwa sechs Jahren, wovon durchschnittlich seit drei Jahren kein Anspruch auf Leistungen besteht.

Abbildung 1: Darstellung der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Jahren
(N=65, Anteile in Prozent)



Die Frauen unseres Samples sind insgesamt länger arbeitslos und befinden sich auch durchschnittlich länger in der Situation, keine Leistungen zu empfangen. Letzteres hängt vor allem mit den höheren Einkommen der männlichen Partner zusammen.

Viele der heutigen Nichtleistungsempfänger waren besonders von der Umbruchsarbeitslosigkeit der Wendejahre betroffen. So machte jeder Zweite des Samples zu Beginn der 90er Jahre die ersten Arbeitslosigkeitserfahrungen. Ein Viertel der Befragten sind bereits im Jahr 1991 zum ersten Mal arbeitslos geworden. Zwar konnten viele Betroffenen nach dem ersten erwerbsbiographischen Bruch wieder in ein Beschäftigungsverhältnis gelangen, wurden aber zu einem späteren Zeitpunkt bzw. zu späteren Zeitpunkten, mit erneuter Arbeitslosigkeit konfrontiert. Schwerpunktmäßig konzentrieren sich die ersten Arbeitslosigkeitserfahrungen auf zwei Personengruppen, die einen waren zu diesem Zeitpunkt im Alter von 31 bis 40 Jahren, die anderen von 41 bis 50 Jahren. Die jüngere Altersgruppe traf die Arbeitslosigkeit in der Nachwendezeit insofern besonders hart, als sie zwar einerseits auf in der DDR erworbene und durch die Transformationsprozesse neu bewertete berufliche und soziale Ressourcen zurückgreifen konnte, andererseits sich jedoch neue Bewertungsmaßstäbe und Handlungsstrategien, sowohl berufliche als auch gesellschaftliche, nur schwer aneignen konnte.

Umso länger eine Person vom Erwerbsleben ausgeschlossen wird, desto stärker können sich Vermittlungshemmnisse entwickeln und verfestigen. So besteht bei Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund des dauerhaften Verlustes

von Lern- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Arbeitsprozess unter anderem die Gefahr der Dequalifizierung. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes werden die Routinen des Arbeitsalltags außer Kraft gesetzt, die sozialen Kontakte, die mit dem Arbeitsplatz verbunden sind, werden brüchig, materielle Sicherheiten und finanzielle Dispositionsspielräume gehen verloren, erworbene berufliche Fertigkeiten und Qualifikationen liegen brach. Die Arbeitslosigkeit wird stets mehr oder minder als eine Situation der Ungewissheit und Unsicherheit erlebt, die die erworbene berufliche bzw. soziale Position und damit die bislang gültigen (erwerbs-)biographischen Pläne in Frage stellt (Mohr 2001). Vor allem aber bauen sich – möglicherweise gerade bei potentiellen Arbeitgebern in Ostdeutschland – erhebliche Einstellungsbarrieren und Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen auf (Behr u.a. 2006). Die strukturelle Intoleranz ostdeutscher Geschäftsführer gegenüber gebrochenen Erwerbsbiographien kann eine mögliche Ursache darin haben, dass die Unternehmer und Personalleiter über einen längeren Zeitraum Erfahrungen nur mit erfolgreichen Erwerbsverläufen oder solchen Arbeitslosen zu tun hatten, die man persönlich kannte und ein individuelles Verschulden ausschließen konnte. Die ausgeprägte Homogenität vieler Belegschaften und die starke normative Erwartung von „Normalität“ der Beruflichkeit der Arbeit (Behr/Engel 2001) und der Erwerbsbiographie fördert in besonderer Weise mentale Barrieren gegenüber Langzeitarbeitslosen und anderen Gruppen, mit denen man weniger Erfahrung hatte (Behr u.a. 2006).

3. ERWERBSBIOGRAPHISCHE TYPISIERUNG

Die Nachwendererwerbsverläufe der Befragten lassen sich – unabhängig von den ausgeübten Berufen und Qualifikationsprofilen – unter dem Gesichtspunkt des Eintretens von Arbeitslosigkeit, der Häufigkeit des Wechsels von Erwerbsepisoden und der jeweiligen Dauer von Arbeitslosigkeit miteinander vergleichen. Dazu wurden die Befragten gebeten, für die letzten 16 Jahre – zu jedem Jahr bzw. Halbjahr – den jeweiligen Erwerbsstatus in eine Matrix einzuordnen. Trotz der hohen Heterogenität der Erwerbs- und Arbeitslosigkeitsverläufe lassen sich vier Typen identifizieren, die sich im Wesentlichen über die genaue Erfassung der Erwerbsverläufe seit der Wende bilden lassen: die kleine Gruppe der überwiegend jungen „noch nicht Integrierten“ und die drei „älteren“, fast gleich großen Gruppen der „Abgekoppelten“, der „spät Ausgegrenzten“ und der „Instabilen“.

Typ I: Die noch nicht Integrierten (n=7, 10 Prozent)

Kennzeichnend für diesen erwerbsbiographischen Verlauf sind keine oder nur geringe Arbeitserfahrungen seit 1990. In den meisten Fällen liegt zwar eine abgeschlossene Berufsausbildung vor, jedoch konnte diese auf dem „neuen“ Arbeitsmarkt nicht verwertet werden. Die – in der Regel sehr kurzen – Arbeitserfahrungen beziehen sich ausschließlich auf die Zeit vor der Wende. Darüber hinaus sind es einzelne Personen, die noch keine berufliche Ausbildung abschließen konnten und sich dauerhaft in ausbildungsvorbereitenden „Warteschleifen“ aufhalten. Der

Nachwende(erwerbs-)verlauf ist geprägt von langen Arbeitslosigkeitsphasen, die von der Teilnahme an verschiedenen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen unterbrochen wird. Dieser Typ bildet die kleinste und zugleich die jüngste Gruppe innerhalb des Samples. Die räumliche Mobilitätsbereitschaft ist bei diesem Typ vergleichsweise hoch. Auch spielen familiäre Verpflichtungen nur eine geringe Rolle. Allerdings sind die Befragten dieser Gruppe eher gering qualifiziert. Man kann davon ausgehen, dass sie Opfer der schwierigen Einmündungschancen in Bildung und Beschäftigung nach der Wende sind. Angesichts fehlender Berufserfahrung am Arbeitsmarkt bestehen für sie deutliche Handicaps bei der Suche nach einer Beschäftigung. Möglicherweise wird diese Gruppe auch dann nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert, wenn die „demographische Entlastung“ spürbar bessere Einmündungschancen für die dann kommenden geburtenschwachen Jahrgänge bieten wird.

Abbildung 2: Beispiel für einen "noch nicht Integrierten":
 weiblich, 25 Jahre, 10. Klasse Realschule, Lehre als Fachkraft für Briefverkehr, Bedarfsgemeinschaft
 mit der Mutter, dem Lebensgefährten der Mutter und dem Bruder auf einem Bauernhof

Status	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schule/ Ausbildung																	
Erwerbs- tätigkeit																	
Selbständigkeit																	
Arbeitslo- sigkeit																	
ABM/SAM																	
Umschulung																	
Praktikum																	
geringfügige Beschäftigung																	
1€ -Job																	

Typ II: Die Abgekoppelten (n=20, 29 Prozent)

„Die, die im Osten aufgewachsen sind, haben den falschen Wohnsitz bzw. Haus und Familie, die früher wichtig waren. Ohne die Wende würde es uns heute besser gehen.“

Der größte Teil dieser Gruppe ist heute zwischen 45 und 60 Jahren alt. Die meisten haben bereits sehr früh die Beschäftigung verloren. Etwa 60 Prozent sind das erste Mal in den Jahren 1990 bis 1992 arbeitslos geworden und haben sich durch Umschulungsmaßnahmen, ABM, Arbeitslosengeld, erneute ABM etc. über Wasser gehalten. Anders als die „noch nicht Integrierten“ blicken sie zum Zeitpunkt der Wende auf bis zu 20 Jahren ununterbrochener Erwerbstätigkeit im erlernten Beruf – meist Facharbeiterberufe – zurück. Es ist dieser Gruppe dann praktisch seit Eintreten der ersten, zweiten oder dritten Arbeitslosigkeit nicht mehr gelungen, beruflich Fuß zu fassen, so dass man von einem „wendezeugten Filmriss“ in der Erwerbsbiographie sprechen kann. Durchschnittlich sind die Personen dieser Gruppe „nur“ zwei Mal arbeitslos geworden, aber die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit beträgt 127 Monate. Entsprechend lang liegt das letzte Arbeitsverhältnis zurück. Danach, so zeichnet es sich ab, waren sie vom ersten Arbeitsmarkt „abgekoppelt“. Vielmehr charakterisieren Arbeitslosigkeit und Maßnahmen ihre Erwerbsbiographien. Die Schulausbildung dieser Personen schließt zumeist die mittlere Reife oder aber auch das Abitur ein. Alle Befragten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Mobilitätsbereitschaft dieser Gruppe ist

sehr eingeschränkt. Die Ortsgebundenheit begründet sich durch den hohen Anteil an Hauseigentümern. Daneben spielen familiäre Verpflichtungen für zwei Drittel eine große Rolle. Es ist durchaus bemerkenswert, dass die meisten Befragten aus dieser Gruppe – auch jene, die seit 1991 kein sozialversicherungs-pflichtiges Beschäftigungsverhältnis bei einem Unternehmen der Privatwirtschaft aufweisen können – eine starke normative Orientierung auf Arbeit bekunden, obwohl bei genauerer Analyse anzunehmen ist, dass eine „Rückkehr“ in formelle Erwerbsarbeit kaum mehr möglich ist. Es entwickelt sich eine Art „Als-ob“-Teilhabe an der Erwerbsgesellschaft, die man gleichsam in der Zaungastperspektive auslebt. Der in der Regel strukturierte Tagesablauf, eingebettet in gesellschaftliche und familiäre Verpflichtungen (dazu gehört auch das gemeinsame Aufstehen mit dem Ehepartner), ist so organisiert, dass er mit der Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung gar nicht vereinbar ist. Gesundheitliche Einschränkungen, fehlende Kontakte zu Arbeitgebern, das Wissen, dass man „nicht mehr aktuell ist“, wie es eine Teilnehmerin ausdrückt, die Mobilitätseinschränkungen (kein Auto, kein Führerschein, keine Fahrpraxis) sprechen ebenfalls dafür, dass sich eine formale Erwerbstätigkeit in das arrangierte Leben jenseits der Arbeitsgesellschaft gar nicht mehr einpassen ließe. Dennoch leiden die meisten ebenso unter dem Fehlen der Arbeit, wie sie andererseits wissen, dass sie den Zugang in die beschleunigte Arbeitswelt ohnehin nicht mehr finden können.

Abbildung 3: Beispiel für einen "Abgekoppelten":
weiblich, 48 Jahre, 2 Kinder (21 und 25 Jahre), Abitur, Ausbildung zur Zootechnikerin

Status	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schule/ Ausbildung																	
Erwerbs- tätigkeit																	
Selbstän- digkeit																	
Arbeitslo- sigkeit																	
ABM/SAM																	
Umschulung																	
Praktikum																	
geringfügige Beschäftigung																	
1€ -Job																	
Ehrenamt																	

Typ III: Die Instabilen (n=23, 33 Prozent)

„Was unsere Generation ausmacht? Wir sind im Sozialismus aufgewachsen und haben dort den Beruf erlernt, wir haben Familie gegründet, Wohnung bzw. Haus erworben, beruflich in gerader Linie gelebt. Dann kam die Wende-Euphorie-Ernüchterung mit zum Teil Arbeitslosigkeit bzw. Arbeit fernab von der Heimat, die oft schlecht bezahlt wird.“

Eine weitere Gruppe ist die der „Instabilen“. Die Instabilität drückt sich in einem wiederholten Wechsel von Integration in und Entkoppelung vom ersten Arbeitsmarkt aus. Dieser Personenkreis hat es danach immer wieder geschafft, für eine gewisse Zeit in Erwerbsarbeit zu gelangen, ohne sich jedoch dauerhaft zu etablieren. Der Erwerbsverlauf ist insgesamt sehr stark durch mehr oder weniger lange Arbeitslosigkeitsphasen unterbrochen. Die Befragten, die sich diesem Typ zuordnen lassen, sind seit der Wende durchschnittlich vier Mal arbeitslos geworden.

Die durchschnittliche Gesamtlänge beträgt 81 Monate. Die „Instabilen“ sind hinsichtlich ihrer Charakteristika sehr heterogen. Der Altersschwerpunkt liegt in der Gruppe der 41- bis 50-Jährigen, damit sind sie durchschnittlich jünger als die „Abgekoppelten“ und die „spät Ausgegrenzten“. Alle Personen dieses Typs haben maximal mittlere Reife und mindestens eine Berufsausbildung abgeschlossen. Ein Teil der „Instabilen“ ist eingeschränkt mobil, jedoch zeigt mehr als jeder

Dritte eine höhere räumliche Flexibilität. Bindungsfaktoren, wie Besitz oder Familie, spielen eine etwas geringere Rolle als bei den

anderen „älteren“ Typen. Unter den „Instabilen“ dürfte der größte Anteil zu den „um jeden Preis Arbeitenden“ (siehe Bescherer u.a. 2008 in diesem Heft) gehören. Die arbeitsinhalten Erwartungen sind bei dieser eher mittel bis gering qualifizierten Gruppe nicht besonders ausgeprägt. Man will arbeiten, gelangt aber immer wieder nur auf Positionen, die eine geringe Arbeitsplatzsicherheit ermöglichen.

Abbildung 4: Beispiel für einen "Instabilen":
männlich, 46 Jahre, Bauhandwerker

Status	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schule/ Ausbildung																	
Erwerbs- tätigkeit																	
Selbständigkeit																	
Arbeitslosigkeit																	
ABM/SAM																	
Umschulung																	
Praktikum																	
geringfügige Beschäftigung																	
1€ -Job																	

Typ IV: Die spät Ausgegrenzten (n=19, 28 Prozent)

„Wir hatten einen guten Start (Bildung, Beruf, Familie) und eine harte Landung. Von der Gesellschaft ins Abseits geworfen.“

Im Vergleich zu den anderen Typen zeigt sich innerhalb dieses Personenkreises die höchste Beschäftigungsstabilität nach der Wende. Bei den „spät Ausgegrenzten“ sind im Jahr 2000 fast 60 Prozent noch in Beschäftigung. Sie haben die Wende oft gut überstanden, konnten auch nach Eintreten von Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre schnell wieder in ein Beschäftigungsverhältnis gelangen. Sie können das erste Jahrzehnt oft als positiv für sich verbuchen. Die meisten übten bis zum Eintreten der Arbeitslosigkeit eine qualifizierte Tätigkeit in ihrem erlernten Beruf aus. Besonders viele haben Abitur gemacht und mehr als jeder Dritte verfügt über ein abgeschlossenes Studium. Aufgrund der kürzeren Zeit der Ausgegrenztheit sind ihre Reintegrationschancen vermutlich am größten. Allerdings ist der Anteil an über 50- respektive über 55-Jährigen in dieser Gruppe am größten. Zwei Drittel dieser Personen sind älter als 50 Jahre. Damit ereilt sie das Schicksal der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren in einem Alter, das eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt schwer macht. Durchschnittlich sind die Personen dieser Gruppe zweimal arbeitslos geworden. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer beträgt 42 Monate. Aufgrund des Alters und der Lebensumstände

ist die Mobilitätsbereitschaft dieser Gruppe nicht sehr groß. In den meisten Fällen würden nur geringe Pendleraktivitäten in Kauf

genommen. Eine Einschränkung aufgrund von vorhandenem Eigentum oder familiären Verpflichtungen besteht für deutlich mehr als die Hälfte. Obwohl das Durchschnittsalter dieser Gruppe am höchsten ist, ist das Interesse an einer Wiederaufnahme einer Beschäftigung am größten. Auch gibt die große Mehrheit – anders als die „Abgekoppelten“ – an, nicht durch familiäre Verpflichtungen eingeschränkt zu sein. Im Vergleich zu den „Abgekoppelten“ konnten die „spät Ausgegrenzten“ ihre beruflichen Ansprüche lange aufrechterhalten. Berufsarbeit hat für sie nie aufgehört, eine zentrale identitätsstiftende Rolle zu spielen. Entsprechend hoch ist das Interesse an einer Wiederaufnahme einer – anspruchsvollen – Beschäftigung. „Man möchte“ – möglicherweise im Unterschied zu den „Instabilen“ – „nicht mehr alles machen“, wie es eine Befragte ausdrückte. Besonders ausgeprägt ist auch die Kenntnis über die Einstellungskriterien von Unternehmen. Keine Gruppe äußert sich so desillusioniert zu den Chancen älterer Arbeitnehmer. Fast alle meinen, dass die eigene Altersgruppe schlechtere Chancen hat als andere Altersgruppen, nach Eintreten der Arbeitslosigkeit wieder in Beschäftigung zu gelangen (bei den anderen erwerbsbiographischen Typen sagt dies nur jeder Zweite). Obwohl die Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre bei dieser Gruppe sehr groß ist, sind die „spät Abgekoppelten“ die einzige Gruppe, bei denen eine Mehrheit äußert, dass es ihnen ohne die Wende schlechter gehen würde. Bei allen anderen Gruppen überwiegt deutlich die Menge derer, die sagen, dass es ihnen ohne die Wende besser gehen würde.

Abbildung 5: Beispiel für einen "spät Ausgegrenzten":
weiblich, 57 Jahre, Bauzeichnerin

Status	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schule/ Ausbildung																	
Erwerbstätigkeit																	
Selbständigkeit																	
Arbeitslosigkeit																	
ABM/SAM																	
Umschulung																	
Praktikum																	
geringfügige Beschäftigung																	
1€ -Job																	

4. ARBEITSMOTIVATION, VERFÜGBARKEIT UND ARBEITSMARKTORIENTIERUNG

Die meisten Untersuchungen, die sich mit den individuellen Bewältigungsformen von Arbeitslosigkeit beschäftigen, zeigen, dass selbst für Langzeitarbeitslose die Erwerbsarbeit und der mögliche Zugang zu ihr zentral in der

Lebensplanung und Alltagsgestaltung bleiben (Mehlich 2005, S. 115) (Tabelle 2). In diesem Zusammenhang ist die Gruppe der Nichtleistungsempfänger besonders interessant, weil man ihnen selbst unter Bedingungen des verschärften Arbeitsmarktregimes – etwa im Falle von fehlenden Bewerbungen – zumindest keine Leistungsbezüge mehr streichen kann.

Tabelle 2: Statements zu Arbeitseinstellungen unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtsrollen
(Angaben in Prozent)

	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Auch ohne Arbeit kann man ein glückliches Leben führen.	8	18	49	26
Gerade die Menschen in den neuen Bundesländern sind so erzogen, dass ein sinnvolles Leben ohne Arbeit kaum möglich ist.	39	39	15	7
Westdeutsche Frauen haben ein angemesseneres Verhältnis zur Arbeit, das auch Teilzeit und Hausfrauenrolle einschließt, als ostdeutsche Frauen.	35	32	22	11
Das Ideal der voll- erwerbstätigen Mutter ist nicht mehr zeitgemäß.	16	24	26	34
Der Rückzug auf die Hausfrauenrolle ist angesichts der niedrigen Löhne in Ostdeutschland nicht durchsetzbar.	71	16	13	-
Auch unabhängig von der finanziellen Notwendigkeit stellt das Hausfrauenmodell keine Alternative dar.	58	29	13	-

Tatsächlich ist das Engagement der befragten Nichtleistungsempfänger bei der Arbeitsplatzsuche sehr hoch, wobei die Betroffenen vielseitige Bewerbungsstrategien verfolgen. Erwartungsgemäß sind diejenigen engagierter, die insgesamt deutlich länger und stabiler im Beschäftigungssystem integriert waren.

Mit der längeren Dauer der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen resignierenden Erfahrungen nimmt die Intensität der Suche ab (so auch Mehlich 2005, S. 126f.). So zeigen beispielsweise die „Abgekoppelten“ eine stärkere Passivität bei der Arbeitsplatzsuche als die anderen erwerbsbiographischen Typen (Tabelle 3).

Tabelle 3: Was tun Sie gegenwärtig, um in Beschäftigung zu kommen?
(N=87, Angaben in Prozent, nur Antworten „trifft zu“, Gesamt und nach Erwerbstypen)

	Gesamt	„Abgekoppelte“	„Instabile“	„spät Ausgegrenzte“
Bewerbe mich auf Stellenanzeigen	76	80	71	90
Versende Initiativ- bewerbungen	31	20	29	37
Erkundigung im Bekanntenkreis	46	55	43	37
Erkundigung bei ehemaligen Arbeitgebern	11	5	5	21
Kontakte zur Arbeitsagen- tur und/oder ARGE	42	45	38	42
Kontakte zu privaten Arbeitsvermittlern	8	-	19	5
Kontakte zu Zeit- arbeitsfirmen	17	15	24	11
Recherchen im Internet	53	45	52	79

Obwohl die untersuchten Nichtleistungsempfänger durchschnittlich sechs Jahre arbeitslos sind (und durchschnittlich drei Jahre keine AL-Bezüge mehr erhalten) scheint die erwerbsgesellschaftliche Orientierung auf den ersten Blick ungebrochen stark zu sein. Nahezu allen Nichtleistungsempfängern ist eine Wiederaufnahme einer Arbeit wichtig. Dabei favorisieren die meisten ein Normalarbeitsverhältnis mit 40 Stunden. An verkürzten Arbeitszeiten sind nur wenige interessiert, was vor allem damit begründet wird, dass das dann realisierte Einkommen kaum die damit verbundenen Transaktionskosten rechtfertige. Vor allem die „spät Ausgegrenzten“, die eine vergleichsweise hohe Beschäftigungsstabilität aufweisen, orientieren sich an der 40 Stundenwoche. Den Wunsch nach verkürzten Arbeitszeiten äußern vor allem die „noch nicht Integrierten“ und die „Abgekoppelten“. Die Gehaltsvorstellungen der Nichtleistungsempfänger sind mit einem Durchschnittswert im Spektrum von 600 bis 800 Euro monatlich sehr bescheiden. Die Orientierung auf eine zukünftige Beschäftigung schließt vor allem Aspekte materieller Sicherheit ein, während die soziale Komponente von Arbeit wie auch die der Selbstverwirklichung dem untergeordnet werden. In Bezug auf die Erwerbsverlaufsmuster kann festgehalten werden, dass die Orientierung an materiellen Werten bei den „Abgekoppelten“ am stärksten ausgeprägt ist.

Soziale Aspekte spielen bei der Gruppe der „Instabilen“ eine größere Rolle, Selbstverwirklichung bei der Gruppe der „noch nicht Integrierten“.

40 Prozent) selbst davon sprechen, nur (noch) eingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Die größte Rolle spielen in diesem Zusammenhang gesundheitliche Einschränkungen, familiäre Verpflichtungen und eingeschränkte räumliche Mobilität. Grundvoraussetzung für Mobilität besonders im ländlichen Raum ist der Besitz eines Führerscheins bzw. eines Autos. Über beides verfügt jedoch nur jeder Zweite der Nichtleistungsempfänger. Vor allem Frauen, die jüngste sowie die älteste Gruppe im Sample, sind nur eingeschränkt mobil – auch das eine Folge der finanziellen Einschränkungen aufgrund des Leistungsentzugs. Die höchste Flexibilität weist die Gruppe der „Instabilen“ auf, bei denen sicherlich auch der größte Teil der „Um jeden Preis-Arbeiter“ (siehe Bescherer u.a. 2008) zu vermuten ist.

Die meisten Nichtleistungsempfänger sehen für sich kaum noch Chancen auf ein reguläres sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Nur rund 30 Prozent der Befragten rechnen sich noch gute Chancen aus, wieder in Beschäftigung zu kommen. Dies sind jedoch überwiegend Personen, die jünger als 40 Jahre alt und weniger als drei Jahre arbeitslos sind. Besonders geringe Chancen schreibt sich die Gruppe der „Abgekoppelten“ zu, während insbesondere bei den „Instabilen“ der Anteil derer am größten ist, die für sich noch Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sehen (Tabelle 4). Bei keinem Punkt sind sich die verschiedenen erwerbsbiographischen Typen so einig, wie bei dem Statement „Ohne Förderung stellt kein Unternehmen mehr ein.“ Allerdings verzeichnen wir auch hier die größte Zustimmung bei den „Abgekoppelten“. Interessant sind die Unterschiede bei der Bewertung des Statements „Wenn ich

Die Orientierung an einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis ist allerdings insofern überraschend, als viele der Befragten (etwa

bereit wäre, alles zu akzeptieren, würde ich schon irgendeine Arbeit finden“. Während diesem Statement nur 39 Prozent der „Abgekoppelten“ zustimmen, sind es bei den „spät Ausgegrenzten“ 64 Prozent. Die „spät Ausgegrenzten“ sind selbstbewusst genug, anzunehmen, dass sie – wenn sie ihre Ansprüche an die Qualität der Arbeit nur weit genug absenken – schon (irgend-)etwas bekommen würden,

allerdings halten sie an einem gewissen Niveau der Arbeit fest, das sie nicht unterschreiten wollen. Andererseits wären sie bereit, auch über das Sprungbrett Zeitarbeit wieder in Beschäftigung zu gelangen, vorausgesetzt es bietet wirklich eine Brückenfunktion in ein reguläres Arbeitsverhältnis, woran die meisten – aus erlittener Erfahrung – nicht mehr glauben.

Tabelle 4: Statements zur Einschätzung von Beschäftigungsmöglichkeiten nach Erwerbstypen
(Angaben in Prozent)

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Ich sehe für mich gar keine Chance mehr auf eine reguläre sozialversicherungspflichtige Stelle.	39	29	23	9
Die Unternehmen stellen nur noch ein, wenn es Förderung gibt, ich kann aber nichts mitbringen.	61	19	14	7
Ich würde zwar einen Job bekommen können, aber zu solchen schlechten Bedingungen, dass es sich für mich kaum lohnt.	23	30	26	21
Ich habe nur noch eine Chance bei einer Zeitarbeitsfirma.	17	21	36	26
Ich würde auch bei einer niedrigen Entlohnung zu einer Zeitarbeitsfirma gehen, wenn eine realistische Chance bestünde übernommen zu werden. Davon gehe ich aber nicht aus.	22	30	20	28
Wenn ich bereit wäre, alles zu akzeptieren, würde ich schon irgendeine Arbeit finden.	30	21	28	21

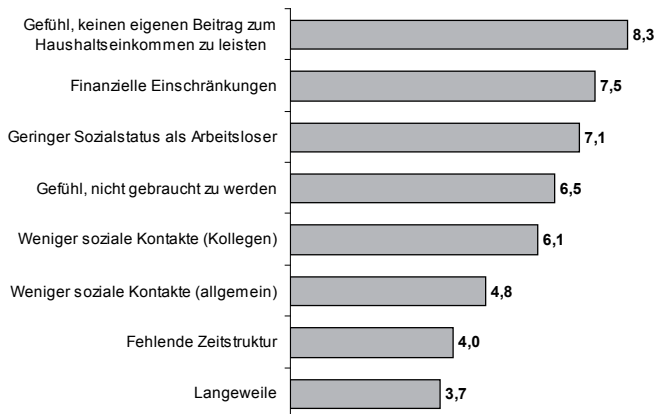
5. VERTEIDIGUNG DER KLEINBÜRGERLICHEN EXISTENZ UNTER BEDINGUNGEN DES VERLUSTES AN ARBEIT UND ÖKONOMISCHER KNAPPHEIT

„Ich habe auf alles verzichtet, damit mein Sohn und mein Mann keine Einschränkungen machen mussten. Es war mir wichtig, dass es der Familie gut geht, die Kinder sollen nicht so stark unter der Situation leiden.“

Angesichts des hohen subjektiven Stellenwerts von Erwerbsarbeit wird der Verlust der Arbeit als starkes Defizit angesehen. Durch den Wegfall der Erwerbsarbeit ändern sich für die Betroffenen jahrelang eingespielte Routinen des Alltags und deren Tagesstruktur. Jahoda (1981/1982) arbeitet fünf, über das Verdienen des Lebensunterhalts hinausgehende, so genannte latente Funktionen heraus, die außerhalb der Erwerbsarbeit nur schwer befriedigt werden können.

Das sind erstens eine zeitliche Strukturierung des Tagesablaufes, zweitens die Erfahrung des sich aus Aufgabenteilung und Kooperation ergebenden Sinnzusammenhangs, drittens der soziale Austausch mit den Kollegen, viertens die Definition von Status und Identität eines Erwachsenen über Beruf und Erwerbsarbeit und fünftens die Anspornung zu regelmäßiger Aktivität durch Erwerbsarbeit (zit. nach Fritsch 2003, S. 22). Mit anhaltender Arbeitslosigkeit werden diese Umbrüche des Alltags zwar kompensiert, jedoch werden häufig psychische Belastungen wie Gefühle der Wertlosigkeit, Selbstzweifel oder Zukunftsängste verstärkt. „Demnach führt Arbeitslosigkeit durch die zunehmende zeitliche Dauer zu verstärkten psychischen und sozialen Problemen der Betroffenen bis hin zu einem Zustand völliger Verarmung in Verzweiflung und psychischem Verfall“ (Mehlich 2005, S. 113).

Abbildung 6: Wie stark leiden Sie unter den folgenden Punkten in ihrer Situation?
(N=71, Mittelwerte, Skala von 1=leide gar nicht darunter bis 10= leide sehr stark darunter)

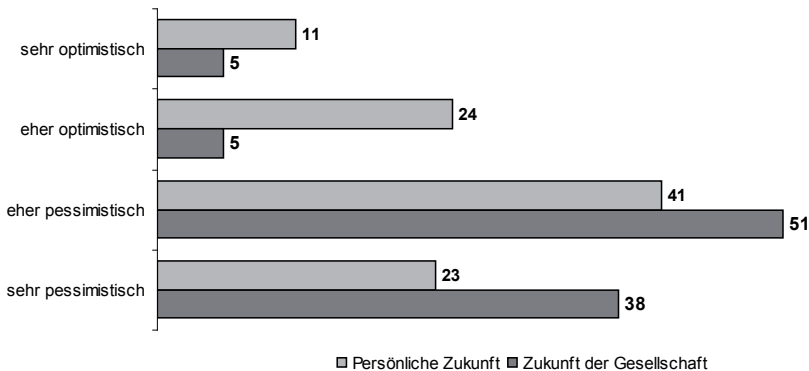


Wie die unterschiedlichen Ausprägungen in Abbildung 6 zeigen, leiden die Nichtleistungsempfänger vor allem unter den finanziellen Einschränkungen und mehr noch unter der Tatsache, selbst nichts zum Haushaltseinkommen beitragen zu können. Es folgen die fehlende soziale Anerkennung und das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, vor dem Defizit an sozialen Kontakten, die auch durch andere Sozialbezüge kompensiert werden können.

Insgesamt ist die Stimmung unter den Nichtleistungsempfängern überwiegend negativ, was sich in einer allgemeinen Unzufriedenheit

mit der aktuellen Lebenssituation und einem ausgeprägten Zukunftspessimismus äußert. Demnach blickt nur jeder zehnte Nichtleistungsempfänger optimistisch in die eigene Zukunft, während die Mehrzahl der eigenen Zukunft pessimistisch entgegenseht. Entschieden negativer fällt das Werturteil gegenüber der gesellschaftlichen Zukunft aus. Die deutlichere Skepsis gegenüber der Zukunft der Gesellschaft erklärt sich vermutlich daraus, dass die Sicht auf die eigene Zukunft vor dieser noch pessimistischeren Prognose ertragbarer erscheint (Abbildung 7).

Abbildung 7: Blick in die eigene Zukunft und in die der Gesellschaft
(N=70, N=37, Anteile in Prozent)



Der differenzierte Blick auf die vier erwerbsbiographischen Typen zeigt, dass diejenigen Personen am zufriedensten sind, die in der Summe die höchste Beschäftigungsstabilität in ihrem beruflichen Leben aufweisen konnten, also die „spät Ausgegrenzten“. Erwartungsgemäß häufiger unzufrieden sind die, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgekoppelt wurden oder in diesen noch nicht integriert waren. Ähnlich lässt sich dies für den Blick in die Zukunft festhalten. Der Grad zurückliegender Teilhabe an Erwerbsarbeit ist ausschlaggebend dafür, wie optimistisch bzw. pessimistisch Befragte die eigene Zukunft sehen. Eine Ausnahme bildet jedoch die Gruppe der „noch nicht Integrierten“: Sie zeigt vergleichsweise häufig positive Werte.

Die eigene Unzufriedenheit unter den Nichtleistungsempfängern ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Eine besondere Rolle spielt dabei, abhängig von anderen zu sein, finanzielle Einschränkungen sowie die Abwertung der eigenen Person in der Rolle als Arbeitsloser zu erfahren. Der Leidensdruck ist insgesamt bei den Frauen größer. Sie haben deutlich häufiger damit zu kämpfen, finanziell abhängig zu sein und weniger soziale Kontakte zu haben. Auf das Geld des Partners angewiesen zu sein, wird als eine Tatsache reflektiert, mit der häufig Schamgefühle und selbstauferlegte Sparzwänge seitens der Betroffenen einhergehen. Eigene Wünsche werden zurückgedrängt oder sogar – angesichts des fehlenden eigenen Einkommens – als nicht mehr legitim angesehen. Einige Befragte geben im

Interview zu Protokoll, dass sie für sich selbst nichts mehr ausgeben wollten. Die Bedürfnisse anderer (des verdienenden Partners, der

Kinder) werden den eigenen untergeordnet.

Aus Sicht der Betroffenen macht genau dies einen zentralen Unterschied zu Hartz-IV-Empfängern aus, die als Personen weiterhin ihr eigenes Geld bekommen, und zwar als individuell verbürgten Leistungsanspruch, womit sie ihr eigenes Konto aufrechterhalten und mit monatlich regelmäßigen Zahlungseingängen rechnen können. Die Nichtleistungsempfänger fallen dagegen auf das Niveau familiär Alimentierter zurück. Insbesondere für ostdeutsche Frauen, die – heute 50 oder 55 Jahre alt – immer ihr eigenes Einkommen hatten, ist dies – das „Einkommen 0“ – ein erheblicher Verlust an Autonomie:

„Ich muss jetzt bei meinem Partner betteln gehen, das versuche ich aus Stolz so oft es geht, zu vermeiden“.

„Früher hat mich meine Frau nicht gefragt, wozu ich neue Werkzeuge brauche, jetzt stellt sie diese Frage und ich muss erklären, warum die Maschine nicht mehr ausreicht.“

In diesem Sinne äußert sich eine Nichtleistungsempfängerin:

„Ich soll eine Empfehlung an die Politik geben? Dann würde ich sagen, man soll Nichtleistungsempfänger nicht abhängig machen „von anderen Leuten“ zum Beispiel Ehepartnern, zurück zu den sozialen Regelungen vor 2005, vor Hartz, Abschaffung von Hartz IV.“

Der Verlust des Einkommens manövriert die Betroffenen in eine ökonomische Bedrängnis, die zum Verzicht von ansonsten als normal empfundenen gesellschaftlichen Aktivitäten

führt. So verzichten die Nichtleistungsempfänger in erster Linie auf Urlaub mit der Familie, auf Hobbys und mit Geldausgabe verbundene Freizeitaktivitäten.

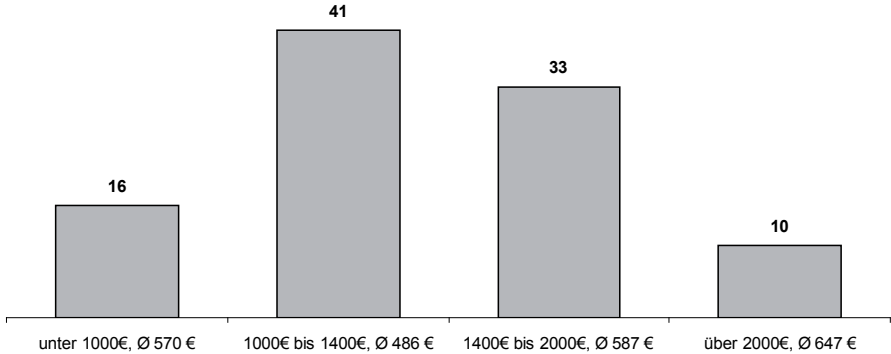
Die Tatsache, dass den Nichtleistungsempfängern seit der Harz-IV-Reform staatliche Unterstützung versagt bleibt, verschlechtert ihre Situation also deutlich, zumal wir davon ausgehen können, dass viele der heutigen Nichtleistungsempfänger über längere Zeiträume eine deutlich höhere Arbeitslosenhilfe bekommen haben oder bekommen würden. Der „demonstrative Konsum“ der Erwerbstätigen symbolisiert für viele Arbeitslose sinnfällig das eigene Zurückbleiben. Unter dem Eindruck einer wachsenden sozialen und materiellen Kluft zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen ist dementsprechend häufig vom „Nicht-Mithalten-Können“ oder vom „Zusehen-Müssen“ die Rede. In der Rede vom „Nicht-Mithalten-Können“ kommt bei den befragten Arbeitslosen ein Bewusstsein sozialer Unterlegenheit zum Ausdruck, das sich, relativ unabhängig von der jeweils konkreten sozialen Situation der Betroffenen, in allen unseren Interviews wieder findet.

Die Nichtanspruchsberechtigten beschreiben ihre Situation oft als eine soziale Lage zwischen den Stühlen: auf ihr Alter bezogen: zu jung für die vorgezogene Rente, zu alt für den Arbeitsmarkt; in Bezug auf den Verdienst des Ehepartners: zu gering für ein gutes Leben, zu hoch für die Gewährung des Anspruchs auf Hartz IV; mit Blick auf ihren Gesundheitszustand: zu wenig belastbar, um im Beruf volle Leistung zu bringen, aber nicht eingeschränkt genug, um eine Erwerbsunfähigkeitsrente zu beziehen; und schließlich mit Bezug auf

ihr verfügbaren finanziellen Mittel: „zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben.“ Dies gilt besonders für die bescheidenen Vermögenswerte der Haushalte. Oft handelt es sich um kleinere Summen, die gedacht waren, um notwendige Instandhaltungen am Haus vornehmen zu können. Hierbei handelt es sich nicht um konsumierbares Vermögen, wie sie dem Gedanken des „Abschmelzens“ entsprechen. Die multiple Ungleichheitslage der Nichtleistungsempfänger weist auf Webschwächen der Arbeitsmarktreform und ihrer Exekution durch die „Reformbürokratie“ hin (keine Sensibilität für den Einzelfall und die Komplexität sozialer Lebenslagen).

Die Langzeitarbeitslosen ohne Leistungsbezug sind in einem hohen Maße auf den Verdienst des Partners angewiesen, welcher sehr häufig nur knapp die Bemessungsgrenze übersteigt. Dass die Betroffenen trotz des Einkommens ihrer Partner eine beklemmende finanzielle Situation erleben, zeigt das aus den Angaben der untersuchten Nichtleistungsempfänger errechnete Pro-Kopf-Haushaltseinkommen, welches durchschnittlich bei 550 € im Monat liegt (Abbildung 8).

Abbildung 8: Monatliches Nettohaushaltseinkommen und jeweiliges Pro-Kopf-Haushaltseinkommen
(N=49, Anteile in Prozent)



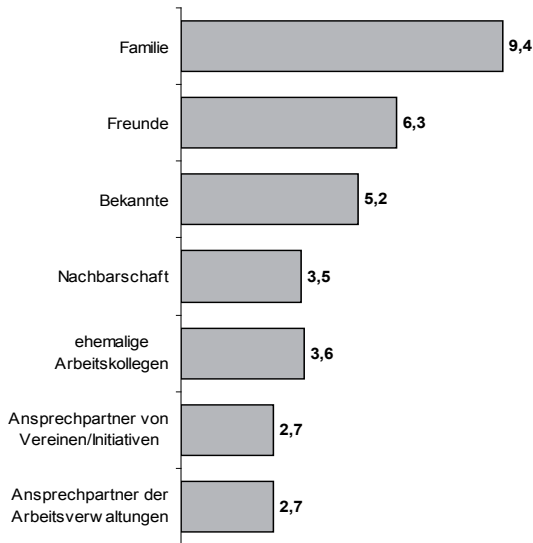
6. FAMILIE UND GEMEINSCHAFT: STARKE FOKUSSIERUNG AUF FAMILIE, ABER KEINE ÜBERNAHME DER HAUSFRAUENROLLE

„Die meisten, die Arbeit haben, können uns Arbeitslose nicht verstehen, ohne den Zusammenhalt in der Familie hätte ich das nicht durchgestanden.“

Für fast alle Befragten spielt „Familie“ in einem umfassenden Sinne eine ausgesprochen große Rolle – sei es als Ort, an dem man Geborgenheit und Unterstützung erfährt, sei es, dass man selbst Leistungen für andere erbringt. Viele Nichtleistungsempfänger begründen fehlendes ehrenamtliches Engagement auch damit, dass es der Familie und dem verdienen

Partner gegenüber nicht fair wäre, wenn man unbezahlte gemeinnützige Aktivitäten betreibt, die Ressourcen beanspruchen (Zeit, Zuwendung, Fahrtkosten), die der Familie entzogen würden. Der Rückzug in die Familie wird durch den Mangel an finanziellen Spielräumen befördert. Familienbezogene Aktivitäten sind einerseits weniger häufig mit „Geld ausgeben“ verbunden und andererseits können Begegnungen mit „den Anderen, die Arbeit haben“ dadurch vermieden werden. Viele der Befragten bemerken, dass Kontakte zu ehemaligen Kollegen, Freunden und Nachbarn weniger geworden sind. Abbildung 9 zeigt, dass vor allem in der Familie und im privaten Bekanntenkreis Unterstützung erfahren wird. Alle anderen Personengruppen werden eher als weniger wichtig eingeschätzt.

Abbildung 9: Durch wen erhalten Sie in Ihrer Situation Unterstützung?
(N=72, Mittelwerte, Skala von 1=gar nicht wichtig bis 10=sehr wichtig)



Fast alle Befragten äußern den Verlust von früher gepflegten Sozialkontakten zu denen, die Arbeit haben und zu denen man keinen Kontakt mehr haben will: „Die meisten, die Arbeit haben, können uns Arbeitslose nicht verstehen“. Die Beziehung zu Familienangehörigen ist seit der Arbeitslosigkeit dagegen durchweg stärker geworden. Ehrenamtliches Engagement, Hobbys, Vereinsaktivitäten oder politisches Engagement spielen nur bei einer kleinen Gruppe eine größere Rolle. Man sieht an unserer Gruppe der Nichtleistungsempfänger aber auch, dass neben der Familie, der Freunde und der Bekannten zumindest bei einem Teil weiterhin eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Die meisten Befragten sehen in der Familie die wichtigste Stütze, den Ort, an dem man „seelisch und moralisch aufgerüstet“ wird. Auf diesen ambivalenten Charakter – Familie als „Quelle sozialer Unterstützung“ und „Opfer-durch-Nähe“ – ist im Rahmen der Arbeitslosenforschung von Kieselbach (1992) hingewiesen worden: „Familie und Kinder haben in der Situation der Arbeitslosigkeit eine ambivalente Bedeutung. Sie stellen einerseits ein sinnstiftendes Element für den eigenen Lebenszusammenhang dar und sind damit auch ein wichtiger Faktor sozialer Unterstützung in einer kritischen Lebenssituation. Zum anderen bedeuten sie jedoch auch eine zusätzliche Belastung aufgrund der Tatsache, dass man für andere Menschen Verantwortung trägt, welche man

aufgrund des Arbeitsplatzverlustes nicht mehr glaubt, angemessen erfüllen zu können. Zudem merkt der Arbeitslose selbst ja auch, dass seine Angehörigen von seiner Arbeitslosigkeit erheblich mit betroffen sind“ (Kieselbach (1992, S. 53f.). Diese Ambivalenz zeichnet auch die identitätspolitische Lage der Betroffenen: Auch wenn die meisten Frauen in der „Hausfrauenrolle“ kein hinreichendes Identitätsangebot sehen, können sie faktisch nur über Hausfrauentätigkeiten und Mutterschaft ihre Daseinsberechtigung ableiten. Die zweite Säule einer gleichsam „sozialräumlichen“ Stabilisierung unter Bedingungen des Wegfalls der erwerbsgesellschaftlichen Teilhabe stellen die eigenen vier Wände dar. Auffällig ist die starke Rückzugsorientierung auf die Wohnung oder das eigene Haus. Immerhin jeder Zweite (55 Prozent) wohnt als Eigentümer in einem – meist freistehenden – Haus. Nur ein Drittel der befragten Personen (35 Prozent) wohnt zur Miete (10 Prozent leben mietfrei im Haus der Eltern bzw. Schwiegereltern).

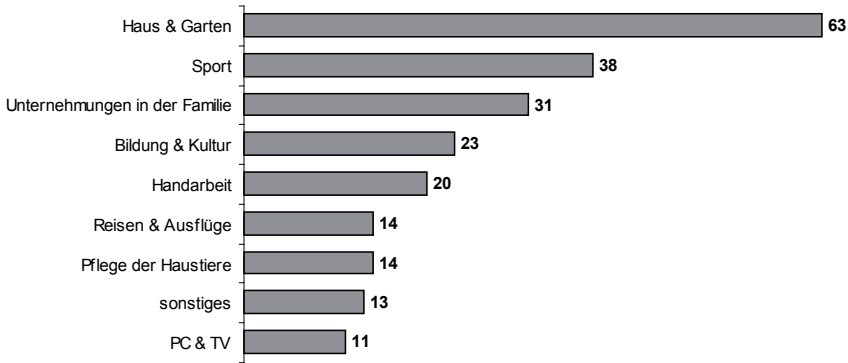
Dies prägt auch die wenig an öffentlichen Angeboten orientierte Freizeitgestaltung. Die These, dass sich die Befragten verstärkt in das Private zurückziehen, wird durch den Blick auf die Freizeitaktivitäten der Nichtleistungsempfänger erhärtet (Abbildung 10). Prominente Rolle unter den Freizeitaktivitäten spielen Tätigkeiten rund um Haus und Garten. Nach

Sport und Unternehmungen mit der Familie spielen Hobbys eine Rolle, die sich der Zentrierung um Familie und Haus einfügen. Dazu gehören Haustiere und Handarbeit. Jeder

Dritte engagiert sich in einem Verein. Dabei handelt es sich in der Regel um die Mitgliedschaft in einem Sportverein. Weitere Angaben

beziehen Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Schützen- und Kleingartenvereine sowie eine Kreativwerkstatt ein. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden von einem relativ geringen Teil der Befragten (24 Prozent) wahrgenommen. Formen politischen Engagements finden sich nur in Ausnahmefällen.

Abbildung 10: Freizeitaktivitäten der Befragten
(N=64, Anteile in Prozent)



7. UNTERSCHIEDLICHE GRADE UND FORMEN GESELLSCHAFTLICHER EINBETTUNG

Hinsichtlich der Einbettung der Nichtleistungsempfänger in soziale Netzwerke können schließlich vier unterschiedliche Gruppen identifiziert werden. Die erste Gruppe lebt weitgehend sozial isoliert. Außer den Kontakten, die diese Gruppe der „Isolierten“ zu den Ansprechpartnern der Arbeitsverwaltungen haben, werden kaum nennenswerte weitere sozialen Beziehungen gepflegt. Die zweite Gruppe konzentriert sich in hohem Maße auf die Familie. Es fällt auf, dass diese Personen zwar außerfamiliäre Beziehungen anführen, diese aber für die Unterstützung in ihrer aktuellen

Lebenssituation als unwichtig erachten. Ein dritter Personenkreis lässt sich durch eine starke Orientierung am gemeinschaftlichen Leben charakterisieren. Zwar nimmt bei diesen Personen die Familie einen ebenso großen Platz ein, jedoch spielen auch Personen aus dem näheren Bekanntenkreis eine bedeutende Rolle. Die vierte und letzte Gruppe zeigt sich gesellschaftsorientiert und verfügt über ein sehr breites soziales Netz. Nach Familie und Bekanntenkreis sind für diese Personen auch ehemalige Arbeitskollegen, Menschen aus der Nachbarschaft oder Bekanntschaften aus Vereinen oder Initiativen wichtige Ansprechpartner.

Tabelle 5: Sozialorientierung nach erwerbsbiographischen Typen
(Anteile in Prozent)

	gesellschafts-orientiert	gemeinschafts-orientiert	familienorientiert	isoliert
„noch nicht Integrierte“ (n=7)	17	50	17	17
„Abgekoppelte“ (n=20)	40	20	35	5
„Instabile“ (n=23)	24	29	43	5
„spät Ausgegrenzte“ (n=19)	16	53	32	-
Gesamt	28	35	33	4

Interessanterweise sind es gerade die von Erwerbsarbeit „Abgekoppelten“, die über ein relativ hohes Maß an gesellschaftsorientierten Kontakten verfügen. Dies ist insofern plausibel, als die „Abgekoppelten“ in der Lage waren, über einen längeren Zeitraum gleichsam – unbeschadet durch die Zumutungen und zeitlichen Restriktionen der Erwerbsarbeit – soziale Kontakte zu pflegen. Als Ostspezifik könnte hier die Tatsache eine Rolle spielen, dass die Massenarbeitslosigkeit nach der Wende weniger Anlass zur individuellen Stigmatisierung gab und zahlreiche beschäftigungspolitische Maßnahmen ebenfalls gemeinschaftserhaltende Schonräume boten. Demgegenüber konzentrierten sich die meisten „spät Ausgegrenzten“ auf gemeinschaftliche Kontakte, die auch dann noch aufrechtzuerhalten sind, wenn arbeitsgesellschaftliche Verpflichtungen in hohem Maße greifen. Demgegenüber vermag der

Großteil der „Instabilen“ „nur“ noch familienorientierte Sozialbeziehungen zu unterhalten.

Im Zuge der Interpretation der Ergebnisse wurde deutlich, dass es – unabhängig zu den erwerbsbiographischen Typen – sehr unterschiedliche Bewältigungsmuster der Situation bei den Nichtleistungsempfängern gibt. In der Literatur werden zwei mögliche Dispositionen skizziert: problemorientiertes Coping gegenüber emotionszentriertem Coping. Die erste Bewältigungsstrategie schließt Personen ein, deren Aktivitäten während der Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf eine Wiedereingliederung in ein Beschäftigungsverhältnis ausgerichtet sind (Arbeitsplatzsuche, berufliche Weiterbildung, Wohnortwechsel etc.). Die andere Herangehensweise impliziert die Kompensation von negativen Gefühlen durch die Suche nach sozialer Unterstützung in der Familie oder im Freundeskreis (Fritsch 2003,

S. 80ff.). Im Rahmen der Untersuchung haben wir drei Bewältigungsmuster unterschieden:

Bewältigungsform I:

Die Arrangierten (n=15, 22 Prozent)

Personen, die dieses Bewältigungsmuster aufweisen, haben sich stark vom Arbeitsmarkt distanziert und suchen vor allem in der Familie, aber auch im näheren privaten Umfeld emotionalen Halt. Die „Arrangierten“ suchen weniger intensiv nach Arbeitsangeboten, sie nutzen eher die Verpflichtungen im Familienzusammenhang als identitätsstiftendes und strukturierendes Betätigungsfeld. Diese Personen bilden die kleinste Gruppe unter den Nichtleistungsempfängern. Sie sind vergleichsweise häufiger männlich und jünger. Ihr Altersdurchschnitt liegt bei 43 Jahren, was nicht zuletzt auf einen eher geringen Anteil der 51- bis 60-Jährigen zurückzuführen ist. Die Differenzierung nach den Erwerbsverlaufsmustern zeigt, dass sich in diesem Typ vor allem die „Instabilen“ und die „noch nicht Integrierten“ wieder finden. Das private Nahumfeld bietet diesen Personen Stabilität sowie ein Gefühl von Sicherheit und Wertigkeit.

Bewältigungsform II:

Die ambivalent Organisierten (n=18, 26 Prozent)

Die zweite Gruppe schließt Personen ein, die sich in ihrem Leben weniger eingleisig orientieren bzw. organisieren. Über ein stärkeres gesellschaftliches Engagement (Ehrenamt und/oder Vereinsmitgliedschaft) schaffen sie sich ein alternatives Beschäftigungsfeld gegenüber dem regulären Arbeitsmarkt. Trotzdem ist die Hoffnung, wieder in Erwerbsarbeit zu gelangen,

deutlich ausgeprägt. Die doppelte Orientierung impliziert das Gefühl, situationsbezogen aktiv sein zu können. Das außerberufliche Engagement kann als eine Art Hintertür verstanden werden. Die „ambivalent Organisierten“ sind die zweitgrößte Gruppe des Samples. In ihr sind vergleichsweise selten Männer vertreten. Die Mehrzahl der Gruppenmitglieder ist zwischen 51 und 60 Jahren. Beide Befunde (geringer Männeranteil und hoher Anteil Älterer) zeigen, dass es den Frauen und den Älteren einfacher fällt, sich mit der Situation anhaltender Arbeitslosigkeit zu arrangieren. Für sie spielen realistischere Alternativen zur Erwerbsarbeit eine dominante Rolle. Fast die Hälfte gehört zu den „Abgekoppelten“. Die typischerweise lang anhaltende Arbeitslosigkeit ohne absehbare Chance auf Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zwingt diese Personen sich alternativ zu behaupten. Damit entgehen sie vielleicht nicht beruflicher Ausgrenzung, aber gesellschaftlicher.

Bewältigungsform III:

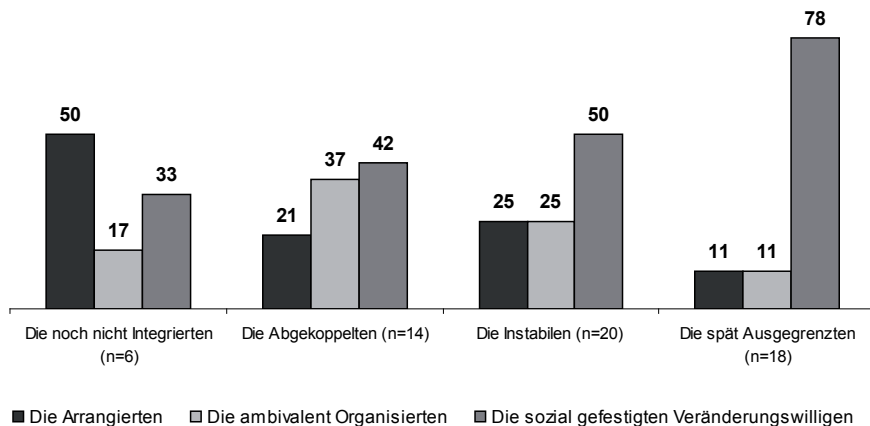
Die sozial gefestigten Veränderungswilligen (n=36, 52 Prozent)

Diese Gruppe zeichnet sich durch ein starkes Interesse an einer Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und ein breit angelegtes gefestigtes soziales Umfeld aus. Trotz lang anhaltender Arbeitslosigkeit ist die Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz groß. Auch weisen sie den höchsten Aktivitätsgrad im Rahmen der Stellensuche auf. Das soziale Umfeld setzt sich neben Familie, Freundes- und Bekanntenkreis auch aus Personengruppen zusammen, die eine gewisse Nähe zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Die „sozial gefestigten Verän-

derungswilligen“ bilden die größte Gruppe des Samples. Frauen und Männer sind zu gleichen Anteilen vertreten. Der differenzierte Blick auf die Alterszusammensetzung dieser Gruppe zeigt, dass auch hier vor allem Ältere vorzufinden sind. Der Altersdurchschnitt liegt bei 50 Jahren. Der Hauptanteil dieser

Personen zählt zu den „spät Ausgegrenzten“, was die starke Orientierung an Erwerbsarbeit und das berufsnahe soziale Umfeld begründet. Die letzten Arbeitserfahrungen liegen in dieser Personengruppe noch nicht allzu lang zurück, dementsprechend ist das Engagement, wieder in Arbeit zu kommen, hoch und vielfältig.

Abbildung 11: Verteilung der Bewältigungsmuster auf die Erwerbsbiographischen Typen
(N=63, Anteile in Prozent)



Kreuzt man die Variablen Erwerbsmuster und Bewältigungsmuster, sieht man, dass gerade bei den „spät Ausgegrenzten“ der Anteil der „sozial gefestigten Veränderungswilligen“ am größten ist. Dieser Gruppe gelingt es, an einem selbstbewussten Bürgerstatus festzuhalten und zugleich daran zu glauben, dass die jetzige Erwerbslosigkeit prinzipiell noch transitorischen Charakter hat. Bei den „Abgekoppelten“ zeigt sich – auch wenn hier der Anteil der „Arrangierten“ höher ist als bei den „spät Ausgegrenzten“ –, dass ein relativ

hoher Anteil über sehr verschiedene identitätsstiftende Alternativen verfügt. Leider lassen die geringen Fallzahlen bei den „noch nicht Integrierten“ keine generalisierbaren Aussagen zu. Es ist aber zu erwarten, dass bei den jüngeren Ausgegrenzten – in der Ermangelung von realen Erfahrungen mit der Arbeitswelt und bei weiterer Verfestigung ihrer Lage – subgesellschaftliche Orientierungen zukünftig am stärksten greifen könnten. Deutlich wird auch, dass alle älteren Gruppen trotz des tendenziellen Rückzugs in die Familie noch über erhebliche Sozialkapitalreserven verfügen.

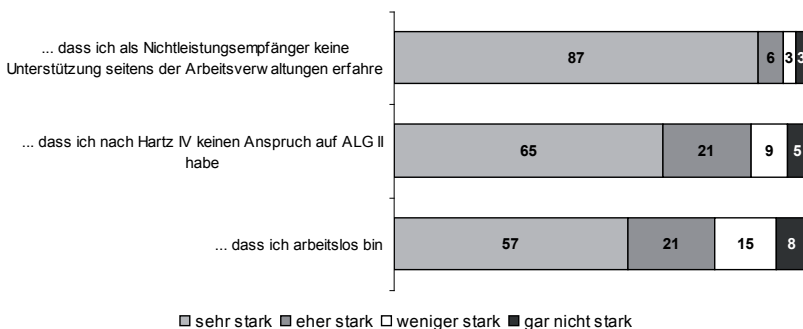
8. ARMUTSERFAHRUNG UND MARGINALISIERUNG: DIE TIEFE ERFAHRUNG DER SOZIALEN UNGERECHTIGKEIT

„Sie sollen verstehen, dass Menschen ohne Bezüge auch Menschen sind. Wir sind in allem benachteiligt: Krankenkasse, Rente, gesellschaftliche Anerkennung...“

Die Befriedigung materieller, sozialer und kultureller Bedürfnisse ist eng mit der Teilhabe am Erwerbssystem verbunden, wodurch die Erwerbslosigkeit von den Betroffenen oft als sozialer Ausschluss bzw. Abstieg wahrgenommen wird. Der Verlust des Arbeitsplatzes geht einher mit dem Verlust sozialer Rollenfunktionen, mit Stigmatisierung und Marginalisierung sowie mit deutlich empfundenen

Einschränkungen in der Lebensplanung. Auch die Mehrheit der Nichtleistungsempfänger berichtet von zahlreichen Ausgrenzungserfahrungen im Alltag. Vor allem die Tatsache, als Nichtleistungsempfänger keine Unterstützung seitens der Arbeitsverwaltungen zu bekommen, keinen Anspruch auf ALG II zu haben und die Situation, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, empfinden die Betroffenen als ungerecht. Mit der Situation der Arbeitslosigkeit und des Nichtleistungsbezugs kann sich zumindest ein kleiner Personenkreis arrangieren. Kein Verständnis wird dagegen dafür aufgebracht, als Nichtleistungsempfänger ohne eine Form gesellschaftlicher Unterstützung zu sein und damit noch schlechter gestellt zu sein als Hartz-IV-Empfänger (Abbildung 12).

Abbildung 12: Wie stark empfinden Sie die folgenden Dinge als ungerecht?
(N=67, Anteile in Prozent)



In der Lebenslage der Nichtleistungsempfänger greifen gleichzeitig Mechanismen der Marginalisierung, der Prekarisierung und der Exklusion. Marginalisiert empfinden sich die Befragten, weil es auf sie nicht mehr ankommt, weil sie keinen anerkannten Beitrag für die Gesellschaft entrichten. Prekarisiert sind sie insofern, als die Angebote des Arbeitsmarktes eher geringfügige, sehr schlecht bezahlte und meist nur befristete Beschäftigung in wiederum prekären Unternehmen bereithalten. Die Mehrheit der Nichtleistungsempfänger geht davon aus, dass sie zwar einen Job bekommen könnten, aber zu derart schlechten Konditionen, dass es sich für sie nicht lohnen würde. Fast 40 Prozent gehen davon aus, nur noch bei einer Zeitarbeitsfirma einen Job zu sehr niedrigen Löhnen zu bekommen, der zudem nicht in eine dauerhafte Beschäftigung führt. Prekär ist ihre Lebenslage aber auch, weil ökonomische Reserven tendenziell aufgezehrt werden, weil das über Jahrzehnte Aufgebaute möglicherweise nicht mehr oder nur unter erheblichen Verichtsbedingungen verteidigt werden kann und – gerade auch mit Blick auf den erwarteten Übergang in Rente – keine Lebensperspektive einer Verbesserung mehr besteht:

„Politik sollte sich darauf besinnen, dass man für das Volk da ist und nicht nur der Wirtschaft Millionen in den Rachen schieben; das Volk unterstützen, es nicht verarmen lassen. Ich habe Angst vor meiner Rente, dabei könnte ich von dem, was ich in das System eingezahlt habe gut leben.“

Seite 90

Die Erfahrung der Exklusion greift in fast allen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe im

öffentlichen Raum: politisches System, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Gefühl, in irgendeiner Form gesellschaftlich ausgegrenzt zu sein, empfindet die Mehrzahl der Befragten. Während nahezu die Hälfte auf diese Frage ihre uneingeschränkte Zustimmung gibt, räumt jeder Dritte ein, „nur“ zum Teil eine Ausgrenzung zu verspüren. Im Geschlechtervergleich wird deutlich, dass Männer sich etwas häufiger persönlich ausgegrenzt fühlen als Frauen (89 Prozent vs. 79 Prozent).

„Wir sind die: von der Wirtschaft nicht gebraucht, von der Politik aufs Abstellgleis geschoben. Die Kosten müssen für den Staat so gering wie möglich sein.“

Eine Nichtleistungsempfängerin vermutet hinter der Reformpolitik und dem Handeln der Arbeitsagenturen regelrecht eine Strategie des Verschwindens:

„Für mich ist das logisch, was die machen. Ich bin ja in keiner Statistik mehr drin. Denk ich mal. Die kümmern sich solange um uns, solange wir von denen Geld kriegen und dann fliegen wir raus. Bei denen geht es doch nur noch darum, Geld zu sparen.“

Eine weitere Folge lang anhaltender Arbeitslosigkeit ist die Abkehr vom politischen System und den es repräsentierenden Parteien. Sie werden von den Befragten im günstigsten Fall als jene gesehen, die die soziale Lage langzeitarbeitsloser Nichtleistungsempfänger ignorieren, im schlimmeren Fall, deren Elend bewusst herbeiführen wollen.

„Ich verurteile Hartz IV! Die Politik sollte Menschen nicht nur runterdrücken, sondern

ihnen Chancen und Arbeit anbieten. Man braucht nicht nur Verpflichtungen und Paragraphen, sondern vor allem positive Anreize und Möglichkeiten, so dass Motivierte nicht links liegen gelassen werden.“

Das zum Teil bekundete politische Interesse korrespondiert mit einer deutlich distanzierten Haltung gegenüber den politischen Eliten. Die Mehrheit fühlt sich nicht mehr durch das politische System Deutschlands – auch nicht durch die aktuelle Regierung – repräsentiert. Es zeigt sich, dass die Nichtwähler und die Unentschlossenen unter den Nichtleistungsempfängern eine klare Mehrheit darstellen. Unter den wenigen Wählern wird die CDU vor der PDS („Die Linke“) favorisiert. Andere Parteien spielen so gut wie keine Rolle. Die meisten wünschen sich besonders eine vermehrte Unterstützung und Anerkennung der Gruppe der Nichtleistungsempfänger, die Optimierung der Eingliederungshilfen und die Abschaffung der

aktuellen Förderinstrumente wie Ein-Euro-Jobs, Bildungs- oder Vermittlungsgutscheine. „Die Tatsache, dass viele von ihnen in der Nachwendezeit in Kurzarbeit „geparkt“ wurden bzw. bereits regelrechte ABM- und Kurzarbeitkarrieren hinter sich gebracht haben, fördert dabei nicht gerade die Orientierungsfähigkeit am Arbeitsmarkt. Der rasche und für die Befragten unübersichtliche Wandel der Beschäftigungsstrukturen und Berufsbilder verunsichert ihre erwerbsbiografischen Perspektiven nachhaltig. Die Schilderung der eigenen Verunsicherung und des Gefühls, am neu konstituierten Arbeitsmarkt „blockiert“ zu sein, ist dabei häufig von Ungerechtigkeits- und Kränkungerfahrungen durchzogen“ (Vogel 1996). Die „Wende“ stellt für viele Nichtleistungsempfänger ein einschneidendes Erlebnis dar, welches überwiegend als persönlicher Nachteil gewertet wird. So vermuten 44 Prozent, dass es ihnen heute ohne die Wende besser gehen würde.

Tabelle 6: Würde es Ihnen ohne Wende besser gehen?
(nach erwerbsbiographischen Typen, Anteile in Prozent)

	besser	gleich gut	schlechter
„Abgekoppelte“	70	30	-
„Instabile“	72	22	6
„spät Ausgegrenzte“	27	33	40

Der Blick auf die Erwerbstypen zeigt, dass vor allem die „Instabilen und die „Abgekoppelten“ die Wende als persönliches negatives Ereignis betrachten (Tabelle 6). Die Selbstcharakterisierung der eigenen Generation seitens der Befragten spricht in vielen Punkten für sich. Als zentral kennzeichnend werden Attribute wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Ungerechtigkeit und Willkür angesprochen.

„Die recht sorglose soziale Sicherheit in unserer Kindheit und Jugend, Berufsleben und dann so ein harter Schnitt der Wende und Enttäuschung. Das ist keine Leistungsgesellschaft, sondern Vetternwirtschaft, Korruption und menschenfeindliche Verachtung.“

Für viele war die Wende ein wirklich einschneidendes Erlebnis, welches ihnen im Nachhinein viele Enttäuschungen bereitet hat. Durch die DDR-(Berufs-)Sozialisation stellt sich der bundesdeutsche Arbeitsmarkt in vielen Punkten benachteiligend dar. Einzelne fühlen sich sogar betrogen, um einen sicheren Arbeitsplatz, den sie zu DDR-Zeiten gehabt hätten und ihrer Meinung nach, heute auch noch hätten.

9. „NICHT FÖRDERFÄHIG!“ – MECHANISMEN DER AUSGRENZUNG VON PERSONEN UND DES STILLLEGENS VON ARBEITSMARKTRESERVEN

„Eigentlich sind wir in den besten Jahren. Kinder sind groß. Wir können voll dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Aber leider ist es in der Realität nicht so.“

Im Zuge der Hartz-IV-Reform hat sich eine

Gruppe von Personen herausgebildet, die in ganz besonderer Weise von den arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen betroffen ist. Viele der Betroffenen zählen zu den Opfern der Umbruchsarbeitslosigkeit in der Nachwendzeit; und mit den Änderungen durch Hartz IV wurde dieser Personenkreis erneut aus dem gesellschaftlichen Leben und aus dem Arbeitsmarktgeschehen verbannt. Nichtleistungsempfänger erleben existentiell bedrohliche Einschnitte, da ihre Vermögenswerte und der Verdienst der Lebenspartner nur knapp die Bemessungsgrenze übersteigt. Die finanziellen Einschränkungen führen nicht zuletzt zum Ausschluss aus gesellschaftlicher Teilhabe und zum Rückzug ins Private. Trotz der psychisch labilen Verfassung und der großen Unzufriedenheit der Nichtleistungsempfänger konnte gezeigt werden, dass der Personenkreis, welcher sich arbeitswillig zeigt und sozial eingebunden ist, noch die Mehrheit bildet. Das Interesse an einem neuen Arbeitsverhältnis ist ungebrochen hoch.

Trotz guter Qualifikation und hoher Arbeitsmotivation findet keine Vermittlung in adäquate Beschäftigung statt. An diesem Punkt zeigt sich ein Webfehler der arbeitsmarktpolitischen Reform. Die Nichtleistungsempfänger beklagen die vorenthaltene Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen, die fehlenden Arbeitsangebote seitens der Arbeitsagentur und die fehlenden Eingliederungszuschüsse für die Arbeitgeber. In gewisser Weise befinden sich die Nichtleistungsberechtigten im „Zuständigkeitsniemandland“. Zwar haben die Nichtleistungsberechtigten, die ja – wenn sie sich nicht aus der Statistik haben herausdrängen lassen – formell arbeitsuchend gemeldet sind Ansprüche auf Dienstleistungen der

Agenturen. Diese priorisieren in der Praxis aber ganz eindeutig die Leistungsempfänger. Stärker noch als das fehlende ALG II empfinden es die Personen als ungerecht, dass ihnen diese Unterstützungsleistungen zum Wiedereinstieg faktisch entzogen werden.

„Jetzt im Moment als Nichtleistungsempfänger wird man allein gelassen vom Staat. Man fühlt sich ausgegliedert.“

Viele betrachten den Ausdruck „nichtförderfähig“ regelrecht als einen Makel. Die Tatsache, dass die Betroffenen keinen Anspruch an finanzieller Unterstützung geltend machen können, manövriert sie in vielerlei Hinsicht ins „Aus“. Aufgrund ihrer eingeschränkten Förderfähigkeit sind sie für den – gerade in Ostdeutschland – subventionierten Arbeitsmarkt gegenüber anderen geförderten Arbeitslosen unattraktiv. Derartiges „Rausdrängen“ seitens staatlicher Institutionen wird von den Befragten als besonders demütigend empfunden.

„Nichtleistungsempfänger existieren ja gar nicht, man sollte mehr auf sie aufmerksam machen, Vermittlungsgutscheine auch für Nichtleistungsempfänger und ohne Vermittlungsgebühr bei privaten Arbeitsvermittlungen.“

Als Nichtförderfähige fühlen sich die Nichtleistungsempfänger stark zurückgewiesen und fordern – wie liberale Kleinunternehmer auch – die Abschaffung von Förderbedingungen, die echte Wettbewerbsbedingungen konterkarieren:

„Ich bin ganz klar für die Abschaffung der Fördermittel, ohne Fördermittel wie Lohnkostenzuschüsse müssten die Betriebe wirklich

genau hinschauen, wen sie einstellen und wen nicht; es sollte keine Zeitarbeitsfirmen geben, das Geld könnte sich die Agentur für Arbeit verdienen.“

Wir befürchten, dass alle vier Gruppen – trotz Konjunktur und demographischer Entlastung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt (die für junge Arbeitsmarktakeure und Fachkräfte mit kurzer Arbeitslosendauer eine echte Verbesserung der Einmündungschancen bedeuten dürfte) – weiterhin sehr geringe, teilweise aussichtslose, Reintegrationschancen haben.

Sichtbar wird damit, dass die lange Phase der Stagnation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt mit dem dauerhaft großen Überangebot an Arbeitskräften mit langer Arbeitslosigkeitsdauer selbst dann Effekte einer verfestigten Segmentation und arbeitsgesellschaftliche Desintegration zeitigen, wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt (dann vor allem der ALG-I-Empfänger) spürbar sinkt und westdeutsches Niveau erreichen sollte. Die Spätfolgen der transformationsbedingten Sondersituation, die nebenbei erwähnt auch auf Seiten der Beschäftigten spezifische Orientierungen auf besonders leistungsfähige Mitarbeiter und ungebrochene Erwerbsbiographien nährte, wird möglicherweise noch in den nächsten 20 Jahren als Problem fester Bestandteil der ostdeutschen Sozialstruktur sein. Zu befürchten ist ein Verlust an Humanressourcen durch eine zunehmende Orientierung von dauerhaft „Abgekoppelten“ an Lebensorientierungen jenseits der Erwerbsarbeit. Auch bei den „Instabilen“ und den „spät Ausgegrenzten“ ist tendenziell eher mit einem Verlust an Identifikation mit der Arbeitswelt zu rechnen. Ein

Hinweis auf einen veränderten Habitus gibt bereits der Vergleich der Gruppe der Maßnahmenteilnehmer mit den Nichtteilnehmern, die ebenfalls befragt wurden. Diejenigen, die sich – trotz anfänglichen Interesses – nicht entschlossen haben, an der Qualifizierungsmaßnahme mit anschließendem Praktikum teilzunehmen, zeichnen sich durchschnittlich durch noch längere Arbeitslosigkeit und häufiger absolvierten Maßnahmen ähnlichen Zuschnitts aus. Die höhere Zahl an Enttäuschungen hat bereits zu einer deutlichen Rücknahme an Erwartungen geführt. Mit einem Prozess des Auszehrens der Ressource „Hoffnung“ ist perspektivisch auch bei jener Gruppe von Nichtanspruchsberechtigten zu rechnen, die, wie gezeigt werden konnte, vermutlich noch mit überdurchschnittlich viel arbeitsgesellschaftlicher Motivation ausgestattet sind. Und es ist zu befürchten, dass diejenigen, die sich überflüssig fühlen, sich aus der Gesellschaft insgesamt zurückziehen:

„Man wird nicht mehr gebraucht, wir sind der Abfall der Geschichte. Und wenn die im Fernsehen immer sagen, die Arbeitslosenzahlen sind gesunken, da sage ich ja, das sieht man an mir, ich bin ja nicht mal mehr in einer Statistik erfasst. Ich habe zu meiner Arbeitsberaterin gesagt, jetzt werden Sie ja vielleicht gar nichts mehr für mich tun können, weil ich nicht mal mehr Ihre Statistik schönen kann“.

ENDNOTEN

¹ Die erhobenen Daten gehen auf ein vom Freistaat Thüringen ins Leben gerufenes Modellprojekt mit dem Titel „Reintegration von Nichtleistungsempfängern, Aktivierung von Humanressourcen“ zurück. Träger und damit ausführende Stelle war ein Projektverbund Ostthüringer Bildungseinrichtungen. Im Rahmen des Modellprojektes konnten rund 250 Nichtleistungsempfänger aus Ostthüringen über das Vorhaben informiert werden. Schließlich entschieden sich 78 Personen für eine Teilnahme an den konkreten Maßnahmen.

² Angesichts der restriktiven Politik der Arbeitsagentur im Umgang mit personenbezogenen Daten handelte es sich hier um einen ausgesprochen glücklichen Umstand, dem wir den Zugang zur Zielgruppe verdanken. So möchten wir uns an dieser Stelle sehr bei den Partnern in den durchführenden Qualifizierungsgesellschaften bedanken, die uns den Feldzugang ermöglicht und uns intensive Recherchen erspart haben. Besonderer Dank gilt den Befragten, deren Teilnahmebereitschaft sehr hoch war.

³ Auch wenn die Stichprobe insgesamt relativ klein ist, und nicht von allen Befragten alle Fragen beantwortet wurden, wodurch die jeweiligen Fallzahlen für Auswertungen noch einmal geringer werden, haben wir auf die Darstellung von Prozentwerten nicht verzichten wollen. Auch wenn – gerade bei den Typenbeschreibungen – nur Zellenbesetzungen von etwa 20 Fällen möglich sind, ermöglicht die prozentuale Darstellung von Häufigkeitsverteilungen die Abbildung der Varianzen, die Anlass zu weiteren Überlegungen und Interpretationen geben. So gesehen, genügt das vorliegende Sample keinem Anspruch an Repräsentativität, dennoch gehen wir aufgrund der hohen Erhebungstiefe und der Tatsache, dass wir viele Teilnehmer mehrmals haben befragen können, von einer relativ hohen Validität der gewonnenen Erkenntnisse aus.

LITERATUR

Behr, M./T. Seiwert/K. Kubi (2007): Nichtleistungsempfänger – Langzeitarbeitslose ohne Lobby? Abschlussbericht der Evaluation des Modellprojektes „Reintegration von Nichtleistungsempfängern, Aktivierung von Humanressourcen“ und Ableitung von Handlungsempfehlungen für zukünftige Initiativen. Jena (Ms.).

Behr, M. u.a. (2006): Personalbedarf und altersgruppenbezogene Einstellungen von Unternehmern in der Region Jena. Ergebnisse einer repräsentativen Geschäftsführerbefragung. Jena (Ms.).

Behr, M. (2004): Jugendentwöhnung Unternehmen in Ostdeutschland – Eine Spätfolge des personalwirtschaftlichen Moratoriums. In: Lutz, B. (Hrsg.): Bildung und Beschäftigung. Bd. 2. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S.143–187.

Behr, M./T. Engel (2001): Entwicklungsverläufe und Entwicklungsszenarien ostdeutscher Personalpolitik. Ursachen, Folgen und Risiken der personalpolitischen Stagnation. In: Pawlowsky, P./Wilkins, U. (Hrsg.): Zehn Jahre Personalarbeit in den neuen Bundesländern. Transformation und Demographie. Schriftenreihe: Arbeit, Organisation und Personal im Transformationsprozess, Band 16. München und Mering: Rainer Hampp Verlag, S. 255–278.

Degen, C./C. Fuchsloch/K. Kirschner (2003): Geschlechtergerechte Arbeitsmarktreformen? Zu den frauenpolitischen Forderungen für das Vermittlungsverfahren. http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/g/geschl_arbeitsmarktreformen.pdf/view?showdesc=1

Kieselbach, T. (1992): Massenarbeitslosigkeit und Gesundheit in der Ex-DDR: Soziale Konstruktion und individuelle Bewältigung. In: Kieselbach, T./P. Voigt (Hrsg.): Zusammenbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Lutz, B. (1996): Die mühsame Herausbildung neuer Beschäftigungsstrukturen. In: Lutz, B. u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen: Leske+Budrich.

Meblich, M. (2005): Langzeitarbeitslosigkeit: individuelle Bewältigung im gesellschaftlichen Kontext. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Mobr, G. (2001): Langzeitarbeitslosigkeit, In: Zempel, J. u.a. (Hrsg.): Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Intervention. Opladen: Leske+Budrich.

Vogel, B. (1999): Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft. Hamburg: VSA.

Vogel, B. (1996): Gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Arbeitslosigkeitserfahrung und erwerbsbiografische Perspektiven von Arbeitslosen in Ostdeutschland. SOFI-Mitteilungen Nr. 23, Göttingen.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Michael Behr, Dr. phil., geb. 1960, Studium der Soziologie in Freiburg, 1988-1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld, 1990-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TH Darmstadt, 1993-1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen/Nürnberg, 1995 Promotion, 1995-2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2002-2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit an der Technische Universität Chemnitz, 2005-2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit 2006 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Analyse regionaler Arbeitsmärkte, betriebliche Personalpolitik, Demographischer Wandel, Arbeitsmarktpolitik, Ostdeutschlandforschung.

Kontakt:
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
07740 Jena
Tel: 03641/ 945528
Behr@soziologie.uni-jena.de

Peter Bescherer, geb. 1978, Studium der Soziologie, Philosophie, Germanistik in Jena. Seit März 2007 Projektmitarbeiter im Teilprojekt B9 „Eigensinnige Kunden“ des Sonderforschungsbereichs 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Promotion zum Thema: Kritische Theorie und ‚Lumpenproletariat‘. Arbeitsschwerpunkte: Kritische Theorie und Praxistheorie.

Kontakt:
Peter Bescherer
Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580
Bachstraße 18, 07743 Jena
Tel: 03641/ 945535
peter.bescherer@uni-jena.de

Klaus Dörre, Prof. Dr. phil., geb. 1957, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg/L, 1984-1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg/L., 1991-1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), 1992 Promotion an der Universität Marburg, 1997-1999 Hochschulassistent am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit 2001 geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation/Institut an der Ruhr-Universität Bochum, 2002 Habilitation an der Universität Göttingen, seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftssoziologie, Globalisierung, Prekarisierung, Arbeit.

Kontakt:
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
07740 Jena
Tel: 03641/ 945521
Klaus.Doerre@uni-jena.de

Kathrin Kuhirt, geb. 1981, Studium der Erziehungswissenschaften, Soziologie und Angewandten Ethik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit 2007 freie Mitarbeiterin am Institut für praxisorientierte Sozialforschung Jena/Erlangen (IPRAS e.V.) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkt: Analyse der Situation von Benachteiligtengruppen am Arbeitsmarkt.

Kontakt:
IPRAS e.V. Jena/Erlangen
c/o Institut für Soziologie an der Universität Jena
Carl-Zeiss-Str. 2, 07740 Jena
kathrin.kuhirt@googlemail.com

Kai Marquardsen, geb. 1974, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Medienwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen, seit 2006 Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und assoziiert im Teilprojekt B9 „Eigensinnige Kunden“ des Sonderforschungsbereichs 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Promotion zum Thema „Arbeitslosigkeit und soziale Netzwerke“. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Industriosozologie, Arbeitslosigkeitsforschung, soziale Ungleichheit, Netzwerkforschung.

Kontakt:

Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580

Bachstr. 18, 07743 Jena

Tel.: 03641/ 945049

kai.marquardsen@uni-jena.de

Silke Röbenack, Dr. phil., geb. 1963, Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität Leipzig, Promotion 2003 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit 2000 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit Juni 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Teilprojekt B9 „Eigensinnige Kunden“ des Sonderforschungsbereichs 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Industrial-Relations-Forschung, Institutionentheorie, Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

Kontakt:

Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580

Bachstraße 18, 07743 Jena

Tel: 03641/ 945049

S.Robenack@uni-jena.de

Karen Schierhorn, geb. 1980, Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und Toulouse/Frankreich, seit September 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Teilprojekt B9 „Eigensinnige Kunden“ des Sonderforschungsbereichs 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Promotion zum Thema Geschlechterverhältnisse und Arbeitslosigkeit, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Frauen- und Geschlechterforschung

Kontakt:

Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580

Bachstraße 18, 07743 Jena

Tel: 03641/ 945049

Karen.Schierhorn@uni-jena.de

Tina Seiwert, geb. 1977, Studium der Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2002-2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2003-2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit an der Professur Personal und Führung der Technischen Universität Chemnitz, seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Berufsbezogene Jugendforschung, regionale Branchenanalysen zu Entwicklungspotentialen und betrieblicher Fachkräftesituation (Früherkennung von Personal- und Qualifizierungsbedarf), Situation von Benachteiligtengruppen am Arbeitsmarkt, Evaluation und Begleitung von innovativen Arbeitsmarktprojekten.

Kontakt:

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Soziologie

07740 Jena

Tel: 03641/ 945525

tina.seiwert@uni-jena.de

